



AIB

2V 20899 E

1,50 DM

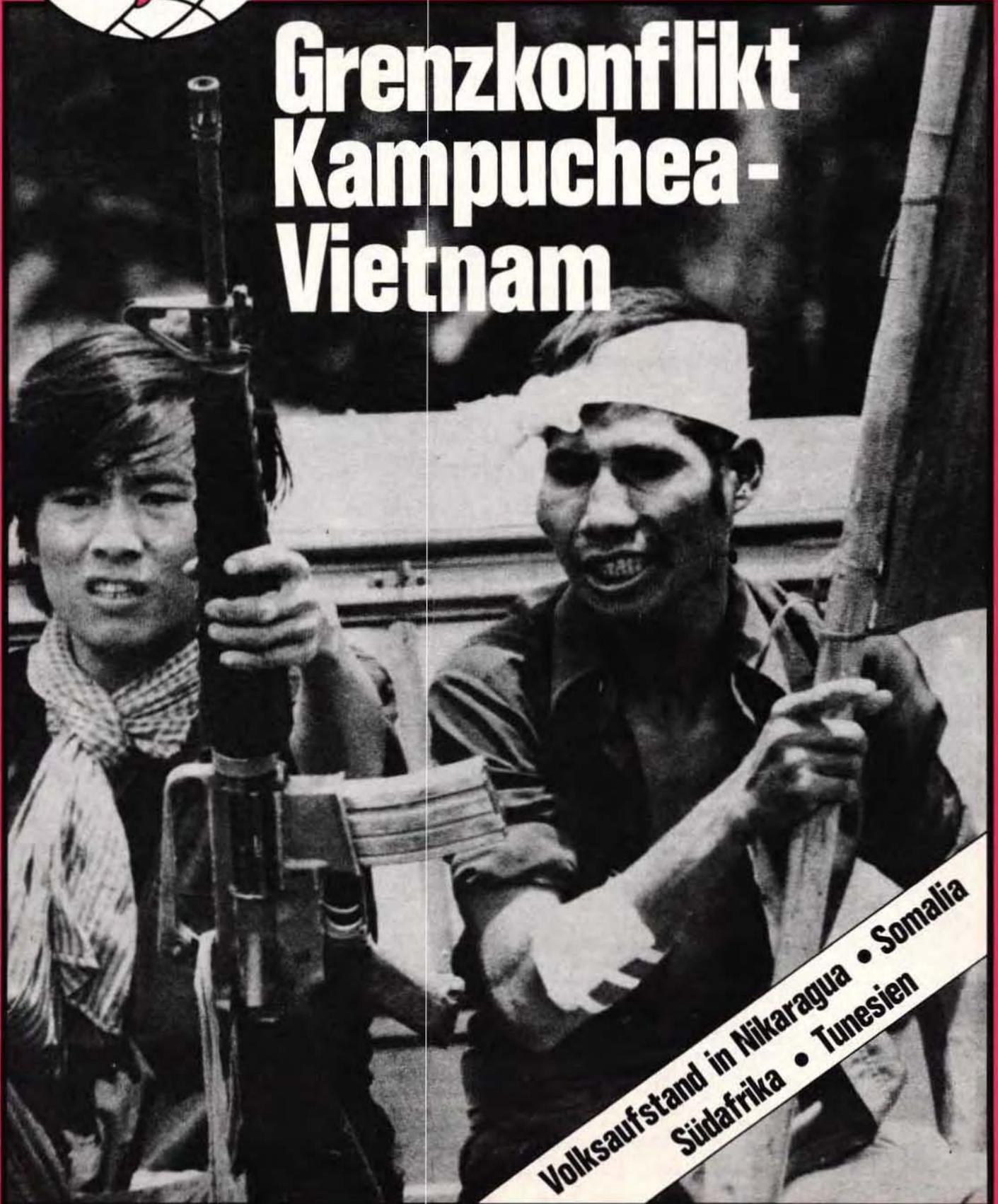
April

Nr. 4 / 1978

9. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Grenzkonflikt Kampuchea- Vietnam



Volksaufstand in Nikaragua • Somalia
Südafrika • Tunesien

Inhalt:

AIB-Aktuell: Das Spiel mit Smith's interner Lösung	S. 3
Somalia	
Gabriele Brönnner: Ogadenkrieg — Somalias nationalistische Kehrtwendung	S. 4 — 7
Somalia-Daten	S. 5
Südafrika	
Michael Williams: Es gibt eine Lösung der Wirtschaftskrise (2. Teil)	S. 7 — 12
Vietnam—Kampuchea	
Enrica Collotti Pischel: Zur Geschichte des Konflikts von Khmer und Vietnamesen	S. 13 — 16
Erklärung der Freundschaftsgesellschaft BRD-SRV	S. 14
Kampuchreas widersprüchliche Positionen	S. 15
SRV-Dokumentation zu den Grenzübergreifen Kampuchreas	S. 16 — 21
Friedensplan der SR Vietnam	S. 22
Nikaragua	
Anna Hermanns: Der unaufhaltsame Abstieg des Somoza-Clans	S. 23 — 26
Programmpunkte der UDEL	S. 25
Nikaragua-Daten	S. 25
Sandinistische Nationale Befreiungsfront: Strategie der Volksrevolution	S. 26 — 28
Tunesien	
Mehdi Yakhdhan: Das Aufbäumen der Gewerkschaftsbewegung	S. 29 — 32
Tunesien-Daten	S. 30
Ein Paradies für BRD-Konzerne	S. 31
Rezensionen: Zeitgeschichte Vietnams und Indochinas	S. 34
Kurzinformationen: Bolivien, Benin, Namibia, Iran, Israel, Festivalbewegung	S. 35
Kommentar: Wem nutzt das Verbrechen von Zypern?	S. 36



Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 15,- DM; Einzelheft 1,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.
Anschritt von Redaktion und Vertrieb:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1; Tel. 06421-24672
Konto: Weltkreis Verlags GmbH Postscheckkonto 31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrecke, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Beate Landefeld, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Gabriele Brönnner, Wolfram Brönnner (verantw.), Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky, Günter Ritter, Wolfgang Ritter
Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Brüderweg 16, 4600 Dortmund

Druck: W. J. Becker, Marburg
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Abdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Titelmotiv: Kampucheanische Soldaten im Grenzgebiet

Redaktionsschluß: 10. 3. 1978

Es arbeiteten mit: K. Becker, D. Busch, G. Faust, D. Fendt, Th. Grunenberg, M. Hellmann, H. Mayer, M. Meyn-Rodríguez, B. Pflug, J. Rodríguez, U. Rupp, R. Späth, K. Wetzel

Anzeigen

- Plakat des ASK
- UNIDOC
- Das Argument
- Kuba-Buch des Kübler-Verlags



Die AIB-Festivalausgabe bringt in Vorbereitung auf die XI. Weltfestspiele 1978 in Havanna:

- Beiträge zur wirtschaftlichen Entwicklung, zur sozialistischen Demokratie, zur Frage der politischen Gefangenen, über den Sport und die kubanische Jugendbewegung
- Dokumente zur Außenpolitik, Reden Fidel Castros, die Verfassung der Republik Kuba, Länderübersicht
- Interviews und Dokumente zur Festivalbewegung

Umfang 48 Seiten; Preis 1,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.

Anschritt: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg;
Telefon (06421) 2 46 72

Diese Kinder brauchen eine Schule

Helfen Sie beim Bau einer Schule für südafrikanische Flüchtlingskinder in Morogoro (Tansania)

Projekt des African National Congress (ANC) der Befreiungsbewegung Südafrikas



Das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) ruft die Öffentlichkeit unseres Landes zur Unterstützung des ANC Südafrikas beim Aufbau und der Einrichtung einer Schule mit Internat im tansanischen Morogoro für jugendliche Flüchtlinge aus Südafrika auf. Das ASK hat dazu spezielle Materialien erstellt: Das oben abgebildete **Plakat** (zweifärbig, DIN A 3) ist zu beziehen zum Preis von 1,- DM; bei Abnahme von 50 und mehr Exemplaren zu 0,80 DM. Ein gleichzeitig herausgegebenes **Faltblatt** kostet 0,30 DM; bei Abnahme von 100 und mehr Exemplaren 0,25 DM.

Bestellungen an: ASK, Eichwaldstr. 32, 6000 Frankfurt; Telefon (0611) 45 23 23.

AIB - Aktuell: Das Spiel mit Smith's interner Lösung

„Es ist ein Sieg der Mäßigung“, posaunte der rhodesische Rassistenchef Ian Smith und als „großes Wunder“ werteten es zahlreiche westliche Beobachter, als am 15. 2. 1978 bekannt wurde, daß die seit langem angestrebte „interne Lösung“ des Rhodesienkonflikts unter Dach und Fach sei. Wenn jedoch bei den Separatverhandlungen zwischen Smith, dem Führer des Vereinigten Afrikanischen Nationalrat (UANC) Muzorewa, dem aus der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) ausgeschlossenen Sithole und dem Marionettenhüptling Chirau irgendetwas herauskommen konnte, so war es die vorläufige Gewißheit, daß sich an den realen Machtverhältnissen in Zimbabwe in Zukunft nichts ändern wird.

In allen wesentlichen Fragen hat sich denn auch Smith durchsetzen können und haben die selbsternannten „internen Führer“ eingelenkt. Smith wollte eine Sperrminorität im zukünftigen Parlament und hat sie bekommen: Mit 28 weißen von insgesamt 100 Abgeordneten kann er in Zukunft jegliche Verfassungsänderungen blockieren. Die rassistischen Streitkräfte bleiben intakt, lediglich kosmetische Veränderungen in der Führung sollen sie der neuen Situation anpassen. Der weiße Beamtensystem bleibt unberührt, und sämtliche vom Rassenregime inthronisierten Richter bleiben in Amt und Würden. Die zukünftige Verfassung garantiert den weißen Siedlern umfassenden Schutz vor Enteignung und Pensionsberechtigung. Und über all das haben ausschließlich die Weißen das letzte Wort, die in einem Referendum über die Annahme der ausgehandelten „Lösung“ entscheiden sollen. Dies ist genau jene fortgesetzte Minderheitsherrschaft hinter schwarzer Maske, die die Patriotische Front befürchtet hat.

Minderheitsherrschaft hinter schwarzer Maske

Wer sind diejenigen, die sich zu diesem – wie es der Kopräsident der Patriotischen Front, Joshua Nkomo, nannte – „größten Ausverkauf in der Geschichte Afrikas“ hergaben? Muzorewas Verfassungsexperten wurden bereits auf der Genfer Rhodesienkonferenz Ende 1976 vom britischen Lonrho-Konzern finanziert, der über umfangreichen Besitz im rhodesischen Bergbau-, Industrie- und Landwirtschaftssektor verfügt. Seit langem unterhielt Muzorewa geheime Kontakte mit dem Smith-Regime, selbst schon in jener Zeit, als er bei der westlichen Presse noch als „Radikaler“ galt. Auch Sithole besitzt respektable Londoner Spender, wie das Time-Magazin schrieb. Er unterzeichnete bei seiner Rückkehr nach Rhodesien ein einseitiges „Gewaltverzichtsabkommen“, eine Kapitulationserklärung an das Smith-Regime. Chirau schließlich hat seit langem schon als schwarzes Aushängeschild des weißen Minderheitsregimes gezeigt, daß auf ihn Verlaß ist.

Nun wäre es verfehlt anzunehmen, daß die zwischen Smith und den schwarzen Marionettenführern ausgehandelte „Lösung“ eine rein interne Angelegenheit darstellt. Richtig ist vielmehr, daß die „interne Lösung“ einen strategischen Stellenwert in den angloamerikanischen Bemühungen hat, für Zimbabwe eine neokolonialistische Lösung unter Einschluß der von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) anerkannten und authentischen Befreiungsbewegung, der Patriotischen Front, herbeizuführen. Verwunderlich ist es deshalb keineswegs, wenn der britische Außenminister David Owen das Komplott von Salisbury als „einen wichtigen Schritt vorwärts zur Mehrheitsherrschaft“ bezeichnet hat und sein Compagnon, der amerikanische UN-Botschafter Andrew Young die „interne Lösung“ als einen „ersten Schritt zum Frieden in Rhodesien“ bezeichnete. In einem Newsweek-



Interview erklärte er warum: „Muzorewa und Sithole haben auf den Schritten aufgebaut, die wir durch den angloamerikanischen Friedensplan gemacht haben. Ich denke, daß die Patriotische Front an Verhandlungen nicht interessiert gewesen wäre, wenn sie nicht durch mögliche Fortschritte bei der internen Lösung dazu gezwungen gewesen wäre . . . Was Sie hier haben, ist eine Suche nach Frieden auf mehreren Spuren.“

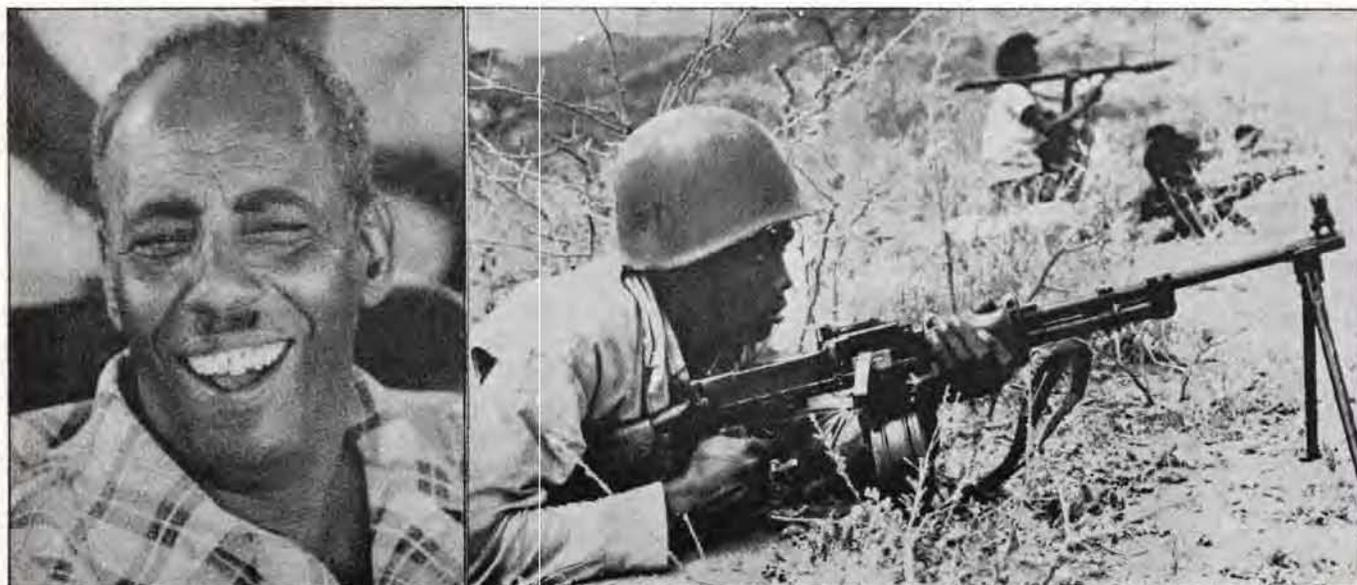
Youngs Ausspruch illustriert einmal mehr die „Zweispurigkeit“ – sprich bewußte Doppelzüngigkeit – der aktuellen imperialistischen Strategie des „friedlichen Wandels“ im südlichen Afrika (siehe dazu R. Falk, Westliche Strategien des „friedlichen Wandels“, in: AIB 12/1977). In ihrem Kalkül wird die „interne Lösung“ zum bewußten Druckmittel, um die Patriotische Front zum Einlenken und zur Zustimmung zum britisch-amerikanischen Lösungsplan zu zwingen. In der britischen Presse z. B. werden derartige Strategien seit Wochen in aller Offenheit diskutiert. Dahinter wird klar: Nicht weil man die Zukunftsvorstellungen der Smith, Muzorewa und Sithole im Grundsatz mißbilligt, verhandelt man mit der Patriotischen Front, sondern weil ein Ausschluß der Patriotischen Front aus einer Rhodesienlösung die weitere Radikalisierung des Prozesses der nationalen Befreiung Zimbabwes zum Ergebnis haben könnte, wollen die weitsichtigeren Kräfte im imperialistischen Lager nicht auf sie verzichten.

Die Kombination zwischen der „internen“ und der „externen“ Lösung ist es, was tonangebende Kreise in London, Washington, Bonn, Paris etc. mit dem Verweis auf die Angola-Erfahrungen für die letzte Chance des Westens in Zimbabwe halten: „Es ist wichtig für uns, zu sehen, daß wenn möglich alle Elemente in diese Lösung eingeschlossen werden.“ (Young)

Viel hängt deshalb gerade jetzt von der weiteren Entwicklung der Patriotischen Front ab, von der Vertiefung ihrer politischen Einheit und ihrer weiteren antiimperialistischen Profilierung. Wichtig ist es deshalb, daß die Patriotische Front ihren bewaffneten Kampf gegen das Regime in Salisbury uneingeschränkt fortsetzen will. In der gegenwärtigen Situation ist und bleibt der bewaffnete Befreiungskampf der entscheidende Faktor, der das Ziel der Befreiung näher bringt. Nach Jahrhunderten kolonialer Unterdrückung geht es dabei um mehr als um Wahlen: „Das Problem in Zimbabwe,“ heißt es in einer der jüngsten Erklärungen der Patriotischen Front, „ist nicht die Wahl eines ‚Präsidenten‘, sondern die Zerstörung des Kolonialismus und seiner Institutionen, die Erlangung genuiner Unabhängigkeit und die Demokratisierung nicht nur der Stimmenverhältnisse, sondern aller Institutionen und des gesamten Lebens in Zimbabwe. Es ist diese vollständige Demokratisierung, die die Kolonialisten am meisten fürchten; deshalb ihre Zuflucht zur ‚kontrollierten Demokratie‘, zur Produktion neokolonialistischer Marionetten.“

Gabriele Bröner

Ogadenkrieg - Somalias nationalistische Kehrtwendung



Somalischer Präsident Siad Barre; somalische Invasoren im Ogaden

Entgegen der massiven Erfindungspropaganda über angeblich auf Seiten Äthiopiens agierende gewaltige kubanisch-sowjetische Truppenkontingente geht die Internationalisierung des Konflikt in erster Linie auf das Betreiben Somalias zurück. Angesichts der erfolgreichen Gegenoffensive der äthiopischen Streitkräfte seit Ende Februar d. J. hat der Konflikt eine neue Dimension erfahren, als Somalia die imperialistischen Staaten eindringlich aufforderte, „westliche Waffen und Personal“¹ nach Somalia zu entsenden.

Daß der Aggressor im Krieg am Horn von Afrika Somalia heißt und die Ursache des Krieges in den nationalistischen Ansprüchen Somalias zu suchen ist, ist damit nur deutlicher geworden.² Äthiopien hingegen führt erklärtermaßen – so der Vorsitzende des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates (DERG), Mengistu Haile Mariam – einen reinen „Verteidigungskrieg zur Wiederherstellung der eigenen Souveränität über sein Staatsgebiet, einen Verteidigungskrieg, der an unseren Staatsgrenzen enden wird.“³

Nationalistische Ansprüche auf „Großsomalien“

Unter Vorschubung einer Westsomalischen Befreiungsfront (WSLF) drang Somalia im Laufe des zweiten Halbjahres 1977 bis zu 700 km weit auf äthiopisches Staatsgebiet vor und besetzte zu fast zwei Dritteln die Provinz Ogaden (eigentlich der Name einer der nomadisierenden Somali-Stämme; mit einer Fläche von etwa 300 000 qkm größer als die BRD). Den Anspruch auf den Ogaden begründete Somalia einmal mit der ethnischen Verwandtschaft der Somali-Stämme dort und in Somalia, zum anderen damit, daß das Gebiet Ogaden erst durch Verträge zwischen den Kolonialmächten Großbritannien und Italien (1894) sowie zweier Abkommen zwischen Italien und dem feudalistischen Kaiserreich Äthiopien (1897 und 1908) abgetrennt wurde. Aus den gleichen Gründen beansprucht Somalia darüber hinaus auch den gesamten

Nordosten Kenias sowie Djibouti, das frühere Französisch-Somaliland bzw. Afar und Issa.

Jedoch weder die ethnische Zusammengehörigkeit noch die aufgrund kolonialistischen Schachers erfolgte Grenzziehung berechtigt Somalia heute, bestehende Grenzen zu verletzen. Denn mit seiner Mitgliedschaft in der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), dessen erster Grundsatz die unbedingte Gültigkeit und Unantastbarkeit der aus der Kolonialzeit stammenden Grenzen ist, hat sich Somalia wie jedes afrikanische Mitgliedsland zur Respektierung dieses Prinzips verpflichtet.

Dennoch machte Somalia im Widerspruch dazu seit der Erlangung der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1960 die Vereinigung aller Somali-Stämme zum feste Bestandteil seiner Politik. Die Verfassung von 1960 beispielsweise formulierte den Auftrag: „Die somalische Republik soll die Union der somalischen Territorien durch legale und friedliche Mittel fördern.“⁴ Folgerichtig unternahm Somalia 1963/64 auch den ersten Versuch, den Ogaden militärisch zu erobern, mußte jedoch vor der äthiopischen Überlegenheit kapitulieren.

Mit der Machtergreifung progressiver Militärs um Siad Barre im Jahre 1969 wurde dieser Anspruch jedoch keineswegs fallengelassen. In der Hauptstadt des Landes, Mogadishu, wurde z. B. ein Büro (Danaka Somalied) mit dem Auftrag eingerichtet, für die „Befreiung“ der verlorenen Gebiete zu arbeiten⁵. Die Westsomalische Befreiungsfront, die ebenfalls in der Hauptstadt ihr Hauptquartier unterhält, wurde „langfristig und systematisch von Mogadishu unterstützt, aufgebaut und ausgebildet für ihren Kampf.“⁶ Auch im Programm der 1976 konstituierten Revolutionären Sozialistischen Partei Somalias findet sich dieser nationalistische Anspruch wieder als eines der unverzichtbaren Ziele somalischer Außenpolitik. Im Programmpunkt 4 heißt es: „Dem Volk der Somalis, das durch den Kolonialismus geteilt wurde, Unterstützung zu geben in seinem Kampf für Unabhängigkeit und Einheit.“⁷

Somalia - Daten

Territorium: 637 657 qkm; (zweieinhalbfache Fläche der Bundesrepublik); 3,9 Einw. pro qkm; Hauptstadt: Mogadishu (ca. 270 000 Einw.); ca. 10 % der Bevölkerung lebt in Städten.

Bevölkerung: schätzungsweise 3,0 Mio (1975), davon 95 % Somali (5 % Araber, Inder etc.), was gerade in Afrika eine weitgehende ethnische Homogenität bedeutet. Bevölkerungswachstum 2,8 %.

Religion: 99 % bekennen sich zum sunnitischen Islam.

Amtssprachen: Somali (von 97 % der Bevölkerung gesprochen), Englisch.

Wirtschaft: Somalia gehört zu den wirtschaftlich rückständigsten Ländern Afrikas mit dem niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen des Kontinents von 172 DM. Abbauwürdige Lagerstätten von Zinn, Meerscham, Feldspat, Gips, Blei, Mangan, Eisenerzen, Kupfer u. a. konnten bisher nicht erschlossen werden. Erdöl und Uran werden vermutet. 16 % der Gesamtfläche des Landes ist landwirtschaftlich nutzbar (1,5 % Ackerfläche); der größte Teil Somalias besteht aus Wüsten, Savannen und Steppengebieten; diese natürlichen Bedingungen mit periodisch auftretenden Dürren beschränken die landwirtschaftliche Nutzung auf das Gebiet zwischen den Flüssen Juba und Shebelle im Süden.

Landwirtschaft: Der bestimmende Sektor der Landwirtschaft (90 % der Exportproduktion; 90 % der Bevölkerung sind hier tätig) ist die überwiegend nomadisch betriebene Viehzucht (15 Mio Kamele, Rinder, Ziegen, Schafe); 66 % der Bevölkerung sind reine Nomaden, etwa 20 % Halbnomaden vorwiegend im Nordwesten des Landes. Somit gehören 80 % der Bevölkerung zum traditionellen Subsistenzsektor. 10 % der Bevölkerung sind sesshafte Bauern im Süden Somalias. Hier wird auch auf Plantagen (z. T. in ausländischem Besitz, z. T. nach 1970 gegründete Staatsfarmen) Bananen, Zuckerrohr, Baumwolle, Hirse, Mais angebaut.

Industrie: Die Industrie (mit ca. 150 000 Erwerbstätigen) spielt eine noch geringfügige Rolle, die sich im wesentlichen auf die Verarbeitung von Landwirtschaftsprodukten wie Fisch, Zucker, Fleisch, Leder etc. beschränkt.

Außenhandel: Exportiert werden Agrarprodukte wie Lebendvieh (52 % des Gesamtexports), Bananen (22 %), Frischfleisch und Fleischprodukte (6,6 %) und Fischkonserven (4 %).

Haupthandelspartner: 1. Italien, 2. UdSSR, 3. Saudi Arabien, wobei der Anteil Italiens und der UdSSR rückläufig ist, die Stellung der arabischen Länder – vor allem auch seit dem Beitritt Somalias zur Arabischen Liga 1974 – zunimmt. Somalia ist Mitglied des sogenannten AKP-Abkommens zwischen der EG und 46 Entwicklungsländern.

Soziale Lage: Die Lebenserwartung beträgt nur 41 Jahre (1972/73); nach Schätzungen beläuft sich die Kindersterblichkeit auf 17,5 % eines Geburtenjahrgangs. 77 % der Bevölkerung sind Analphabeten; der Schulbesuch beträgt lediglich 16 % (Ägypten: 51 %). Der Kalorienverbrauch Prokopf der Bevölkerung ist mit 1,9 (von 100) der niedrigste in Afrika.

Geschichte:

1880–1890 koloniale Unterwerfung durch Italien und Großbritannien. Auf der Somalihalbinsel bestanden neben Französisch Somaliland (seit 1977 als Djibouti unabhängig) ab 1887 ein britisches Protektorat (im Norden) und ab 1889 ein italienisches Protektorat (im Süden). 1936 wurde Italienisch-Somaliland, 1940 auch Britisch-Somaliland zusammen mit Äthiopien integrierter Bestandteil des italienischen La Grande Somalia. 1941 von Großbritannien besetzt, blieb das Gebiet bis 1950 unter dessen Kolonialverwaltung.

1950 wurde Somalia für 10 Jahre UN-Treuhandgebiet unter italienischer Verwaltung.

1. 7. 1960: Proklamation der Republik Somalia (Umbenennung 1969 in Demokratische Republik Somalia) durch den Zusammenschluß von britisch- und italienisch Somaliland.

21. 10. 1969: Übernahme der Macht durch patriotische Militärs unter Mohamed Siad Barre; Bildung eines Obersten Verwaltungsrates (19 Mitglieder), der das höchste staatliche Machtorgan darstellt.

21. 10. 1970: Verkündung eines Entwicklungsweges mit sozialistischem Ziel.

Juni 1976: Bildung der Revolutionären Sozialistischen Partei Somalias.

April 1977: Gründung des Allgemeinen Bundes Somalischer Gewerkschaften (GFSTU) durch den Zusammenschluß von 6 Einzelgewerkschaften und Arbeiterkomitees.

Dieses nationalistische Projekt eines „Großsomalias“ kontrastiert indessen auffällig mit der progressiven sozialökonomischen Entwicklung, die das Land in den 70er Jahren genommen hat.

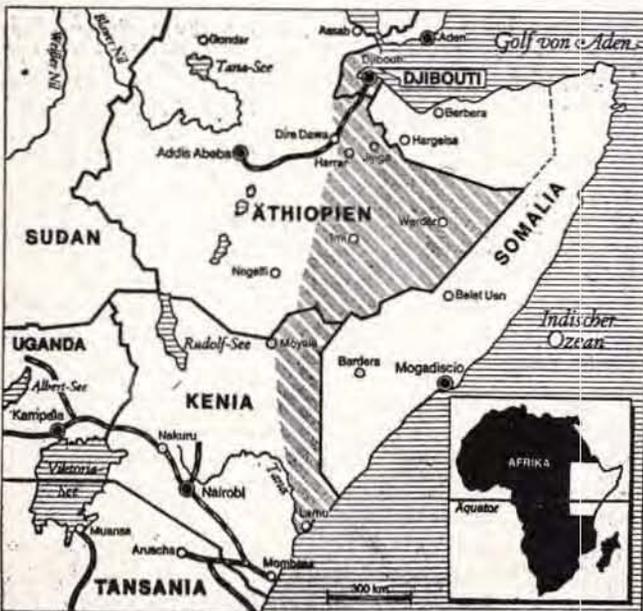
Als am 21. Oktober 1969 progressive Offiziere das korrupte Regime des Präsidenten Ali Shermake in einem unblutigen Staatsstreich stürzten, begründete Generalmajor Siad Barre als ihr Führer das Einschreiten der Militärs folgendermaßen: „Es war nicht länger möglich, diese üblen Dinge wie Korruption, Bestechung, Vetternwirtschaft, Vergeudung öffentlicher Gelder, Ungerechtigkeit und Mißachtung der Religion und der Gesetze des Landes zu ignorieren.“⁸

Sozialistische Orientierung für ein Nomadenvolk

Hatte man bis 1970/71 dem Aufbau der Gesellschaft das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit zugrundegelegt, so formulierte die Regierung nun als Ziel den Aufbau des Sozialismus, gegründet auf die philosophischen Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus, auf soziale Gerechtigkeit, das Recht auf Arbeit und die Beendigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Die Realisierung dieser Ziele stieß jedoch in einem derart rückständigen, unterentwickelten und armen Land wie Somalia auf unendliche Schwierigkeiten: Somalia hat das niedrigste Prokopf-Einkommen Afrikas, keine erschlossenen Rohstoffquellen, überwiegend Wüsten- und Steppengebiete, wird von periodischen Dürren heimgesucht und seine Bevölkerung besteht zu sage und schreibe zwei Dritteln aus Nomaden. Während also die übergroße Bevölkerungsmehrheit als nomadisierende Viehzüchter – in Sippen zusammenlebend – auf einer unteren Stufe der Subsistenzwirtschaft verharrt, verfügt das Land nicht einmal über größere natürliche Ressourcen, die eine beschleunigte soziale Umstrukturierung – etwa vergleichbar mit Algerien oder Libyen – möglich gemacht hätten. Tempo und Ausmaß des sozialökonomischen Umgestaltungsprozesses waren also aufgrund der widrigen natürlichen Voraussetzungen eng gesteckt.

Bereits 1969 wurden die Hauptzweige der somalischen Wirtschaft, Banken, Handel und zum Teil das Transportsystem, nationalisiert. Vornehmlich in Zusammenarbeit mit der UdSSR führte man seither eine Reihe von gemeinsamen Projekten durch, die sich vor allem auf die Verarbeitung von Agrarprodukten – wie die Konservenfabrik in Afgoi oder die Fleischverarbeitung in Kismayu – konzentrierten und die heute die Grundlagen für einen staatlichen Sektor ausmachen.



Großsomalische Gebietsansprüche (schraffiert)

1969 gab es in Somalia sechs Fabriken mit ca. 30 000 Arbeitern; 1975 waren 22 neue entstanden und 66 Projekte im Bau.

Im Agrarbereich gründete man bis 1975 rund 100 Landwirtschaftskooperativen mit ca. 10 000 Bauern und begann mit ersten Projekten zur Selbsthaftmachung der Nomaden. Die Dürre 1974/75, die 15 000 Tote forderte und durch die 6 Mio Stück Vieh umkamen, ließen die erhöhte Notwendigkeit der Selbsthaftmachung der Nomaden deutlich werden. In einer großangelegten Rettungsaktion evakuierte die somalische Regierung damals 150 000 Nomaden aus den Dürregebieten und siedelte rund 100 000 Menschen in küstennahen Agrar- und Fischereikooperativen an.

Besondere Erwähnung verdient ferner der Aufbau eines nationalen Schulsystems (unter den Kolonialmächten Großbritannien und Italien hatte es in Somalia lediglich zwei Hauptschulen mit ca. 100 Schülern pro Jahr gegeben) und die Durchführung von Alphabetisierungskampagnen. Vorausgehen mußte dem jedoch erst die Entwicklung der Somali-Sprache zu einer Schriftsprache, was 1972 erfolgte.

Grenzen und Schattenseiten eines Revolutionsprozesses

Bei aller positiven Würdigung dieser sozialen Errungenschaften dürfen die Begrenztheit und verschiedenen Schattenseiten des somalischen Revolutionsprozesses nicht außer Acht gelassen werden.

Erstens brachte es die außerordentliche soziale Rückständigkeit mit sich, daß die große Mehrheit der nomadischen Bevölkerung weitestgehend abseits der politischen Mobilisierung und Organisierung blieb.

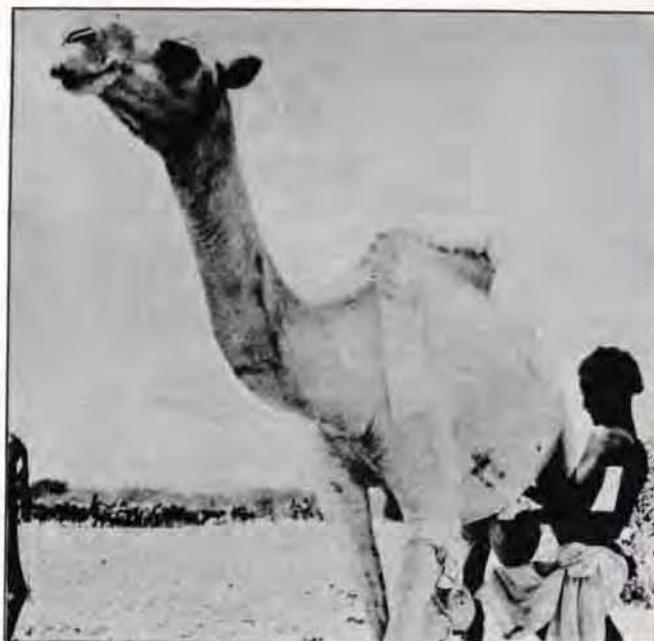
Zweitens entbehrte er aufgrund der sozialen Voraussetzungen einer antifeudalen Agrarrevolution, in der – wie etwa im nasseristischen Ägypten oder im heutigen Äthiopien – die bäuerlichen Massen aus Klassenkämpfen gegen die Großgrundbesitzer als landbesitzende Kleinproduzenten oder Genossenschaftsbauern hervorgegangen und zu einer verlässlichen sozialen Stütze der Revolution geworden wären.

Drittens blieb aufgrund des sehr langsamen Wachstums des staatlichen industriellen Sektors das proletarische Element denkbar schwach und stützten sich die vorwiegend dem Kleinbürgertum entstammenden nationaldemokratischen Militärs fast ausschließlich auf die nationale Intelligenz und die städtischen Mittelschichten.

Viertens stand die Massenmobilisierung und -organisation von Anbeginn unter dem nationalistischen Vorzeichen des Kampfes für die Einheit aller Somali-Stämme, so daß die gegenwärtige Woge des Chauvinismus die Elemente sozialrevolutionären Bewußtseins zu überspülen droht. Zwar läßt sich dieser Nationalismus – jedenfalls zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht – wie etwa zuvor im Fall Ägyptens – auf einen vorausgegangenen kapitalistischen Restaurationsprozeß zurückführen. Aber sehr wohl kann er umgekehrt den im somalischen Staats- und Militärapparat verbliebenen reaktionären Elementen die Wiederkehr auf leisen Sohlen erleichtern und eine kapitalistische Rückentwicklung auf niedriger Stufe unter aktiver Einschaltung von Fremdkapital einleiten. Diese Möglichkeit wird umso wahrscheinlicher, da die Regierung Barre augenblicklich dem parasitären arabischen Ölkapital oder neokolonialistischen Institutionen Tür und Tor zu öffnen bereit scheint, je mehr sie durch ihr Kriegsabenteuer das ohnehin spärliche Wirtschafts- und Sozialbudget des Landes hoffnungslos überlastet.

Denn fünftens ist für Somalia fremde Hilfe lebensnotwendig, bestritt es doch bislang ca. 65 % seines Entwicklungshaushaltes allein aus ausländischen Quellen – ein Fakt, der die akute Gefahr einer neokolonialistischen Abhängigkeit in sich birgt.

Bis zum November 1977 spielte in der Frage der sozialen



Entwicklung des Landes, der Überwindung von Unterentwicklung und neokolonialistischer Abhängigkeit die umfangreiche wirtschaftliche, technische und militärische Hilfe der Sowjetunion eine bedeutende Rolle für das Land. Als erster Staat südlich der Sahara schloß Somalia im Juli 1974 einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ab. Dieser Vertrag wurde „auf der Grundlage der Prinzipien der Achtung der Souveränität, der territorialen Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und der Gleichberechtigung“⁹ geschlossen und noch im Juli 1977 durch weitere Abkommen präzisiert.

Als dann am 13. November 1977 Somalia einseitig den Freundschaftsvertrag aufkündigte, alle sowjetischen Militärberater, Techniker, Experten, Ausbilder des Landes verwies und gleichzeitig die diplomatischen Beziehungen zu Kuba abbrach, war dies die Antwort der Regierung Barre auf die Weigerung der UdSSR, in die somalische Aggression gegen Äthiopien hineingezogen zu werden. Die Schwäche des äthiopischen Regimes auszunutzen, hatte Somalia die Stunde für gekommen gehalten, seine nationalistischen Ambitionen auch um den Preis des Sturzes der äthiopischen Revolution zu verwirklichen und begonnen, Mitte des Jahres 1977 die äthiopische Provinz Ogaden zu besetzen.

Dabei hatte es nicht an sowjetisch-kubanischen Bemühungen gefehlt, den Konflikt auf politischem Wege beizulegen. Auf Drängen Fidel Castros war es sogar am 16. April 1977 in der südjemenitischen Stadt Aden zu einem Treffen zwischen Siad Barre und Mengistu Haile Mariam gekommen (siehe Interview mit Fidel Castro über Afrika, in AIB 8/1977), auf dem man auch die Möglichkeit einer Staatenkonföderation diskutierte, was eine friedliche Beilegung der Ogadenfrage und darüber hinaus eine antiimperialistische Allianz Äthiopien-Südjemen-Somalia hätte eröffnen können.

Als sich im Verlauf des somalischen Angriffs auf den Ogaden die Sowjetunion und Kuba auf die Seiten Äthiopiens stellten und dessen Bitte nach militärischer Unterstützung entsprachen, vollzog Somalia den Bruch.

Ermuntert wurde Somalia zu diesem Schritt und der Verfolgung seines annexionistischen Ziels im Ogaden vor allem seitens der Westmächte und Ägyptens, des Iran und Saudi Arabiens. Was vielfach in der bürgerlichen Presse als „Arabisierungprozeß“¹⁰ beschrieben wird, bezeichnet eine Entwicklung in den Beziehungen zwischen Somalia und den arabischen bzw. imperialistischen Staaten, die rückblickend bereits 1974 mit dem Beitritt Somalias zur Arabischen Liga einsetzte¹¹.

Den aktuellen Kurs der USA gegenüber Somalia kennzeichnet der Ausspruch von Präsident Carter „alles zu tun, damit Somalia unser Freund wird.“¹² Wohl im Auftrage und in Absprache mit den USA war es dann vor allem Saudi Arabien, das alles daransetzte, Somalia von seinem Kurs, insbesondere was seine Beziehungen und Verträge zu den sozialistischen Ländern betraf, abzubringen. Von einem saudischen „Milliarden-Geschenk für den Kurswechsel“ kündete der Bayernkurier am 27. 8. 1977; und als Ausgleich für die sowjetischen Hilfeleistungen bot Saudi Arabien Somalia 300 Mio Dollar jährlich an¹³.

Mit der Ausweitung des Krieges und der von Siad Barre beschworenen, vermeintlichen Bedrohung Somalias durch die Sowjetunion und Kuba wurde auch die Militärhilfe dieser regionalen Gendarmen angekurbelt. Der Iran, der bereits vor Jahren mit seiner Armee dem omanischen Sultan Quabus gegen die Befreiungsbewegung PFLO zu Hilfe eilte, Ägypten und Saudi Arabien entsandten Truppenkontingente ins Kriegsgebiet am Horn von Afrika. Nach Angaben der Frankfurter Allgemeinen Zeitung beläuft sich die Zahl der ägyptischen Soldaten auf 5000; die Zahl der Soldaten aus anderen arabischen Ländern wird mit 7000 angegeben¹⁴.

Im wahrsten Sinne des Wortes agieren die arabischen Staaten hier stellvertretend für die imperialistischen Großmächte die vor einer offenen Intervention gegen Äthiopien allein aus taktischen Erwägungen zurückschrecken, um die gegen die somalische Aggression eingestellte Mehrheit der afrikanischen Staaten nicht gegen sich aufzubringen. „In diesem Konflikt in der Weise zu intervenieren, indem wir wirksame militärische Hilfe an Somalia geben“, verlautete aus dem US-Ministerium von Cyrus Vance, „wäre ein schwerer politischer und diplomatischer Irrtum, der die Feindschaft der Mehrheit der OAU-Staaten heraufbeschwören würde.“¹⁵

Bonner Panzer für Mogadishu

Diese Überlegungen hielten die imperialistischen Staaten jedoch nicht davor zurück, Somalia unter der Hand Waffen und Ausrüstungen in einem Umfang von 30 Schiffsladungen im Februar d. J. zur Verfügung zu stellen. Darunter befanden sich auch 30 Panzer aus der BRD. Über diese Waffenlieferungen hinaus stellte die Bundesrepublik Somalia im Januar

1978 einen als „Mogadishu-Prämie“ bekanntgewordenen Kredit von 25 Mio DM zur freien Verfügung, der zusammen mit einem Zusatzkredit in Höhe von 15 Mio DM für Waffenkäufe und damit direkt im somalischen Aggressionskrieg Verwendung findet. „Mit der Hilfe von großen Summen iranischen und saudischen Geldes, zusammen mit substanziellen Krediten Westdeutschlands,“ so das US-Magazin Newsweek, „haben die Somalis Kanonen und Piloten aus Pakistan, leichte Waffen aus Frankreich, Italien, dem Iran und Saudi Arabien und kompliziertes Radargerät aus der Schweiz eingekauft.“¹⁶

Wie die Entwicklung der letzten Monate zeigte, führte die nationalistische Politik Somalia in eine gefährliche Allianz mit den reaktionärsten Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie den NATO-Mächten. Dieser Kurs der Auslieferung des Landes an die neokolonialistischen Interessen setzt nicht nur den sozialrevolutionären Prozeß Äthiopiens aufs Spiel, sondern muß auch auf die progressiven Errungenschaften Somalias selbst zurückschlagen.

Anmerkungen:

- 1) Süddeutsche Zeitung, 18. 1. 1978
- 2) Zur Gesamteinschätzung des Rote Meer-Konflikts vgl. AIB 10/1977, zur Analyse der hauptbeteiligten Länder AIB 10/1977 (Saudi Arabien), 11/1977 (Sudan), 12/1977 (Äthiopien) und 1/1978 (Eritrea)
- 3) Africa, London, März 1978
- 4) Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich, 4. 8. 1977
- 5) Middle East Annual Review 1978, Essex/Hong Kong 1977, S. 343
- 6) NZZ, 10. 8. 1977
- 7) Programme of the Somali Revolutionary Socialist Party, Mogadishu 1976, S. 27
- 8) Middle East Annual Review 1978, a. a. O., S. 350
- 9) Horizont, Berlin, Nr. 52/1974
- 10) Vgl. Orient, Hamburg, 2/1977, S. 17
- 11) Die Arabische Liga ist der Zusammenschluß der Staaten des arabischen Raums, 1945 gegründet von den damals bereits staatlich eigenständigen Ländern unter antikononialen Vorzeichen und mit Sitz in Kairo.
- 12) Spiegel, 1. 8. 1977
- 13) Events, Beirut, 3. 6. 1977
- 14) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. 2. 1978
- 15) Afrique Asie, Paris, Nr. 155/20. 2. 1978
- 16) Newsweek, New York, 13. 2. 1978

Südafrika

Michael Williams

Es gibt eine Lösung der Wirtschaftskrise (2. Teil)

Nachdem der erste Teil unseres Beitrags des südafrikanischen Sozialwissenschaftlers Michael Williams die Analyse der Funktionsmechanismen der kapitalistischen Wirtschaftskrise zum Gegenstand hatte (siehe AIB, Nr. 3/1978), diskutiert der nachfolgende zweite und abschließende Teil die wesentlichen Krisenlösungsstrategien des Apartheidregimes und entwickelt die sozialrevolutionäre Alternative der südafrikanischen Befreiungsbewegung.

Einheimische Unternehmer werden nun durch die Führungspersönlichkeiten der Regierungs- und Geschäftswelt aufge-

fordert, südafrikanisch zu kaufen. Es sollten mehr – so wird argumentiert – einheimische Produkte, besonders Investitionsgüter, gekauft werden. Anträge auf den Import von Investitionsgütern aus dem Ausland werden genau überprüft. Potentiellen Importeuren wird geraten, auf alternative einheimische Quellen zurückzugreifen. Es wird geschätzt, daß Südafrika unmittelbar mehr als 870 Mio Rand jährlicher Importe ohne weitere Investitionen ersetzen könnte. Ein größeres Vertrauen in einheimische Industrieerzeugnisse mag den Druck auf die Devisenreserven des Landes recht gut erleichtern. Aber wenn es erfolgreich sein sollte, kann es nur

eins bedeuten – einen weiteren Angriff auf den Lebensstandard der Massen. Südafrika importiert ja Investitionsgüter aus dem Ausland, weil es billiger ist als sich auf einheimische Produzenten zu verlassen. Jeder Versuch der Regierung, ein Substitutionsprogramm über die Industrie zu verhängen, wird die Kosten enorm anheben. Solch ein Programm wird somit nur durch die Massen selbst finanziert werden können, indem ihre Löhne beträchtlich beschnitten werden.

Den Industriellen wird auch geraten, sich auf eigene Mittel zu stützen, um das Wachstum zu finanzieren. Escom, der staatliche Elektrizitätsgigant, ist gerade dabei, die Führung zu übernehmen. Er strebt die Eigenfinanzierung durch höhere Elektrizitätsgebühren an. Natürlich wird dies die Kosten der Industrie weiter anheben. Für diese Kosten werden die Massen teuer bezahlen müssen.

Auf Seiten der Behörden scheint es kaum den Versuch zu geben, die Quelle für die zusätzlichen Fonds, die die Industrie für ihr Wachstum benötigt, zu verbergen: Der Wirtschaftsminister Heunis erklärte: „Die wichtigste Finanzierungsquelle stellen die Firmenprofite dar. Es ist deshalb von größter Wichtigkeit, daß nichts in diesem Land getan wird, das Streben des Geschäftsmannes nach Profit zu unterdrücken“. Er könnte genau so gut gesagt haben, daß alles getan werden muß, das Verlangen der Massen nach einem besseren Lebensstandard zu „unterdrücken“.

Die eingefahrenen Bahnen der Exportförderung, Importsubstitution und Eigenfinanzierung genügen allein nicht, um mit der Rezession fertig zu werden. Die Gewinne müssen erhöht werden, wenn einheimische wie ausländische Kapitalisten weiterhin ein profitables Feld für ihre Investitionen finden sollen.

Die Krisenlösungsstrategie des Regimes

Die Lösung des Problems, mit dem die südafrikanische Wirtschaft konfrontiert ist, hängt von der Profitrate ab. Das Sinken der Regierungseinnahmen, erzeugt durch den Fall des Goldpreises, hat die Industrie den Unbilden einer relativ hohen organischen Zusammensetzung ausgesetzt. Unter diesen Umständen kann die Profitrate nur durch die Verringerung der Löhne unter den Wert der Arbeitskraft erhöht werden. Es gibt **keinen** anderen Weg, auf dem das gegenwärtige Niveau der Mechanisierung aufrechterhalten werden kann. Südafrika allerdings versucht, seine Probleme auf seine eigene unnachahmliche Weise zu lösen. Verschiedene Sprecher von Regierung und Geschäftswelt verlangen nun nach der Wiedereinführung arbeitsintensiver Produktionstechniken. Jene, die die Götter zerstören wollen, machen sie zunächst verückt!

Der Ruf nach der Nutzung von mehr arbeitsintensiver „Technologie“ kam von solchen Institutionen wie dem Wirtschaftsbeirat des Premierministers, der Bundesindustriekammer, der Südafrikanischen Arbeitskonföderation und dem Handelsinstitut, um nur einige zu nennen. Die Regierung – so wird zur Zeit argumentiert – soll Steuervorteile und Beihilfen verringern, um somit die Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch Kapital kostspieliger zu machen. Das Wirtschaftsentwicklungsprogramm 1976–1981 schlug vor, es sollte den Kapitalkosten gestattet werden, ihr „wahres“ Niveau zu finden, um so kapitalintensive Projekte zu entmutigen. Hennie Wiehahn, Generaldirektor der Senbank, der größten Handelsbank des Landes, ist soweit gegangen, zu verlangen, daß die südafrikanischen Industriellen „neuen Boden auf dem Gebiet der Produktionstechnologie erobern sollen“. Dies bedeutet – so unglaublich es klingt – die Einführung von Produktionstechnologien, die einen „relativ hohen Arbeitsanteil“ haben. Kürzlich brachte in Durban der Ökonom Lawrence McCrystal in einer Rede vor Ingenieuren ernsthaft die Idee hervor, daß der bestehende Maschinenpark so verändert wer-

den sollte, daß mehr Arbeiter beschäftigt werden könnten. So informierte er sein Publikum, daß eine Fabrik für Glaswaren in Indien es fertigbrachte, die Größe ihrer Anlage um die Hälfte zu reduzieren; wobei allerdings der Maschinenpark so angepaßt wurde, daß er dreimal mehr Arbeiter beschäftigte. Sollte Südafrika diesem Beispiel folgen, würde alles gut werden.

Die Grenzen der Apartheid-Ökonomie

Das Verlangen nach Wiedereinführung arbeitsintensiver Investitionen ist eine ernste Angelegenheit. Es ist der bestmögliche Beweis, daß die Ökonomie der Apartheid im gegenwärtigen Stadium an den Grenzen des Wachstums angelangt ist. Arbeitsintensive Investitionen in einem entwickelten kapitalistischen Land können nur dann zu einem gangbaren Vorschlag werden, wenn Menschenleben wie im Hitlerdeutschland der Kriegszeit absolut wertlos geworden sind. Sollte der Ruf nach mehr menschlicher Arbeit und weniger Maschinen ernstgenommen werden, können wir erwarten, daß das Wachstum der Profitmasse weitergeht – aber nur durch den Tod und die Zerstörung des Lebens von Millionen Arbeitern.

Der Ruf nach arbeitsintensiven Investitionen in der Industrie ist angeblich auf die Lösung des wachsenden Beschäftigungsproblems im Lande gerichtet. Südafrika allerdings hat nicht das Verlangen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Das Niveau der Reallöhne in einer kapitalistischen Wirtschaft ist eine Funktion des Umfangs der industriellen Reservearmee. Daher muß ein Anstieg der Reallöhne in der Krise zum Sinken der Profitrate führen. Der Ruf nach höherer Arbeitsintensität in der Industrie ist im wesentlichen der Ruf nach der Intensivierung der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft.

Es gibt keine Lösung der Krise Südafrikas – dieser Sphäre des nationalen Befreiungskampfes, der wegen der immer weiter anwachsenden Unterdrückung der schwarzen Massen nicht ruhen wird. Südafrika kann daher zwei Wege gehen: entweder vorwärts zur nationalen Befreiung und der revolutionären Umwälzung der Gesellschaft oder hinein in die noch rücksichtslosere Anwendung der Instrumente der Apartheid. Es gibt keinen Mittelweg.

Eine der wichtigen Folgen der Krise, deren Bedeutung für die Bewegung nicht überschätzt werden kann, ist, daß die großen Firmen sogar noch größer geworden sind. Diese Firmen haben rapide ihre Interessen über das Land ausgedehnt. Wie die South African Sunday Times es ausdrückte, haben sie einen Vorteil aus der Depression in der Industrie gezogen, „indem sie sich Firmen zu Spottpreisen einverleibten“.

Allein im Jahr 1976 hat die Anglo American Corporation ihre Gesamtguthaben von 777,1 Mio Rand auf 3022,7 Mio Rand erhöht. Sogar noch spektakulärer ist das Wachstum der Federale Hynbou, deren Umsatz seit 1975 von 575 Mio Rand auf 1800 Mio Rand angewachsen ist. Laut Financial Mail ist dies ein klassischer Fall von geschäftlicher Imperiumsbildung. Investitionen haben in Südafrika in wachsendem Ausmaß die Form von „Zusammenschlüssen“ angenommen. Deshalb sind im Rezessionsjahr 1976, als das Brutto sozialprodukt nur um 1 % gestiegen ist, die realen Kapitalanlagen vieler Spitzenkonzerne um über 20 %, in manchen Fällen sogar über 50 % angewachsen.

Sollte der gegenwärtige Wirtschaftskurs beibehalten werden, so dürfte bald die gesamte Arbeitskraft unter die Herrschaft einer Handvoll gigantischer Firmen geraten. Wie die Lage aussieht, ist der Konzentrationsgrad in der südafrikanischen Geschäftswelt außergewöhnlich hoch. Unter den 58 Industrieunternehmen des Landes kommen nicht mehr als 3 Gesellschaften für 70 % des Gesamtumsatzes auf. Ähnlich kontrollieren 1/10 der Firmen im Bereich des Handels, des Bau-

wesens und des Verkehrs 77 %, 74,6 % und 81,5 % des Gesamtumsatzes. Genauso haben in einer Reihe von Bereichen der verarbeitenden Industrie nur ein oder zwei Firmen mehr als 80 % Marktanteil. Da die Nachfrage in der Wirtschaft andauernd sinkt, muß die Schlacht der Giganten um die größere Kontrolle der Märkte noch heftiger werden.

Der ANC hat schon lange erkannt, daß die Demokratie in Südafrika keine wirkliche Bedeutung haben kann, solange die Monopole in den Händen selbstsüchtiger Profitjäger verbleiben. Demzufolge wird eine Regierung des ANC die Minen, Banken und monopolistischen Industrien in Gemeineigentum überführen, damit sie der Hebung des Lebensniveaus des ganzen Volkes dienen können. Aus diesem Grunde werden die Monopolisten nicht müde werden, die Befreiungskräfte niederzuhalten. Sie werden alles in ihrer Macht stehende tun, um den ANC in seinem Kampf für wahre und dauerhafte Demokratie zu behindern.



Diamantenmine in der nördlichen Kapprovinz

Der ANC hat als einzige der Betreibungsorganisationen eine Alternative zur Krise entwickelt, die im ureigensten Interesse der Massen liegt. Das ist es, was den ANC so gefährlich gemacht hat. Sobald der ANC an die Macht kommt und das Rückgrat des Monopolkapitals gebrochen hat, wird die Profitrate aufhören, die Meßlatte für den materiellen Fortschritt des Landes zu sein. Von da an wird die Einführung arbeitssparender Maschinerie der Arbeit und nicht dem Kapital dienen. Der Maschinisierungsprozeß wird zum Anwachsen des Lebensstandards und einer überall wirksamen Verkürzung des Arbeitstages führen. Gleichzeitig wird sich das Mehrprodukt für Investitionen enorm vergrößern und ein Niveau des materiellen und kulturellen Fortschritts erlauben, das unter dem alten rassistischen Regime unmöglich gewesen wäre. Zum ersten Mal würde der Prozeß der Fusionen und „Zusammenschlüsse“ den öffentlichen Interessen dienen. Die Vorteile der Großindustrie werden der ganzen Gesellschaft zur Verfügung stehen und nicht nur einem Teil von ihr. Der Aufstieg zur Macht wird eine neue Ära des Überflusses und des dauerhaften Wohlstandes einleiten. Die Monopolisten haben allen Grund, den ANC zu fürchten.

Es gibt noch einen anderen Grund, weshalb die Monopolisten den ANC fürchten. Schon seit vielen Jahren steht der ANC auf dem Standpunkt, daß die schwarzen Arbeiter im nationalen Befreiungskampf eine besondere Rolle zu spielen haben. Die Arbeiter sind, da sie den am meisten unterdrückten und ausgebeuteten Teil der Gesellschaft bilden, fähig, das nationale Gewissen für das Übel, das im Land herrscht, zu rüsten und einen langen, hartnäckigen und konsequenten Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung zu führen. Obwohl die Krise die Finanzkraft der Monopolisten verstärkt, zwingt sie sie auch, den Lebensstandard zu senken, um eine hohe Profitrate aufrechtzuerhalten. Dies bietet dem ANC die

enorme Gelegenheit, das Vertrauen der Volksmassen in seinen Kampf gegen die weiße Vorherrschaft zu gewinnen. Während das Land weiter in die Rezession hineinschlittert, wird sich der Konflikt zwischen den Großunternehmen und dem Volk intensivieren.

Obwohl die Monopolisten die Staatsmacht auf ihrer Seite haben, sind sie in mancher Hinsicht auch besonders schwach. Die Monopolisten in Südafrika sind nicht wie ihr Gegenstück in den entwickelten Zentren des Imperialismus in der Lage, über die Unterstützung einer Arbeiteraristokratie **innerhalb** der Arbeiterbewegung zu verfügen.

Im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung Südafrikas ist die Arbeiteraristokratie – die weißen Arbeiter – von den Massen nicht nur auf politischem und kulturellem, sondern auch auf ökonomischen Niveau geschieden worden. Seit Jahren gibt es eine wachsende Tendenz bei den weißen Arbeitern, in die Berufssparten zu wandern, die mehr mit der unmittelbaren Beaufsichtigung des Arbeitsprozesses als mit der unmittelbaren Schaffung des Wohlstandes in Verbindung stehen. Tatsächlich ist die Kategorie des Facharbeiters im heutigen Südafrika gleichzusetzen mit der des Leiters. De Villiers, Generaldirektor der General Mining, bemerkte sogar: „Weiße Handwerker und Minenarbeiter sind bereits Manager, insofern als sie in der Regel die Kontrollfunktionen über eine Anzahl von Schwarzen ausüben“.

Wegen der Nichtexistenz einer Arbeiteraristokratie in den Reihen der Unterdrückten, sind die Monopolisten Südafrikas unfähig, ihre Gedanken bis zu den Massen durchzuschleusen. Die überwältigende Mehrheit der Arbeiter schaut auf die offiziellen Gewerkschaften der gelernten Arbeiter mit Mißtrauen, wenn nicht mit offenem Haß, so weit haben sich diese Gewerkschaften vom Leben der Massen entfernt. Während der Boomjahre bestand die einzige Beschäftigung dieser Gewerkschaften darin, darauf zu achten, daß die unterdrückten Arbeiter so wenig wie möglich deren privilegierten Status beeinträchtigen. Seitdem nun die Boomjahre vorüber sind, versuchen diese Gewerkschaften, die Unterstützung der schwarzen Arbeiter zu finden in dem Bestreben, den Südafrikanischen Gewerkschaftskongreß (SACTU) (die einzige vielrassische und authentische Gewerkschaft) zu isolieren und die zunehmende Militanz der schwarzen Arbeiterklasse einzudämmen. Grobelaar, Generalsekretär des Gewerkschaftsrats von Südafrika (TUCSA)⁵, ist gerade mit einer Kampagne beschäftigt, die nichteingetragenen Gewerkschaften zu überreden, sich der TUCSA anzuschließen, d. h. ihre Gewerkschaftsarbeit parallel zu der der Weißen zu betreiben. Abgesehen von einigen Ausnahmen haben die schwarzen Gewerkschafter Grobelaar eine Abfuhr erteilt. Sie haben kein Vertrauen in eine Organisation, die so lange in der Frage der nationalen Unterdrückung und der Überausbeutung der schwarzen Arbeiter ihren Frieden geschlossen hatte.

Herrschende und opportunistische Krisenrezepte

Appelle nach Lohnzurückhaltung durch Regierung, Geschäftskreise und Gewerkschaftsführer stoßen auf taube Ohren. Die Sicht der „Überkonsumtionstheoretiker“⁶ hat für die unterdrückten Massen keine Bedeutung, außer die einer nur schwach verschleierte Entschuldigung der Rassenisten zur Verstärkung der Unterdrückung. Trotz des Appells von Niewoudt (Generalsekretär der Südafrikanischen Arbeitskonföderation⁷) und Grobelaar, daß Arbeiter „bei ihren Lohnforderungen verantwortungsbewußt handeln sollten“, geht der Kampf für ein besseres Leben weiter.

So merkwürdig es auch erscheinen mag, appelliert eine buntgescheckte Gruppe von Sozialdemokraten um die Zeitschrift *The South African Labour Bulletin* an die Arbeiter, ihre Lohnforderungen im Zaum zu halten⁸. Sie fordern von den Arbeitern, ihre Lohnforderungen auf ein realistisches Niveau,

das sich „unsere“ krisengeschüttelte Wirtschaft leisten kann, zu begrenzen. Das Verhalten dieser Sozialdemokraten wäre weniger unerträglich, wenn ihre Argumente nicht im Gewand des Marxismus daherkämen. Unter den Bedingungen Südafrikas ist es allerdings nicht schwierig, „des Herrschers neue Kleider“ zu widerlegen.

Im Gegensatz zu dem Eindruck, den unsere Sozialdemokraten erzeugten, sind die Großkapitalisten sehr gut aus der Krise hervorgegangen. Dies ist eine Tatsache, die die Repräsentanten des Systems nicht verborgen können. Die Financial Mail eröffnete den Teil über die Gewinnlage des letzten Jahres in einer Übersicht über die führenden Firmen mit folgenden Worten: „Rezession? Welche Rezession? Dies wird wahrscheinlich die typische erste Antwort auf die Nettogewinntabelle dieses Jahres sein. Nur 37 von 191 Industrieunternehmen, die dieses Jahr die 2 Mio Rand-Marke übertrafen, hielten ihren Nettogewinn nicht wenigstens auf dem gleichen Niveau des Vorjahres. Bei weitem die meisten machten große Fortschritte – die ersten 30 z. B. vergrößerten die Gewinne durchschnittlich um 31 % und die 10 am unteren Ende um 37 %. Dieses Jahr verbesserten sich 53 Firmen um 10 Mio Rand verglichen mit 42 im letzten Jahr.“

Profite südafrikanischer Großunternehmen
(in Mio Rand)

	1974	1975	1976
Barlows	93,0	114,9	142,6
Remgro	45,1	56,7	117,1
SA Brews	57,3	70,8	87,3
Amic	37,0	51,4	69,8
AECI	40,6	44,2	52,9
Safmarn	18,8	25,5	30,8
Prem Mill	18,5	22,7	29,5
Highveld	11,2	20,1	28,0
Smiths	–	12,1	24,1
Oude Mess	13,6	15,6	20,2

(Quelle: Rand Daily Mail, 9. 5. 1977)

Der Mehrwert, der den Großfirmen zur Verfügung steht, ist enorm angewachsen dank des hohen Niveaus der Mechanisierung und der niedrigen Löhne der schwarzen Arbeiter. Aber nicht allein der Mehrwert interessiert die Kapitalisten. Die Höhe dieses Mehrwerts im Verhältnis zum Wert der eingesetzten Arbeitskraft, Maschinen etc. interessiert sie ebenfalls. Wenn uns also die herrschende Klasse mitteilt, daß der Überschuß nicht ausreicht, um über die Runden zu kommen, meinte sie in Wirklichkeit, daß der Überschuß im **Verhältnis** zur Gesamtinvestitionssumme nicht ausreicht (die Profitrate, d. Red.). Aber dies ist ein Problem der Kapitalisten, nicht der Arbeiter.

Sollten die Monopole in Gemeineigentum überführt worden sein, würde das von den Arbeitern erarbeitete Mehrprodukt an den Bedürfnissen der Gesellschaft und nicht am Wert vergangener, angehäufter Arbeit gemessen. Die tote Arbeit würde aufhören, die lebendige zu plagen.

Für die Kapitaleigner ist die Profitrate eine festgelegte und unveränderliche Kategorie, die alle Zeit mit uns sein wird. Somit identifizieren sie ihre eigenen Probleme mit denen der Gesellschaft im allgemeinen, indem sie uns auffordern, große Opfer zu bringen, wann immer die Profitrate fällt. Es ist daher unsere Aufgabe, aufzuzeigen, daß der „Mangel“ über den sich die Monopolisten beklagen, ein kapitalistischer Mangel ist. Dieser Mangel wurzelt im sozialen Charakter der Produktionsverhältnisse. Wenn die Monopole in die Hand des ganzen Volkes übergeben worden sind, wird der sogenannte „Mangel“ in der Wirtschaft sehr schnell in einen Überschuß

verwandelt werden.⁹

Während eine Fraktion der herrschenden Klasse nach Lohnzurückhaltung verlangt, beklagt sich eine andere über die unzureichende Nachfrage in der Wirtschaft. Laut Landwirtschaftsminister Hendrik Schoeman ist eines der größten Probleme, vor denen das Land steht, „ein Mangel an Kaufkraft auf Seiten der Konsumenten“. Dies sind sehr gelassene Worte aus dem Munde eines Ministers, der für einen Sektor der Volkswirtschaft verantwortlich zeichnet, der für lange Zeit von der Verarmung so vieler profitiert hat. Wie der Minister sehr wohl weiß, hat es immer eine Lücke in der Kaufkraft der Massen gegeben. Dieser Mangel hat nicht etwa die Ökonomie der Apartheid behindert, sondern sie im Gegenteil gestärkt. Der Minister hat die weiße Gemeinschaft – nicht die Unterdrückten – im Sinn, wenn er nach einem Anstieg des Lebensstandards verlangt.

Forderungen nach einer radikalen Umverteilung des Reichtums als Mittel zur Herstellung einer Art Gleichgewicht in der Gesellschaft werden dauernd von der sogenannten Fortschrittlichen Partei (Progressive Party) vorgebracht. Aber in der gegenwärtigen Situation, wo die Profitraten unter Druck stehen, ist es bedeutungslos nach einem Anstieg des Lebensstandards zu rufen und gleichzeitig die Profitsucht zu verteidigen. Es ist daher reine Heuchelei von Harry Schwartz, die Regierung aufzufordern, zuerst Maßnahmen gegen die Verarmung des Volkes zu ergreifen und dann, im gleichen Atemzug, nach der Stärkung der „freien Marktwirtschaft“ zu rufen. Wenn er an die Macht kommt, wird der ANC in der Lage sein, das weitreichendste Programm zur Umverteilung des Reichtums durchzuführen; denn er will genau das System herausfordern, auf dem die Ungleichheit des Reichtums basiert.

Bestrebungen von Seiten der herrschenden Klasse, den ökonomischen Patriotismus als Hebel zur Krisenlösung zu fördern, können höchstens als schlechter Witz behandelt werden. Die gegenwärtige Kampagne „Kaufe südafrikanisch – Baue Südafrika auf“ zielt ausschließlich auf den Konsum der Weißen ab. Die unterdrückten Massen würden lieber sehen, daß wir Südafrika aus dem Ausland boykottieren, als daß sie Appelle an den Patriotismus zuhause ernstnehmen würden.

Der Chauvinismus

Der Ruf nach der Schließung der Grenzen Südafrikas für Arbeitskräfte aus den Nachbarländern findet gleichermaßen keine Unterstützung bei den Massen. Die Forderungen von Teilen der Gewerkschaften, der Geschäftswelt und der Regierung nach Ausweisung der sogenannten ausländischen Afrikaner, um so die Arbeitslosigkeit zu vermindern, sind rassistisch inspiriert. Die unterdrückten Arbeiter würden eher die Rassisten als Ausländer ansehen als ihre Kollegen aus benachbarten Ländern. Die herrschende Klasse hat genauso wenig die Möglichkeit, der Arbeiterbewegung den ökonomischen Patriotismus einzubleuen, wie sie die Farbe ihrer Haut verändern kann. Nur in den fortgeschrittenen Zentren des Kapitalismus, wo die Arbeiteraristokratie einen starken Einfluß auf die Arbeiterbewegung ausübt, finden die Forderungen nach Kontrolle der Einwanderung, nach Importrestriktionen usw. eine gewisse Resonanz.

In einem verzweifelten Versuch, das revolutionäre Ferment unter den Massen einzudämmen, haben Teile der herrschenden Klasse damit begonnen, nach der Schaffung einer Arbeiteraristokratie unter den schwarzen Arbeitern zu rufen. Die Zeitung Die Beeld argumentiert: „Es wäre töricht, so zu tun, als ob jede Anpassung schmerzlich vonstatten gehen könnte. Offensichtlich ist es aber, daß das Land mehr Vorteile aus einer zum größten Teil besser ausgebildeten und produktiveren Arbeiterschaft ziehen würde, als wenn es sich mit einem schwarzen Proletariat begnügen würde, das für sich

keine Zukunft sieht und folglich einen fruchtbaren Boden für revolutionäre Ideen bieten würde. Es besteht ein Unterschied zwischen einer unruhigen schwarzen Masse, die nichts zu verlieren hat, und einer Arbeiterklasse, die stolz auf das ist, was sie hat, und was sie bereit ist, zu verteidigen. Für Südafrika könnte es den Unterschied zwischen Frieden und Stabilität oder Unruhe und Krieg bedeuten.“

Südafrika hat schon längst eine Arbeiteraristokratie, eine die den Monopolisten während der Boomjahre gute Dienste erwiesen hat. Nun, da die Krise über uns gekommen ist, beginnen sich Teile der herrschenden Klasse an die Kosten dieser parasitären Schicht zu erinnern, besonders da sich diese als unfähig erwiesen hat, Einfluß auf die Massen auszuüben. Es scheint so, als ob sie wünschte, sich von den Diensten der weißen Arbeiter zu befreien und an ihre Stelle eine Aristokratie schwarzer Arbeiter zu setzen. Unsere Monopolisten scheinen nun zu sagen: wäre es nicht ‚wunderbar‘, wenn der Kapitalismus in Südafrika erneut, auf festerer ideologischer Grundlage beginnen würde.

Die Jagd nach kleinbürgerlichen Kollaborateuren

In der Krise kann es sich die herrschende Klasse Südafrikas jedoch nicht leisten, sich auf ein solch grandioses Schema der Sozialtechnik einzulassen. Der Ruf nach einer Arbeiteraristokratie ist einfach der fromme Wunsch einer herrschenden Klasse, die dem Untergang geweiht ist. Denn wo führt das die Monopolisten hin? Auf der Ebene der Ideologie nirgendwohin. Wegen des Fehlens einer Schicht privilegierter Arbeiter unter den Unterdrückten sind die Monopolisten nicht in der Lage, die Profitrate allein durch ideologische Mittel anzuheben. Es bleibt deshalb dem Staat überlassen, den Angriff auf die Massen fortzusetzen im Bestreben, das im Lande brodelnde revolutionäre Ferment zu zügeln. Alles was die Monopolisten tun können, ist, ein oder zwei Krokodilstränen zu vergießen, ihre abgeschmackten Erklärungen der Krise anzubieten und hinter Bündnispartnern herzujagen, um sie – wenn möglich – zu bestechen.

Unfähig Verbündete unter den schwarzen Arbeitern zu finden, steigert die herrschende Klasse ihre Versuche, die Unterstützung von Teilen der Kleinbourgeoisie zu finden. Solch eine Unterstützung wäre eine unschätzbare Hilfe in der Kampagne zur Herabsetzung des Lebensstandards der Arbeiterklasse.

Aber von welchen Teilen der Kleinbourgeoisie wird diese



Unterstützung am ehesten kommen? Die Gewährleistung der ‚Unabhängigkeit‘ an die Bantustans Südafrikas hat – zusammen mit der Versorgung der Industrie mit billigen „ausländischen“ Arbeitskräften – auch Chancen für eine bestimmte Schicht von Afrikanern geschaffen. Wie das ANC-Organ Sechaba kürzlich erklärte, hat der Staat durch sein Bantustan-Programm „eine riesige Bürokratie institutionalisiert, die platzt vor lauter nichtigem Prestige öffentlicher Ämter. Ihre Xhosa-Entwicklungsgesellschaft (XDC) und Bantu-Investitionsgesellschaft (BIC)¹⁰ haben Möglichkeiten für jene afrikanischen Geschäftsleute und Farmer geschaffen, die innerhalb des Rahmens der Apartheid prosperieren wollen... Das Regime von Pretoria hat die Dinge so gestaltet, daß diese Bürokratenschicht und Mittelbauern ihr für immer zu Dank verpflichtet sein werden. Somit hat es einen Trumpf in der Weiterführung des Apartheidsystems.“

Es ist jedoch höchst zweifelhaft, daß die Bürokraten der Bantustans die revolutionären Ambitionen der Massen zügeln können. Diese Bürokraten müssen sich, wie der Artikel schlußfolgert, immer mehr bei der Absicherung ihrer Privilegien auf den rassistischen Staat verlassen. 1973 offenbarten Ereignisse in Durban¹¹, daß ihre Fähigkeit, die Geschehnisse zu beeinflussen, praktisch gleich Null ist. Als der Kwazulu-Arbeitsminister zur Wiederaufnahme der Arbeit überreden wollte, schlug ihm sofort die Verachtung, die ihm gebührte, entgegen.

Eine Anzahl von Monopolisten – besonders Oppenheimer und Rupert – versuchen das Vertrauen der städtischen Kleinbourgeoisie zu gewinnen, die sich, wie man hofft, erfolgreicher bei der Verwirrung der Situation erweisen wird als ihr leidliches Gegenstück. Den Monopolisten stehen große Geldsummen zur Verfügung. Sie wissen sie mit gutem Erfolg zu nutzen. Zur Zeit pumpen sie ca. 20 Mio Rand – eine reine Bagatelle, verglichen mit dem Reichtum, der ihnen zur Verfügung steht – in die Urban Foundation. Dies ist der letzte verzweifelte Versuch, beim Volk mit dem Kapitalismus hausieren zu gehen. Rupert erklärte anläßlich der Schenkung seiner symbolischen 1 Mio Rand: „Wir können nicht ohne freie Marktwirtschaft und ohne eine stabile schwarze Mittelklasse überleben.“

Das Geld, das seinen Weg in die Kasse der Urban Foundation nimmt, wird Komitees sprießen lassen. Aus diesen Komitees wird eine neue Bürokratengeneration hervorgehen, die nicht gerade unfreundlich auf die Monopolisten, die sie füttert, blicken wird. Allerdings bietet die Schaffung einer stabilen Kleinbourgeoisie – sogar, wenn sie im kapitalistischen Südafrika möglich sein sollte – keinen Ersatz für eine Arbeiteraristokratie, ganz besonders nicht in einer Zeit, wo sich die antiimperialistischen Kämpfe und der revolutionäre Funke über das südliche Afrika ausbreiten.

Die späte Botschaft Andrew Youngs

Die Monopolisten haben ein verzweifeltes Bedürfnis danach, daß jemand auftaucht, der sich leidenschaftlich gegen den Rassismus wendet, tiefe Liebe dem Kapitalismus gegenüber empfindet und glaubwürdig im Volk erscheint. Auf der Suche nach solch einem Heiligen sind sie sehr weit umhergeschweift. Schließlich sind sie auf ihn gestoßen: Andrew Young, UN-Botschafter der Vereinigten Staaten. Die wertvollste Anregung der Botschaft, die Young mit nach Südafrika brachte, lautet, daß das Land allein an einer Krise der Apartheid leidet und **nicht** geradeso an einer Krise des Kapitalismus. In seiner vorbereiteten Ansprache an führende Geschäftsleute Südafrikas erklärte er: „Ich bin der tiefsten Überzeugung, daß die freie Marktwirtschaft die größte Kraft für einen konstruktiven Wandel, die zur Zeit überhaupt wirkt, darstellt. Die erfolgreichsten Veränderungen der Gesellschaft können nicht aus der Doktrin eines feurigen Schwärmers oder sogar durch

Waffengewalt – Gott bewahre – entstehen, sondern eher durch die Vervollkommnung von Technologie und Organisation der Produktion von Gütern und Dienstleistungen“. Die Geschäftsleute jubelten und applaudierten.

Soweit es die Massen betrifft . . . nun gut, möge diese Botschaft einiges Gewicht in den 50er oder sogar 60er Jahren gehabt haben – besonders, wenn sie mit der Forderung nach Herrschaft der schwarzen Mehrheit verbunden gewesen wäre. Aber Südafrika befindet sich in den Wehen der Rezession des Weltkapitalismus. Die Arbeitslosigkeit schnell empor. Der Lebensstandard fällt, während die Monopolisten ihre Kampagne zur Steigerung der Gewinne verstärken. Angenehmerweise hat es Young versäumt zu erwähnen, wie eine radikale Umwälzung der südafrikanischen Wirtschaft unter den Bedingungen der internationalen Depression vor sich gehen soll. Wenn die USA letztendlich unfähig sind, ihr eigenes Arbeitslosenproblem zu lösen, wenn tatsächlich die Arbeitslosigkeit zum Zwecke der Verringerung des Lebensstandards der Arbeiter hergestellt wird – wie sollte Südafrika das vollbringen, was nicht einmal die Götter erreichen können. Youngs Botschaft ist zu spät nach Südafrika gekommen. Sie wird einfach noch deutlicher diejenigen Interessen, denen sie dient, enthüllen.

Zwei Wochen nachdem Young eine Gruppe von Studenten der Südafrikanischen Studentenorganisation (SASO) im Hause Harry Oppenheims getroffen (und gesegnet) hatte, brach nichtsdestotrotz ein Streik in der Grube Cornelia aus. Es war mit einer Beteiligung von ca. 3600 Arbeitern einer der größten Streiks des Landes seit dem Krieg. Die Arbeiter forderten die Lohnerhöhungen, die ihnen schon längst versprochen worden waren. Sie forderten nichts weiter. Die Besitzer der Grube forderten Zurückhaltung mit dem Argument, daß die Krise es unmöglich gemacht hätte, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Der Streik jedoch hielt an. Polizeiverstärkungen wurden eiligst zu den Minenanlagen herbeigeschafft. Die Streikenden wurden in die „Homelands“ verfrachtet. Das ist das Schicksal jener, die es wagen, die Monopolisten herauszufordern. Der Monopolist in diesem Falle war kein anderer als Harry Oppenheimer selbst.

Die Lektion ist eindeutig: Gerade der Rassismus, dessen Brutalität Young mit Tränen begießt, ist nicht nur lebenswichtig für die Monopolisten, sondern aufgrund der eisernen Umklammerung der Rezession, in der das Land befangen ist, wird dieser Rassismus notwendiger als jemals zuvor.

In einem Südafrika der Freiheitscharta

Der Staat in Südafrika ist ein einheitlicher bürgerlicher Staat. Er unterscheidet sich von anderen Staaten dadurch, daß er seine Existenz nicht nur der vollen Entfaltung des Kapitalismus verdankt, sondern auch der Unterdrückung der Mehrheit der Bevölkerung – der schwarzen Massen. Der Staat entstand auf der Grundlage der nationalen Unterdrückung. Er überlebt dank dieser Unterdrückung. Die Aneignung staatlicher Macht durch die einheimische Bourgeoisie und die Nutzung dieser Macht zur größtmöglichen Förderung der Kapitalakkumulation hat 1. die Einbeziehung der weißen Arbeiter in eine Position der Abhängigkeit von der weißen kapitalistischen Machtstruktur gebracht und 2. die Unterdrückung der Ambitionen der schwarzen Kleinbourgeoisie zur Folge gehabt, so eng sind nun einmal die Gesetze, die das Leben der schwarzen Arbeiter regieren. Der Zwang des Kapitals ein System rücksichtsloser Kontrolle aufrechtzuerhalten, bedeutet, daß die Zukunft der schwarzen Kleinbourgeoisie unausweichlich an die der Massen gekettet ist.

Rassismus in Südafrika ist mehr als die schärfste Form der Ausbeutung der schwarzen Arbeiter. Die Monopole, die den Mehrwert aus den Arbeitern pressen, lasten schwer auf dem Leben der schwarzen Kleinbourgeoisie. Nur in einem Süd-

afrika der Freiheitscharta, wo die wichtigsten Produktionsmittel in die Hände des Volkes übergegangen sind, werden die Rechte der kleinen Unternehmer hinreichend gesichert sein. Es ist unvorstellbar, daß Händler und Ladenbesitzer eine Bedrohung für die großen von den Arbeitern geleiteten Industriekombinate darstellen sollen. Genauso unvorstellbar ist es, daß die volkseigenen Betriebe die Existenz der kleinen Unternehmer in Frage stellen sollten. Das Ziel dieser Betriebe wird die Produktion zum Nutzen aller und nicht für den Profit sein. Somit gibt es für sie auch keinen Zwang, auf ihre kleineren „Rivalen“ einzuschlagen.

Das ist es, was den ANC zu solch einer Bedrohung für Monopolisten wie Rassisten werden läßt. Der ANC hat als einzige der Organisationen in Südafrika seine Krisenalternative, eine Alternative, die wie kein anderer Wille alle Schichten des unterdrückten Volkes durchdringen wird. **Nur** eine Organisation, die entschieden für die schwarze Mehrheitsherrschaft eintritt und **eindeutig** für die Nationalisierung der Monopole auftritt, ist fähig, zur Einheit und zur Gewinnung des Vertrauens des **ganzen** Volkes. Auf der Grundlage dieses Programms des ANC werden sich die unterdrückten Massen vereinigen. Auf ihrem Banner wird geschrieben stehen: „Der nationale Reichtum des Landes, das Erbe aller Südafrikaner soll dem Volk zurückgegeben werden.“¹²

Anmerkungen der Redaktion:

- 5) Der Trade Union Council of South Africa (TUSCA) ist eine von Weißen dominierte südafrikanische Gewerkschaft. 1954 beschloß die TUSCA, schwarze Arbeiter von der Mitgliedschaft auszuschließen. Seit 1973 versucht sie, ein System von ihr – und somit vom Rassistenregime – abhängiger schwarzer Gewerkschaften aufzubauen.
Zum Problem der Differenzierung innerhalb der afrikanischen Arbeiterklasse siehe Analyse von R. E. Bravermann in AIB, Nr. 5 und 6/1975.
- 6) Überkonsumtionstheoretiker gehen davon aus, daß die wesentliche Ursache von Wirtschaftskrisen in einem Zuviel an Massenkaukraft und Konsum und einem Zuwenig an investierbarem Kapital zu suchen sei. Die wirtschaftspolitische Schlußfolgerung ist eine arbeiterfeindliche Spar- und Maßhaltepolitik.
- 7) Die South African Confederation ist die strikt weiße und vollständig vom Regime abhängige Gewerkschaft Südafrikas.
- 8) Zur Kritik dieser Strömungen in der südafrikanischen Arbeiterbewegung siehe: Don't Confuse the Issue, in: Worker's Unity, Organ des SACTU, London, Nr. 3/Mai 1977 (d. Verf.).
- 9) Der Autor bezieht sich hier wie bei seiner Darstellung der gesellschaftspolitischen Positionen des ANC insgesamt auf die Freiheitscharta des ANC, die im Juni 1955 auf dem Volkskongreß von Kliptown angenommen wurde (Wortlaut in: AIB, Sonderdruck, Nr. 1/1977). Dort heißt es: „Der nationale Reichtum unseres Landes, das Erbe aller Südafrikaner, soll dem Volk zurückgegeben werden. Die Bodenschätze, die Banken und die Monopolindustrie sollen in den Besitz des ganzen Volkes übergehen. Alle anderen Industrie- und Handelsunternehmen sollen im Interesse des Gemeinwohls kontrolliert werden.“ In einer weitergehenden Interpretation der Freiheitscharta, die die Konsultativkonferenz des ANC am 25. 4.–1. 5. 1969 in Morogoro/Tansania annahm, heißt es: „Unser Befreiungskampf kann keinen Erfolg haben, ohne daß wir die Wurzeln der Ausbeutung in Südafrika beseitigen.“ (Siehe: Strategy and Tactics of the African National Congress, in: Sechaba, Official Organ of the African National Congress of South Africa, London, Nr. 7/Juli 1969)
- 10) XDC und BIC sind staatliche Entwicklungsgesellschaften, die über Kredite afrikanische Geschäftsleute finanzieren, um in den Bantustans die Gründung oder Expansion von Handelsgesellschaften, Kleinindustrien oder Dienstleistungsbetrieben voranzutreiben.
- 11) Gemeint sind massive Streikbewegungen, in die etwa 100 000 schwarze und indische Arbeiter einbezogen waren. Siehe: AIB, Nr. 3/1973.
- 12) Der vorliegende Artikel ist eine im Einvernehmen mit dem Verfasser gekürzte Fassung der Broschüre: South Africa: The Crisis of World Capitalism and the Apartheid Economy. Sie kann bezogen werden bei Winstanley Publications, 71 Fleet Street, London, EC4.

Vietnam - Kampuchea

Schon im Februar d. J. veröffentlichte das AIB die Stellungnahme der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam (SRV) vom 31. 12. 1977 zum Konflikt mit dem Demokratischen Kampuchea und nahm selbst zuletzt im AIB-Aktuell 3/1978 dazu Stellung. Wenn jetzt die auf einer Pressekonferenz am 26. Januar 1978 in Bonn vom vietnamesischen Botschafter der Öffentlichkeit in der BRD zugänglich gemachte Dokumentation ebenso in vollem Wortlaut vorgestellt wird wie der von der SRV am 5. 2. 1978 vorgelegte Friedensplan, so entspricht das dem Anliegen, die tieferen Hintergründe des aktuellen Konfliktgeschehens zu erhellen und die relevantesten Friedensinitiativen seit dem Konfliktbeginn im Jahre 1975 bekannt zu machen. Leider läßt sich von kampucheanischer Seite ein entsprechendes Material weder dokumentieren noch recherchieren, da man aus Phnom Penh bislang außer globalen Anschuldigungen der Gegenseite nichts dergleichen vorzuweisen hat (siehe Kasten zu Kampuchreas widersprüchlicher Position). Freilich werden die eigentlichen Motivationen und sozialpolitischen Grundlagen des kampucheanisch-vietnamesischen Konfliktgeschehens erst richtig nachvollziehbar, wenn man sie auf dem geschichtlichen Hintergrund betrachtet. Eine in dieser Art erstmalige historische Fundierung des Konflikts enthält der Beitrag Enrica Collotti Pischels, der ursprünglich in der italienischen l'UNITA erschien, wenn auch nach wie vor die internen Neuentwicklungen in Kampuchea nur schemenhaft sichtbar zu machen sind.

Fraglos beeinflussen die gegenwärtigen militärischen Aktionen zwischen Vietnam und Kampuchea nicht nur das gesamte Kräfteverhältnis in Südostasien, sondern sie tragen insbesondere auch zur Verunsicherung derjenigen bei, die den Befreiungskampf dieser Völker durch ihre Solidarität unterstützt haben. Dies hat u. a. auch die bürgerliche Berichterstattung im Visier, wenn sie bevorzugt von einem „Hader der Erzfeinde“ berichtet und in Indochina einen angeblichen Stellvertreterkrieg, den sog. „Dritten Krieg“ konstatiert: diesmal „Moskau gegen Peking“ (Rheinischer Merkur, 20. und 13. 1. 1978). Damit soll ferner zweierlei erreicht werden; einmal die Diskreditierung des nationalen Befreiungskampfes der indochinesischen Völker und die nachträgliche Verharmlosung der imperialistischen Aggressionskriege Frankreichs und der USA, zum anderen wurden die Auseinandersetzungen als Beweis dafür angeführt, daß Kriege aufgrund ethnischer Bedingungen auch unter sozialistischen Staaten eben unvermeidlich seien.

Daß dieser Eindruck hochgezüchtet werden konnte, ist in nicht geringem Maße dem Verhalten der kampucheanischen Regierung zuzuschreiben, die durch ihre Abriegelungspolitik gegenüber der Außenwelt den bürgerlichen Gerüchteproduzenten freien Lauf läßt und sich bislang sperrt, den Konflikt auf friedlichem Wege durch Verhandlungen zu lösen. Die nationalistisch-isolationistische Herangehensweise der kampucheanischen Führung offenbart sich auch in der Deckungsgleichheit ihrer antivietnamesischen Propaganda mit großbourgeoisem Kommentatoren, wenn sie Vietnam selbst mit den USA oder Hitlerdeutschland ineinzusetzen sucht. Geradeso konstruiert beispielsweise der Spiegel vom 13. 2. 1978 Parallelen zwischen dem „amerikanischen Beispiel — einst wollte Washinton das sture Hanoi an den Verhandlungstisch bomben“ und dem heutigen Verhalten Vietnams. Auf diese makabre Weise setzt man im nachhinein noch Aggressor und Opfer auf die gleiche Stufe. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die sich seit 1975 rege an der Kampagne gegen die sogenannte „Massakerpolitik“ in Kampuchea beteiligte, sieht dies Land plötzlich mit anderen Augen, nämlich so, „daß das Recht in diesem Konflikt tatsächlich auf der Seite Kambodschas liegt.“ (FAZ, 14. 2. 1978)

Das von uns hier dokumentierte historische und aktuelle Hintergrundmaterial bezeugt indessen das glatte Gegenteil. Nicht zuletzt auch dürften die erneute ablehnende Haltung der Regierung Pol Pot gegenüber dem SRV-Friedensangebot vom 5. Februar d. J. wie auch im März fortgesetzte kampucheanische Militärübergriffe der Weltöffentlichkeit mehr und mehr klarmachen, daß die — so die vietnamesische Nachrichtenagentur VNA am 9. 2. 1978 — „groben Verleumdungen der kampucheanischen Behörden gegen Vietnam dazu bestimmt sind, die Menschen irrezuführen und ihre wachsende Unpopularität zu Hause zu verdecken.“

Enrica Collotti Pischel

Zur Geschichte des Konflikts von Khmer und Vietnamesen

Wahrscheinlich wird man über die Zusammenstöße, die sich seit Beginn des Jahres 1978 an der Grenze zwischen Vietnam und Kampuchea abspielen, noch ausführlich diskutieren müssen: Nicht so sehr über Hintergründe, Motive und Konsequenzen einzelner Fakten, als vielmehr über die ihnen zugrunde liegende komplexe Wirklichkeit. Es kann nicht geleugnet werden, daß Kampuchea die tatsächlichen Ereignisse zu propagandistischen Manövern benützt. Daher stellt sich die Frage, welche internen Ursachen die kampucheanische Regierung veranlassen, sich derartiger Mittel zu bedienen, die sonst nur für schwache nationalistische Regimes typisch sind. Die Nachrichten aus Phnom Penh zeigen einen raschen Wechsel von Jubel- und Katastrophenstimmung. Sie werden von bekannten Quellen in Thailand verbreitet, die nur geringe Glaubwürdigkeit aufweisen.

Zweifellos kam es an der Grenze zwischen Vietnam und Kampuchea zu blutigen Zusammenstößen und zu militärischen Operationen von einer gewissen Tragweite. Unglaublich



haft ist aber, wenn Kampuchea von einer massiven vietnamesischen Invasion spricht, die von der kampucheanischen Armee in offener Schlacht zurückgeworfen worden sei. Vietnam verfügt über eine gut bewaffnete, schlagkräftige Armee von 600 000 Mann, die kaum von 80 000 kampucheanischen Soldaten aufgehalten worden wäre, ohne daß man Anzeichen einer offenen Schlacht feststellen kann.

Am ehesten drängt sich der Verdacht auf, daß man in Phnom Penh das Bedürfnis verspürt, dem kampucheanischen Volk politische und moralische Motivationen zu vermitteln, die es in den vergangenen drei Jahren – seit dem Sieg über die US-Truppen – vielleicht verloren hat. Das Grenzproblem mit Vietnam könnte dabei in derartige Überlegungen passen.

Getrennte soziokulturelle Entwicklung beider Völker

Das Volk von Kambodscha, die Khmer, und die Vietnamesen haben nichts in bezug auf Herkunft und Kultur miteinander gemein. Die Khmer gehören zur urwüchsigen, prähistorischen Völkerschaft Südindochinas. Die Vietnamesen hingegen haben sich in Nordvietnam aus einer Verschmelzung der dortigen Urbevölkerung mit den aus China einströmenden Völkerschaften entwickelt. Die vietnamesische Kultur entfaltet sich auf originäre Weise in ständiger Wechselwirkung mit der chinesischen, während die Khmer ihre Kultur vor allem in Beziehung zu Indien hervorbrachten.

Die Bedeutung dessen liegt aber nicht nur in den sogenannten geistig-kulturellen Belangen, sondern im handfesten Bereich materiell-ökonomischer Verhältnisse. So entwickelten die Vietnamesen die für den chinesischen Bereich typische Praxis der intensiven Reiskultur und Bewässerung, also das Verhältnis zwischen Bauernvolk, Land und Wasser, zu außerordentlicher Perfektion. Dieser Typ der landwirtschaftlichen Kultur Vietnams ist in Nordvietnam zu Beginn der Geschichte entstanden und weitete sich stufen- und etappenweise nach Süden aus, bis in die Talebenen jenes Gebiets, das heute den vietnamesischen Staat konstituiert. In Südvietnam, vor allem



Ernte auf kampucheanischer Gummipflanzung

in seinem westlichen, an Kambodscha grenzenden Teil, begann sich die vietnamesische Art, das Land zu kultivieren und das Dorfleben zu organisieren, erst vor relativ kurzer Zeit, etwa vor 200 Jahren, durchzusetzen.

Die Kultur der Khmer hingegen kannte nie diese landwirtschaftliche und gesellschaftliche Organisation der Vietnamesen. Obwohl sie einige großartige und glanzvolle Perioden, zwischen 900 und 1300 nach unserer Zeitrechnung, hervorbrachte, eine bedeutende Kultur und auch beachtlichen landwirtschaftlichen Reichtum entwickelte, verfügte sie dennoch nicht über die Stabilität der politischen Strukturen, wie dies in Vietnam der Fall war. In der Khmer-Kultur waren die Bauern weitaus stärker unterjocht als in Vietnam oder China: Sie wurden massenhaft für den Bau von Kunstdenkmälern,

Tempeln, Palästen herangezogen, was einen erheblichen Verlust für die landwirtschaftliche Produktion bedeutete. Der Verfall der Khmer-Kultur, etwa zur Zeit der Renaissance in Europa, hatte seine Ursache darin, daß der Ausbau von Bewässerungsanlagen vernachlässigt wurde. Dadurch verringerte sich die landwirtschaftliche Produktion und auch die Bevölkerungszahl. Dies ungefähr zu der Zeit, da sich die vietnamesische Kultur rasch entwickelte und auch im Süden Eingang fand.

In dieser Situation konnte die Ebene des Mekongdeltas, früheres Einflußgebiet der Khmer, leicht unter die Kontrolle Vietnams fallen und führte zur konkreten landwirtschaftlichen Umwandlung, Entwicklung und Besiedlung. Dieser Prozeß setzte etwa ab 1600 ein. Es bedarf also nicht viel, um die Motive der traditionellen gegenseitigen Ressentiments von Kampucheanern und Vietnamesen zu verstehen.

In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts brachen die Franzosen in Indochina ein und eroberten mit Gewalt den vietnamesischen Staat. Von Anfang an leisteten die vietnamesischen Bauernmassen, vor allem im Süden, und in gewissem Maße auch die herrschende Klasse Vietnams der französischen Kolonialpolitik heftigen, nie erlöschenden Widerstand. In dieser Situation akzeptierten die kambodschanischen Herrscher, wohl aus Furcht, daß die letzten Reste des einst glanzvollen Reiches im Osten an Vietnam, im Westen an Thailand verlorengehen könnten, die französische Kolonisierung, die Kambodscha unter dem Titel Protektorat angeboten wurde.

Unterschiede der französischen Kolonialunterwerfung

Und tatsächlich war die französische Herrschaft in Kambodscha weniger hart als in Vietnam, das für Frankreich aus strategischen Erwägungen interessanter war: daher auch die Wucht der französischen Unterdrückung des Widerstandes der vietnamesischen Bauern und Intellektuellen. Die Ausbeutung und Ausplünderung war in Vietnam viel härter und provozierte ein tieferes, antikoloniales Bewußtsein, auch deshalb, weil der Grad der nationalen Einheit in Vietnam vor der Kolonisierung durch Frankreich bedeutend höher war als in Kambodscha. Die französische Kolonisierung in Kambodscha wirkte in anderer Weise schädigend, nämlich wegen der unterlassenen wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Kolonisierung erzeugte einige spezifische Ursachen für die gegenwärtigen Spannungen. Die Franzosen haben zwischen ihrer direkten Kolonie Südvietnam (das sogenannte Cochinchina) und dem Protektorat Kambodscha eine Grenze gezogen, die die Landnahme des vietnamesischen Staates und die vietnamesischen landwirtschaftlichen Siedlungen sanktionierte und auf der vietnamesischen Seite der Grenze eine Khmer-Minderheit beließ. Sie zählt heute ca. 600 000 Bewohner und ist eine der Minderheiten in Vietnam (85 % der

Erklärung der Freundschaftsgesellschaft BRD - SRV

Der Vorstand der „Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam e. V.“ äußert seine tiefe Besorgnis über die gewaltsamen Zwischenfälle an der Grenze zwischen der Sozialistischen Republik Vietnam und dem Demokratischen Kampuchea; er betont die unbedingte Notwendigkeit einer friedlichen und einvernehmlichen Lösung des Grenzkonfliktes zwischen beiden Ländern.

Der Vorstand der Freundschaftsgesellschaft begrüßt, daß die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam mehrfach entsprechende Vorschläge für eine friedliche und freundschaftliche Regelung der Grenzstreitigkeiten unterbreitet und ihre Verhandlungsbereitschaft erklärt hat.

Düsseldorf, den 20. 2. 78

Kampuchreas widersprüchliche Positionen

Noch im Juni 1975 hatte die KP Kampuchreas die Überzeugung geäußert, daß sie die eigenen Erfolge im nationalen Befreiungskampf nicht ohne die solidarische Hilfe „der Partei der Werktätigen, der Armeeangehörigen und des Volkes Vietnams“ hätte erbringen können. Noch am 3. 2. 1976 bekräftigte man in einem Telegramm an die vietnamesische Bruderpartei seinen „zutiefst empfundenen Dank für die Unterstützung“ nicht nur in der Zeit des Befreiungskrieges, sondern auch „in der neuen historischen Etappe Kampuchreas nach der Befreiung“ (SRV-Dokumentation, Anhang). Im Widerspruch dazu wird in einer kampucheanischen Regierungserklärung vom 6. Januar 1978 Vietnam als „Großmacht“ à la USA denunziert: „Die revolutionäre Armee und das Volk Kampuchreas haben Opfer auf sich genommen, um sich von einer Großmacht zu befreien. Sie wünschen deshalb auf keinen Fall, von einer anderen unterjocht und geknebelt zu werden...“ (Peking Rundschau, 17. 1. 1978). Noch weiter ging der kampucheanische Botschafter in Peking, der Anfang Januar die suggestive Gleichsetzung Vietnams mit dem US-Imperialismus um den Vergleich mit Nazideutschland ergänzte, eine angebliche vietnamesische Invasion in Kampuchea unterstellend: „Vietnam hat sich wie Hitler benommen, als er 1939 die Tschechoslowakei überfiel.“ (Der Spiegel, 9. 1. 1978; und Afrique Asie, Nr. 153/23, 1. 1978)

Bereits in einem Kommuniqué der kampucheanischen Regierung vom 31. Dezember 1977 war der Abbruch der Beziehungen zu Hanoi als Antwort auf dessen „Invasion“ von seinem Territorium aus mit „mehreren Divisionen“ angegeben worden. Dessen ungeachtet hat die SRV-Regierung immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß sie das Volk von Kampuchea als Brudervolk betrachtet. Die Grundströmung der kampucheanischen Politik, die auf anti-vietnamesischen Ressentiments und starkem Nationalismus beruht, ist keineswegs neu, sondern ein Relikt der Regierungsperiode Sihanouks und verstärkt Lon Nols. Der prononcierteste gegenwärtige Vertreter einer solchen Politik, Norodom Sihanouk, wurde um die Jahreswende wieder reaktiviert und stellte sich über Rundfunk „vorbehaltslos“ hinter die Aktionen der Regierung Pol Pot.

In einem kampucheanischen Regierungskommuniqué vom 6. Januar wird geradezu frenetisch ein „totaler Sieg“ über die vietnamesischen Streitkräfte verkündet, die zwischen dem 12. 12. 1977 und dem 5. 1. 1978 „zurückgeworfen“ und „vollständig von kampucheanischem Territorium hinweggefegt“ worden seien. Wollte man Phnom Penh Glauben schenken, so wären in diesen Kämpfen 29 200 Vietnamesen getötet und verletzt worden, während die kampucheanische Seite lediglich 470 Gefallene und 1200 Verwundete zu beklagen hätte – angesichts der gewaltigen militärischen Überlegenheit Vietnams kaum glaubhafte Zahlen.

Seit Ende Dezember ist in der Argumentation Kampuchreas eine jäh Änderung festzustellen: Zuvor wies man jegliche Verhandlungsangebote der vietnamesischen Seite mit der Begründung zurück, der Feind halte „das nationale Territorium okkupiert“ oder – so Ministerpräsident Pol Pot im Oktober 1977 bei seinem Besuch in Peking – Kampuchea „leide unter verkürzten Grenzen“. Nun auf einmal hieß es in einer offiziellen Erklärung der kampucheanischen Regierung vom 31. 12. 1977, „daß Vietnam seit langer Zeit



Kampuchreas Ministerpräsident Pol Pot

das strategische Ziel verfolgt, Kampuchea in eine „Indochina-Föderation“ unter der Fuchtel Vietnams zu treiben.“ (ebenda und Peking Rundschau, 10. 1. 1978) Als ob es sich nicht um einen Grenzkonflikt handele... Bislang wurde auch die Hoffnung des Indochina-Experten W. Burchett durch nichts bestärkt, die Regierung Pol Pot habe möglicherweise diesen „vollständigen Sieg“ proklamiert, um nach Innen ein Einlenken gegenüber Vietnam von einer scheinbaren „Position der Stärke“ her eher legitimieren zu können. Denn die kampucheanische Seite blockiert auch ein Vierteljahr danach noch immer hartnäckig eine Rückkehr an den Verhandlungstisch...

Was die Wirkungen des kampucheanisch-vietnamesischen Grenzkonflikts auf die ostasiatischen Nachbarstaaten betrifft, so deuten sich erste Umgruppierungen an. Kampuchea scheint insbesondere darum bemüht, unter chinesischer Mitwirkung eine Annäherung an Thailand und andere ASEAN-Staaten zu vollziehen, die vor noch nicht allzu langer Zeit einen demonstrativen „Gegenfeldzug“ nach Kampuchea planten. Damit sollen Kräfte im Kampf mit Vietnam freigesetzt werden. Die VR China selbst hat u. a. mit dem Besuch der Witwe des früheren Ministerpräsidenten Chou En Lai im Januar d. J. in Phnom Penh in demonstrativer Form ihre Unterstützung für das kampucheanische Vorgehen bekundet. Unter Berufung auf französische Kreise in Peking heißt es, die Witwe „Teng Ying Tschao (sie ist übrigens Mitglied des ZK der KP Chinas, d. Red.) habe dem französischen Ministerpräsident Barre erklärt, Vietnam könne in dem Konflikt als Aggressor betrachtet werden.“ (Süddeutsche Zeitung, 31. 1. 1978) Die chinesische Führung gewährt im übrigen – trotz einem gewissen Neutralitätsanflug – in ihren Publikationsorganen breiten Raum nur der kampucheanischen Seite (siehe Peking Rundschau, Nr. 1/1978 f.). Der Nachrichtenagentur dpa zufolge hat der vietnamesische Botschafter in Peking, Nguyen Trong Vinh, das chinesische Außenministerium am 9. Januar um eine korrektere Berichterstattung zum kampucheanisch-vietnamesischen Grenzkonflikt ersucht.

Bevölkerung Vietnams sind Vietnamesen, der Rest Minderheiten).

Die von der französischen Kolonialmacht gezogene Linie ist heute die Grenze zwischen Vietnam und Kampuchea, auch wenn der Staatschef Kampuchreas, Pol Pot, in einer Rede durchblicken ließ, wie groß das Ressentiment der neuen Regierung sei wegen der großen, aus der französischen Kolonialzeit stammenden Gebietsverluste an Vietnam. Der Umfang der verlorenen Gebiete macht viele tausende qkm aus, sowohl in den Ebenen Südvietnams als auch im Hochland Zentralvietnams. Diese Gebiete sind vorwiegend von vietnamesischen Bauern besiedelt und waren Hauptschauplätze des vietnamesischen Widerstandes gegen die Amerikaner: die Provinz von Tay Ninh, heute Schauplatz der kampucheanischen Angriffe, war der Ausgangspunkt des vietnamesischen Widerstandes gegen die amerikanische Okkupation des Südens.

Die Kolonisierung hatte auch noch andere Folgen. Die Fran-

zosen legten in den Grenzgebieten zwischen Vietnam und Kambodscha ausgedehnte Gummipflanzungen an. Das proletarische Element in ganz Indochina stellten allein die Vietnamesen. Es bestand zum Teil aus sogenannten freien Arbeitern, weit mehr aber aus Zwangsarbeitern und Deportierten, wobei die Arbeitsvergabe im Mafiastil und gerichtlich verordnete Zwangsarbeit eine große Rolle spielten. Die Folge war, daß die gesamte Bevölkerung in den Gebieten der Gummipflanzungen Vietnamesen waren, die auf Grund ihrer Klassenlage besonders kämpferisch der kolonialen Unterdrückung gegenüberstanden. Im Gebiet des sogenannten Papageienschnabels (U-förmige Landzunge zwischen Phnom Penh und Saigon, durch die die Verbindungsstraße Phnom Penh-Saigon führt, d. Red.) kam es zu einer besonders starken Konzentration des vietnamesischen Proletariats, und es war kein Zufall, daß dieses Gebiet zu den ersten gehörte, das noch während des Widerstandes gegen die Franzosen befreit wurde.

Später wurde der Papageienschnabel zu einer fast uneinnehmbaren Festung der Vietnamesen im Freiheitskampf ge-

gen die Amerikaner. Die Amerikaner übten von 1960 bis 1970 starken Druck auf Norodom Sihanouk, damals Staatsoberhaupt von Kambodscha, aus und forderten, den vietnamesischen Widerstand im Grenzgebiet zwischen Südvietnam und Kambodscha zu vernichten. Sofort nach dem Staatsstreich gegen Sihanouk (1970) kam es zur massiven Invasion amerikanischer Truppen in diesem Gebiet, ohne daß es ihnen aber gelungen wäre, den Widerstand zu brechen.

Das proletarische Element Indochinas: die Vietnamesen

Auf Grund der Charakteristik der proletarischen Arbeitskräfte während der Kolonialzeit bestand ein großer Teil der Arbeiter in Phnom Penh und den anderen kambodschanischen Zentren aus Vietnamesen. Auch ein Teil der unteren Mittelschicht, Kaufleute und Händler, waren Vietnamesen, der Rest Chinesen, aber fast nie Kambodschaner.

Gegen diese Vietnamesen richtete sich 1970, nach dem Putsch gegen Sihanouk, die repressive Gewalt des reaktionären Regimes. Es ist also leicht verständlich, daß im kambodschanischen Widerstand gegen die USA ein Teil des Befreiungskampfes von Vietnamesen geführt wurde, vor allem in den östlichen Gebieten. Kurz, der Widerstand gegen die USA in Kambodscha wurde von Vietnamesen und Khmer getragen. Zeitlich gesehen folgte der Widerstand der Khmer dem der Vietnamesen, auch wenn später die Entscheidung des Kampfes in den weiten Gebieten Kambodschas fiel und zum Zeitpunkt des Sieges unter der politischen Führung des kambodschanischen Staates stand, da das Hauptkampfgebiet nun fern der Grenze zu Vietnam lag. Es bleibt jedenfalls die Tatsache, daß es im östlichen Teil Kambodschas eine Zone gab, die sich unter der Kontrolle des vietnamesischen Widerstandes befand und deren politische und soziale Strukturen sich deutlich von den Gebieten des kambodschanischen Widerstandes unterschieden.

Nach der Befreiung im Jahre 1975 stand die kampucheanische Revolutionsregierung vor der Aufgabe, ein Land zu regieren, das vom Krieg grausam zerstört worden war, wie Vietnam, das aber in weitaus größerem Maße unterentwickelt war: Arm an technischen und kommunikativen Infrastrukturen und ohne einen politisch-administrativen Überbau, der nicht in den Händen reaktionärer Kräfte gewesen wäre. Angesichts dieser Situation traf die Revolutionsregierung die Entscheidung, fast die gesamte Stadtbevölkerung und die Millionen Flüchtlinge in die Landwirtschaft und den Kanal-

bau umzusiedeln. Möglicherweise war diese Entscheidung un- abdingbar – sie war jedenfalls von schwerwiegender Bedeutung. Mögen auch die Nachrichten über massenhafte Hinrichtungen sehr wahrscheinlich in den Küchen der reaktionären Propaganda entstanden sein, so hat es sicher Spannungen und Haß gegeben, wahrscheinlich war die Lage der Vietnamesen in Kampuchea selbst äußerst schwierig.

Vagen Informationen (die kampucheanische Revolutionsregierung hat eine totale Nachrichtensperre und Isolierung des gesamten Landes verfügt, mit der Folge, daß die einzigen Zeugnisse in den heuchlerischen Aussagen reaktionärer Flüchtlinge bestehen), ist zu entnehmen, daß die Politik der Umsiedlung der Bevölkerung auf das Land zu einem gewissen Grad der Selbstversorgung geführt hat. Aber sicher hat diese Politik viele große soziale Probleme offen gelassen bzw. neue hervorgebracht. In dieser Situation kann die Präsenz von einer nach offiziellen Angaben 500 000 Vietnamesen umfassenden Minderheit und einer unbekanntem Anzahl von Vietnamesen, die in den Ostgebieten und im Bereich der Gummipflanzungen verblieben sind, zu einem Mittel werden, um Spannungen und Probleme abzuwälzen. Die Vietnamesen in Kampuchea sind zahlenmäßig stark im Vergleich zu einer Bevölkerung von ca. 8 Mio. Hingegen haben die Minderheiten in Vietnam bei einer Bevölkerung von 50 Mio ein geringes Gewicht, außerdem verfügt das Land über solide politische Strukturen.

Dies sind die Motive im Hintergrund der Tragödie und auch die Ursachen für die sehr unterschiedliche Haltung beider Parteien: Die vietnamesische Seite bietet systematisch eine Lösung auf dem Verhandlungswege an. Die kampucheanische Regierung aber versucht zu dramatisieren. Das Problem existiert, und es wird nicht leicht zu lösen sein, wie alle Grenzprobleme, die letztlich auch soziale Probleme sind.

Es ist ein Fehler, wenn man die Probleme der Minderheiten und der Grenzen als „bürgerliche Probleme“ abtut. Es handelt sich um reale, nicht um banale Probleme, auch für sozialistische Länder, und sie können sich mit der Unabhängigkeit, dem Fortschritt und großen sozialen Veränderungen zuspitzen. Dennoch kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß, zumindest in der gegenwärtigen Phase, die kampucheanische Führung es vorzog, das Prestige Vietnams in der Welt und seine Bedeutung zu beschmutzen, anstatt den langen und schwierigen Weg behutsamer und bedachter Verhandlungen anzutreten.

(Quelle: Weg und Ziel, Wien, Nr. 3/1978)

SRV - Dokumentation zu den Grenzübergreifen Kampuchreas

Vorbemerkung

Seit Anfang Mai 1975, besonders seit Anfang 1977 bis heute, verletzten die bewaffneten Kräfte Kampuchreas mehrmals die Grenze, die Souveränität und die territoriale Integrität Vietnams. Sie fügten dem vietnamesischen Volk große Verluste an Menschen und materiellen Werten zu und machten die Lage in den Gebieten an der Grenze zwischen beiden Ländern immer gespannter.

Um die seit Generationen bestehende freundschaftliche und brüderliche Solidarität zwischen dem vietnamesischen und dem kampucheanischen Volk zu bewahren, informierte die vietnamesische Seite jedes Mal, wenn sich die erwähnten Vorfälle ereigneten, die kampucheanische Seite rechtzeitig darüber und unterbreitete ihr logische und vernünftige Vorschläge zur Einstellung der Zwischenfälle, zur

schnellen Lösung der Grenzfrage und dazu, daß dieses Problem der Öffentlichkeit nicht bekanntgegeben wird. Die kampucheanische Seite hat den Vorschlägen Vietnams jedoch nicht nur nicht positiv entsprochen, sondern sie ließ ihre bewaffneten Kräfte systematisch Angriffe entlang der Grenze durchführen und die Souveränität und territoriale Integrität Vietnams in einem immer ernsteren Ausmaß verletzen. Gleichzeitig hat die kampucheanische Seite der Öffentlichkeit dieses Problem preisgegeben und Vietnam verleumderisch der „Aggression“ gegen Kampuchea bezichtigt.

Angesichts dieser Situation sieht sich die Sozialistische Republik Vietnam gezwungen, über die Wahrheit aufzuklären. Wie ist die Lage an der Grenze zwischen Vietnam und Kampuchea? Wer hat die Verantwortung dafür zu tragen? Welchen Standpunkt vertritt die Sozialistische Republik Vietnam? Diese Dokumentation soll eine Antwort auf die genannten Fragen geben.

1. Die Grenzfrage Vietnam – Kampuchea, ein von der Geschichte hinterlassenes Problem zwischen zwei Brüdern, und die Politik der Sozialistischen Republik Vietnam zur Lösung dieses Problems

Vietnam und Kampuchea sind zwei brüderliche Nachbarländer. Die Völker beider Länder, zwischen denen eine lange Tradition der Solidarität und Freundschaft bereits besteht, haben sich in den vergangenen Jahrzehnten Schulter an Schulter im langwierigen, erbitterten Kampf gegen den gemeinsamen Feind, die aggressiven Imperialisten, gegenseitig unterstützt und geholfen und die besonderen Beziehungen Vietnam-Kampuchea entwickelt und vertieft. Die Kampfsolidarität und die große Freundschaft zwischen den Völkern beider Länder waren einer der entscheidenden Faktoren für den vollständigen und glorreichen Sieg der Revolution eines jeden Landes im April 1975.

Zwischen Vietnam und Kampuchea besteht eine mehr als 1100 km lange Grenze auf dem Festland, die von der Geschichte hinterlassen wurde. Bis 1954, in der Zeit der Herrschaft des französischen Kolonialismus, war die Grundlage der territorialen Verwaltung der beiden Länder gemäß den Beschlüssen des Bevollmächtigten Gouverneurs von Indochina die Indochina-Karte mit dem Maßstab 1:100 000, die in dieser Zeit von den Franzosen gedruckt wurde. Es gab in der Vergangenheit und gibt bis heute noch keine Meeresgrenze zwischen beiden Ländern.

Am 31. Januar 1939 erließ der französische Bevollmächtigte Gouverneur in Indochina, J. Brevie, eine Verordnung mit den administrativen und polizeilichen Bestimmungen: die Inseln nördlich der Brevie-Linie unterliegen der Verwaltung der Administration von „Cambodge“, die südlich der Brevie-Linie liegenden Inseln unterliegen der Verwaltung der Administration von „Nam Ky“. In dieser Verordnung wurde unterstrichen, die Bestimmungen gälten nur für die administrative und polizeiliche Verwaltung der Inseln; die Frage der territorialen Souveränität dieser Inseln stehe unter Vorbehalt.

Die Grenzfrage zwischen Vietnam und Kampuchea ist mit einigen komplizierten Aspekten behaftet. In der Vergangenheit, in jenen Jahren, als Südvietnam noch nicht vollständig befreit wurde, gab es zwischen dem Saigoner Marionettenregime und dem Königreich Kambodscha, und danach dem Marionettenregime von Lon Nol, oft Streitigkeiten. In den Jahren 1964 und 1966 hatten die Nationale Front für die Befreiung Südvietnams (FNL) und die Regierung des Königreiches Kambodscha Verhandlungen über die Grenzfrage geführt. Doch beide Seiten hatten noch keine Dokumente unterzeichnet.

Beide Seiten stimmten dem Prinzip zu, die auf der von den Franzosen vor 1954 gedruckten Indochina-Karte mit dem Maßstab 1:100 000 gekennzeichnete Grenze als die gegenwärtige Grenze zwischen den beiden Ländern zu nehmen. 1967 hatten die FNL und die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) erklärt, die Souveränität und das Territorium Kambodschas innerhalb der geltenden Grenze zu respektieren. Diese Erklärung wurde von der Regierung des Königreiches Kambodscha herzlich begrüßt.

Nach dem vollständigen Sieg der Völker beider Länder vertreten die Kommunistische Partei Vietnams und die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam die Konzeption, die Grenzfrage mit dem Demokratischen Kampuchea auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit, der Souveränität und der territorialen Integrität zu lösen und gleichzeitig die Solidarität und die brüderliche Zusammenarbeit zu festigen und zu stärken, um eine dauerhafte Freundschaftsgrenze zwischen Vietnam und Kampuchea entsprechend dem Prinzip der Gerechtigkeit und der Vernunft zu schaffen.

Eben in diesem Sinne hat die vietnamesische Seite mit der kampucheanischen Seite die Fälle der Verletzung des vietnamesischen Territoriums durch die kampucheanische Seite gelöst, als sie bereits seit Anfang Mai 1975 ihre bewaffneten Kräfte auf die Insel Phu Quoc einfallen, die Insel Tho Chu angreifen und in einigen Grenzgebieten von Ha Tien bis Tay Ninh das Territorium Vietnams verletzen ließ, wobei sie der vietnamesischen Seite große Verluste an Menschen und materiellen Werten zufügte. Beim Treffen auf hoher Ebene der beiden Seiten am 10. August 1975 zur Überwindung der Folgen dieser Zwischenfälle hat die kampucheanische Seite selbst zugegeben, wegen mangelnder geographischer Kenntnisse auf vietnamesischem Boden übergriffen und blutige Zusammenstöße verursacht zu haben. Die vietnamesische Seite hat die genannten Zusammenstöße ihrerseits im Geiste der Kameradschaft und Brüderlichkeit gelöst, alle bei den Zusammenstößen gefangengenommenen Angehörigen der bewaffneten Kräfte Kampuchreas übergeben. Im Gegensatz dazu

hat die kampucheanische Seite der vietnamesischen Seite bis heute die 515 von den bewaffneten Kräften Kampuchreas entführten Einwohner der Insel Tho Chu noch nicht übergeben. Sie gibt nicht einmal bekannt, was mit ihnen geschehen ist.

Ende 1975 und Anfang 1976 verübten die bewaffneten Kräfte Kampuchreas erneute Anschläge: so fielen sie bis mehr als 10 km tief in vietnamesisches Territorium im Raum des Sa Thay-Flusses in der Provinz Gia Lai ein, setzten sich dort fest, verschleppten die gesamten 113 Einwohner des Dorfes Xo in dieser Provinz, griffen den Posten Nr. 8 der bewaffneten Volkspolizei Vietnams in der Gemeinde Quang Truc, Kreis Dac Nong, Provinz Dac Lac, an. Die darauffolgenden Ereignisse, die von der kampucheanischen Seite weiterhin heraufbeschwört wurden, haben die Lage an der Grenze zwischen den beiden Ländern noch mehr verschärft.

Um die genannten Konflikte im Geiste der Freundschaft beizulegen, haben das Zentralkomitee (ZK) der KP Vietnams und das ZK der KP Kampuchreas Anfang April 1976 vereinbart, ein Treffen zwischen den hohen Führungsebenen beider Parteien über die Grenzfrage durchzuführen, um die Voraussetzungen für den Abschluß eines Grenzabkommens zwischen beiden Ländern auf staatlicher Ebene zu schaffen. Um dieses hohe Treffen im Juni 1976 vorzubereiten, hätten die beiden Seiten Vietnam und Kampuchea vom 4.–18. Mai 1976 ein vorbereitendes Treffen in Phnom Penh. Bei diesem Treffen sind beide Seiten übereingekommen, die 1:100 000-Karte, die vom kartographischen Amt Indochinas gedruckt und herausgegeben wurde und vor 1954 allgemeine Anwendung fand, für die Bestimmung der Festland-Grenze zwischen beiden Ländern zu benutzen. Was die Meeresgrenze betrifft, so wurde bei diesem Treffen, wie bei den Verhandlungen von 1964 und 1966, zwischen beiden Seiten überhaupt noch keine Vereinbarung erzielt.

Dieses vorbereitende Treffen wurde auf Wunsch der kampucheanischen Seite unterbrochen und vorläufig aufgeschoben. Danach hat



Bei kampucheanischem Überfall verbrannte Reislager und Häuser bei An-Nong

die vietnamesische Seite mehrmals vorgeschlagen, das Treffen fortzusetzen. Diesem Vorschlag wurde jedoch von der kampucheanischen Seite noch nicht entsprochen. Trotzdem haben beide Seiten eine Übereinstimmung über die drei konkreten Maßnahmen zur Stärkung der Solidarität, zur korrekten Lösung und Vermeidung von Grenzkonflikten erzielt. Diese drei Maßnahmen sind:

1. Beide Seiten erziehen nach Kräften ihre Funktionäre, Soldaten und Bevölkerung an der Grenze zur Stärkung der Solidarität, der Freundschaft und zur Vermeidung von Zusammenstößen.
2. Jeder Zusammenstoß muß im Sinne der Solidarität, der Freundschaft und der gegenseitigen Achtung gelöst werden.
3. Die zweiseitige Verbindungskommission führt Untersuchungen über die Zusammenstöße und trifft sich, um sie zu lösen.

Nach dem Treffen im Mai 1976 nahm die Zahl der Zusammenstöße an der Grenze ab. Doch seit Anfang 1977 bis heute erfährt die Lage an der Grenze auf dem Festland zwischen beiden Ländern eine komplizierte Entwicklung und verschärft sich immer mehr.

Am 7. Juni 1977 sandten das ZK der KP Vietnams und die Regierung der SR Vietnam einen Brief an das ZK der KP Kampuchreas und die Regierung des Demokratischen Kampuchreas, in dem ihr „aufrichtiger Wunsch, die Grenzfrage schnell zu lösen, die blutigen, die Kampfsolidarität und die brüderliche Freundschaft Vietnam-Kampuchea verletzenden Zusammenstöße zu beenden“ zum Ausdruck gebracht

und „ein Treffen – so bald wie möglich – zwischen den hohen Führungsebenen der beiden Parteien und Regierungen“ vorgeschlagen wurde. Gleichzeitig wurden konkrete Vorschläge über die Delegation von Vertretern jeder Seite und den Standort des Treffens unterbreitet.

Diese Vorschläge fanden auf der kampucheanischen Seite nicht nur keine positive Erwiderung, sondern die Zahl der Fälle von ständigen Verletzungen der Souveränität und der territorialen Integrität Vietnams durch die kampucheanische Seite nimmt mit einem immer ernsthafter werdenden Ausmaß ständig zu.

2. Die bewaffneten Kräfte Kampuchreas verletzen systematisch und in einem immer ernsthafter werdenden Ausmaß das vietnamesische Territorium

Im Anschluß an die Anschläge auf die territoriale Souveränität Vietnams in den Jahren 1975 und 1976 haben die bewaffneten Kräfte Kampuchreas 1977 weitere Anschläge verübt. Hier die wesentlichen Anschläge:

- In ununterbrochener Reihenfolge verletzten die kampucheanischen bewaffneten Kräfte am 15., 16., 17. und 18. März 1977 sowie am 25., 26., 27. und 28. März 1977 die Grenze im Raum der beiden vietnamesischen Provinzen Kien Giang und An Giang, die an die kampucheanischen Provinzen Kampot und Takeo angrenzen, und drangen auf einer fast 100 km langen Linie, von Ha Tien (Provinz Kien Giang) bis Tinh Bien (Provinz An Giang), in vietnamesisches Territorium ein. An einigen Stellen drang die kampucheanische Seite bis in die Nähe des auf vietnamesischem Territorium liegenden Kanals Vinh Te, wie z. B. von Dam Chit bis Vinh Dieu – eine fast 9 km lange Strecke –, ein. An vielen Stellen legte die kampucheanische Seite Spitzfahl-Fallen, Minen und Granaten, raubte der vietnamesischen Bevölkerung ihr Zugvieh und ihre Arbeitswerkzeuge, hinderte sie daran, ihrer Arbeit auf vietnamesischem Boden jenseits des Westufers des Vinh Te-Kanals nachzugehen. Die kampucheanische Seite beschoß und ermordete sogar vietnamesische Einwohner, die auf der Ostseite des Vinh Te-Kanals arbeiteten (wie in der Gemeinde Vinh Nguon, Kreis Chau Phu).

- In der gleichen Zeit ließ die kampucheanische Seite im Grenzgebiet zwischen den vietnamesischen Provinzen Dong Thap und Long An und den kampucheanischen Provinzen Prey Veng und Smay Rieng an vielen Stellen ihre Truppen unmittelbar an der Grenze aufmarschieren, Schützengräben ausheben und ständig Akte der Androhung und Provokation verüben; an manchen Stellen verletzten die bewaffneten Kräfte Kampuchreas das vietnamesische Territorium, legten Spitzfahl-Fallen, Minen und Granaten und raubten Zugvieh...

- Am 28., 29. und 30. April 1977 beschossen die bewaffneten Kräfte Kampuchreas von kampucheanischem Boden aus mit Mörsern und Handfeuerwaffen die Gemeinde Phu Hoi in der Provinz An Giang, drangen zum Zwecke der Aufklärung in die Gemeinden Vinh Gia, An Nong und Vinh Hoi ein. Besonders schwerwiegend war es, daß die kampucheanische Seite in der Nacht vom 30. April und am 1. Mai 1977, als die vietnamesische Bevölkerung den Tag des vollständigen Sieges der Nation und den Internationalen Feiertag der Werktätigen feierlich beging, starke Infanterie-Verbände, die aus zwei Brigaden und zwei selbständigen Bataillonen bestanden und durch zahlreiche Artillerie- und Großkalibermörser-Einheiten von den erst neu gebauten Stellungen auf kampucheanischem Boden aus unterstützt wurden, zur gleichen Zeit fast alle Posten der bewaffneten Volkspolizei Vietnams und 13 der 14 Gemeinden an der gesamten Grenzlinie der Provinz An Giang angreifen ließ.

Überall, wo die bewaffneten Kräfte Kampuchreas angriffen, brandschatzten sie, zerstörten und mordeten auf sehr grausame Weise. In einigen Ortschaften brannten sie die Schulen nieder; in anderen Ortschaften enthaupteten sie die Einwohner und rissen ihnen die Leber heraus, zerrissen Kinder bei lebendigem Leib, vergewaltigten Frauen und schützten Schwangeren die Bäuche auf; eine neunköpfige Familie wurde völlig ausgerottet. Die bewaffneten Kräfte Kampuchreas brachten zahlreiche Flugblätter in Umlauf, in denen sie Vietnam verleumderisch der Aggression bezichtigten, nationalen Haß schürten und Zwietracht zwischen den Völkern beider Länder säten. Darüber hinaus beschoß die kampucheanische Seite mit Artillerie wahllos dichtbesiedelte Grenzgebiete und viele andere, tief im vietnamesischen Territorium liegende Städte und Ortschaften wie die Kreisstadt Tinh Bien und die Provinzstadt Chau Doc (Provinz An Giang).

Mit den Angriffen ihrer Infanterie und Artillerie hat die kampucheanische Seite in der Zeit vom 28. April bis zum 19. Mai 1977 im territorialen Bereich der Provinz An Giang der vietnamesischen Seite

folgende Verluste zugefügt und Schäden angerichtet:

- 222 Zivilpersonen wurden getötet, 614 – zum großen Teil Greise, Frauen und Kinder – verwundet; 10 Zivilpersonen werden noch vermißt.

- 552 Häuser wurden in Brand gesetzt und zerstört (nicht einbezogen die am 17. Mai 1977 in der Stadt Chau Doc zerstörten Häuser).

- 134 t Reis wurden verbrannt, zahlreiche Felder mit heranreifendem Reis verwüstet; viele andere materielle Werte wurden vernichtet oder weggenommen.

- Allein die Stadt Chau Doc wurde am 17. Mai 1977 von den kampucheanischen Kräften zweimal mit Artillerie beschossen. Dabei wurden 24 105 mm-Kanonen- und acht 82 mm-Mörsergeschosse auf die Stadt gefeuert, 10 Einwohner getötet und 23 verwundet.

- Am 11. Juni 1977 nahmen die bewaffneten Kräfte Kampuchreas die Stadt Ha Tien und deren Umgebung wie Thach Dong, To Chau und Ba Ly unter Beschuß.

- Am 14. Juni 1977, ab 20 Uhr, überschritten starke Infanterie-Verbände der kampucheanischen Armee mit Unterstützung von 105 mm-Kanonen auf einer 40 km langen Strecke von Xa Xia bis Dam Chit die Grenze und griffen gleichzeitig die Grenzposten der bewaffneten Volkspolizei Vietnams in der Provinz Kien Giang an. Zur gleichen Zeit beschossen sie von kampucheanischem Boden aus die Stadt Ha Tien ununterbrochen mit Artillerie.

- Am 16., 17. und 18. Juli 1977 nahmen die bewaffneten Kräfte Kampuchreas die Stadt Chau Doc erneut ständig unter Artillerie-Beschuß. Allein am 16. und 17. Juli wurden 30 Zivilpersonen getötet, 150 verwundet, zahlreiche Häuser und materielle Werte zerstört und vernichtet.

- In der Nacht vom 20. zum 21. August 1977 griff etwa ein Bataillon der kampucheanischen bewaffneten Kräfte vier Standorte der bewaffneten Regionalkräfte Vietnams an: zwei Standorte im Raum der Gemeinde My Quy Tay, Kreis Duc Hue, Provinz Long An und zwei in der Gemeinde Phuoc Chi, Kreis Trang Bang, Provinz Tay Ninh; diese Standorte liegen 1 bis 1,5 km tief im vietnamesischen Territorium. Während der Angriffe brandschatzten und mordeten die kampucheanischen bewaffneten Kräfte. Sie töteten 10 Zivilpersonen, darunter ein junges Mädchen, dem sie den Bauch aufschlitzten, verwundeten weitere sieben Zivilpersonen; 32 Häuser und 30 t Reis sowie viele materielle Werte wurden verbrannt und vernichtet.

- Am 27. August 1977 verletzten zwei kampucheanische Kriegsschiffe die vietnamesischen Hoheitsgewässer in der Nähe der Insel Hon Tre und beschossen Fischerboote der vietnamesischen Bevölkerung. Dabei wurde ein Fischerboot versenkt.

- Am 31. August 1977 feuerten sie 50 Mörsergeschosse, Kaliber 82, auf den Posten der bewaffneten Volkspolizei Vietnams in der Gemeinde Vinh Gia, Provinz An Giang. Fortlaufend führten sie in der Nacht vom 31. August und 1. September Überraschungsangriffe gegen den Posten der bewaffneten Volkspolizei und den Amtssitz des Volkskomitees der Gemeinde Vinh Gia durch. Am 2. September beschossen sie die Einwohner des Dorfes Ha Bai, Gemeinde Vinh Te, während ihrer Arbeit auf dem Feld und den Posten der bewaffneten Volkspolizei Vietnams in Bac Dai, Gemeinde Nhon Hoi, mit 105 mm-Kanonen, 82 mm- und 60 mm-Mörsern und Handfeuerwaffen.

- Am 8., 9., 10. und 11. August nahmen sie im Grenzgebiet der Provinz An Giang die vietnamesischen Einwohner während ihrer Arbeit in den Gemeinden Tinh Bien, Vinh Nguon und Vinh Xuong sowie die Fischer auf dem Tien-Fluß unter Beschuß, töteten zwei Einwohner und verwundeten zwei andere. Am 8. September drangen sie im Grenzgebiet der Provinz Tay Ninh in das Dorf Cau Duong ein und beschossen Fischerboote der vietnamesischen Einwohner auf dem Vam Co-Fluß. Sie versenkten dabei ein Fischerboot, töteten zwei vietnamesische Einwohner und verletzten einen anderen. Am 9. und 10. September fielen sie im Grenzgebiet der Provinz Long An in das Dorf Trung Mon (Gemeinde Thai Binh Trung) ein und nahmen vietnamesische Ortschaften auf einer 5 km langen Strecke (von Huong Bien südwärts) unter Artillerie-Beschuß. Am 10. und 11. September überfielen sie im Grenzgebiet der Provinz Kien Giang den Kontrollpunkt Vinh Dieu des Grenzpostens Giang Thanh.

- Am 7. September beschossen sie Kap Ganh Dau auf der Westseite der vietnamesischen Insel Phu Quoc mit Artillerie.

- Am 11. September, von 22 Uhr bis 24 Uhr, beschossen sie zur gleichen Zeit mit 105 mm-Kanonen, Mörsern, DKZ, B 40 und Handfeuerwaffen folgende sieben Gemeinden der Provinz An Giang: Vinh Xuong, Khanh Binh, Nhon Hoi, Phu Huu, Phu Nui, Vinh Hoi Dong (Kreis Chau Doc) und An Phu (Kreis Bay Nui). Am darauffolgenden Tag, dem 12. September, griffen sie mit Infanterie-Einheiten Grenzkontrollpunkte der bewaffneten Volkspolizei Vietnams in den Ge-

meinden Vinh Hoi Dong und Tinh Bien an.

● In der Nacht vom 18. September bis zum 20. September 1977 starteten sie Angriffe gegen sechs Grenzgemeinden: Tan Thanh, Tan Hoi Co, Binh Thach, Tan Hoi, Thuong Thoi und Thuong Phuoc (Kreis Hong Ngu, Provinz Dong Thap, die an die kampucheanische Provinz Prey Veng grenzt) und gegen fast alle Grenzposten und Kontrollpunkte der bewaffneten Volkspolizei in diesem Raum. Dabei wurden 91 vietnamesische Zivilpersonen getötet und verwundet, zahlreiche Häuser, darunter der Amtssitz des Volkskomitees der Gemeinde Thuong Thoi, in Brand gesetzt und zerstört, viele andere materielle Werte vernichtet oder geraubt.

Besonders schwerwiegend waren die Angriffe der kampucheanischen bewaffneten Kräfte in der Zeit von Ende September bis Dezember 1977, die dem Ziel dienten, auf vietnamesisches Territorium an der gesamten, 240 km langen Grenzlinie der Provinz Tay Ninh überzugreifen und es zu berauben. Die von ihnen während dieser Angriffe verübten Verbrechen waren äußerst grauenvoll und barbarisch.

Diese Angriffe wurden in der Nacht des 24. September eröffnet. Die kampucheanischen bewaffneten Kräfte griffen mit etwa einer Division, die von Artillerie unterstützt wurde, zur gleichen Zeit zahlreiche Dörfer und Gemeinden der Kreise Tan Bien, Chau Thanh und Ben Cau an; an einigen Stellen drangen sie bis 6 km tief in vietnamesisches Territorium ein. Überall, wo sie eindringen, massakrierten sie vietnamesische Einwohner auf äußerst grauenhafte Weise: enthaupteten die Einwohner, schlitzen ihnen die Bäuche auf, hackten ihnen Beine und Hände und schnitten ihre Nasen ab, stachen ihre Augen aus, zertrümmerten ihre Leichen . . . Allein in drei Ortschaften, nämlich der Gemeinde Tan Lap (Kreis Tan Bien), dem neuen Wirtschaftsgebiet Long Cuong und der Gemeinde Long Khanh (Kreis Ben Cau), wurden fast 1000 Zivilpersonen getötet und verwundet.

Am 30. September griffen die kampucheanischen bewaffneten Kräfte erneut im Raum Chau O, Gemeinde Phuoc Chi, Kreis Trang Bang, an. Vom 17. November an starteten sie an einer langen Strecke von Lo Go Xuong bis Phuoc Tan (Straße Nr. 13) mit zirka drei Divisionen mehrere Angriffswellen gegen den Kreis Chau Thanh. Sie hielten zahlreiche Ortschaften besetzt, von denen einige in der Nähe des Vam Co Dong-Flusses – ca. 10 km tief in vietnamesischem Territorium – liegen. Gleichzeitig griffen sie im Kreis Tan Bien die Gemeinden Tan Lap, Tan Phu, die Gebiete Trang Riec, Khuoc usw. an und besetzten sie. In einer langen Zeit haben die kampucheanischen bewaffneten Kräfte also etwa vier Divisionen mobilisiert, die fortwährend Angriffe auf alle vier Kreise Tan Bien, Chau Thanh, Ben Cau und Trang Bang im Grenzgebiet der Provinz Tay Ninh durchführten.

Nach noch unvollständigen Angaben wurden in den genannten Ortschaften der Provinz Tay Ninh in der Zeit vom 24. September bis Ende November 1977 über 1000 Zivilpersonen getötet oder verwundet und Hunderte verschleppt. Viele Wohnhäuser wurden zerstört, Hab und Gut der Bevölkerung wurde vernichtet, über 1000 Stück Zugvieh und viele andere materielle Werte wurden geraubt. Es ist unvorstellbar, in welch grausamer Weise die vietnamesischen Einwohner von den bewaffneten Kräften Kampuchreas ermordet wurden.

Aus der dargestellten Situation ist zu erkennen, daß

- die kampucheanische Seite die Souveränität und territoriale Integrität Vietnams mittels Überraschungsangriffen verletzt hat;
- es sich hier um systematische Grenzverletzungen handelt, die entlang der vietnamesisch-kampucheanischen Grenze, von der Provinz Gia Lai-Kontum bis zur Provinz Kien Giang auf vietnamesischer Seite, die an die Provinz Pattanakiri bzw. an die Provinz Kampot auf kampucheanischer Seite angrenzt, seit Mai 1975 bis heute von kampucheanischer Seite verübt wurden;
- die Aktionen der bewaffneten Kräfte Kampuchreas von Aufklärungseinsätzen, Artilleriebeschuß, Verminen, Anlegen von Spitzpfahl-Fallen, Überfällen aus dem Hinterhalt, Überraschungsangriffen bis zu Angriffen mit Infanterie-Einheiten – unterstützt von Artillerie – reichen;
- bei diesen Grenzverletzungen die bewaffneten Kräfte Kampuchreas mehrmals die Grenze überschritten haben und 1–6 km (wie bei den Angriffen auf einige Ortschaften im Kreis Tan Bien, Provinz Tay Ninh in der Nacht vom 25. zum 26. September 1977) oder sogar bis zu 10 km (wie bei dem Angriff auf Gebiete am Sa Thay-Fluß, Provinz Gia Lai-Kontum im Dezember 1975) tief in vietnamesisches Territorium eingedrungen sind;
- bei diesen Aktionen die kampucheanische Seite eine große Zahl von Einheiten ihrer bewaffneten Kräfte mobilisiert hat; bei vielen Angriffen hat sie mehrere Bataillone, Regimenter oder sogar mehrere Divisionen – wie bei den Angriffen im September, Oktober,



Ermordete Mutter und sieben Kinder in Vinh Nguon

November und Dezember 1977 auf viele Gebiete in der Provinz Tay Ninh – eingesetzt; sie hat verschiedenste Waffenarten der Infanterie und Kanonen mit großem Kaliber, wie 120 mm-Mörser und 105 mm-Kanonen, eingesetzt; kampucheanische Flugzeuge haben auch den Luftraum Vietnams verletzt, so am 10. Mai 1977 den Luftraum von Chau Doc bis Tan Bien in der Provinz Kien Giang;

– viele Angriffe auf das Territorium Vietnams haben Vernichtungscharakter (wie die in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai 1977 zur gleichen Zeit erfolgten Angriffe auf Posten der bewaffneten Volkspolizei Vietnams in 13 von 14 Gemeinden im Grenzgebiet der Provinz An Giang); viele andere Angriffe haben Eroberungscharakter (wie die Angriffe auf einige Gebiete in den drei Kreisen Ben Cau, Chau Thanh und Tan Bien, Provinz Tay Ninh, Ende September bis Anfang Oktober 1977;

– die bewaffneten Kräfte Kampuchreas während ihrer Anschläge auf das Territorium Vietnams äußerst erschreckende Verbrechen begangen haben. Außer den wahllosen Artilleriebeschüssen auf dichtbesiedelte Gebiete Vietnams an großen Feiertagen des vietnamesischen Volkes, der Ermordung vieler Zivilpersonen, größtenteils Frauen und Kinder, der Vergewaltigung von Frauen, der Brandstiftung in Wohnhäusern und Schulen, dem Raub von Nahrungsmitteln, Zugvieh und anderen materiellen Werten, der Vernichtung der Produktion, haben die bewaffneten Kräfte Kampuchreas noch mehrere äußerst grausame Massaker verübt. Neben den Waffen der Artillerie und Infanterie haben sie noch Stichwaffen wie Dolche, Wurfspieße, Lanzen, Hammer usw. benutzt, mit denen sie mehrmals in das Gesicht oder in den Bauch vieler vietnamesischer Einwohner stachen, um sie schmerzhaft und heimtückisch zu verletzen, bevor sie diesen tödlichen Verletzungen erlagen. Sich mit diesen Taten noch nicht begnügend, haben sie ihren Opfern darüber hinaus noch die Bäuche aufgeschlitzt, ihnen die Leber herausgerissen, die Nasen abgeschnitten und ihre Leichen ins Feuer oder in die Brunnen und Teiche geworfen.

Mit den genannten Aktivitäten seit Anfang Mai 1975 bis heute hat die kampucheanische Seite der vietnamesischen Bevölkerung große Verluste an Menschen zugefügt und großen Schaden an materiellen Werten angerichtet und darüber hinaus das friedliche Aufbauprogramm des vietnamesischen Volkes ernsthaft sabotiert. Entlang der Grenze wurden über 10 000 ha Anbaufläche der vietnamesischen Bewohner brachgelegt.

Die seit Generationen bestehende solidarische Freundschaft zwischen dem vietnamesischen Volk und dem kampucheanischen Volk ist überaus kostbar. Diese besonderen Beziehungen zu festigen und weiterzuentwickeln, ist nicht nur die nach wie vor unveränderte Politik, sondern auch der heilige Wunsch des vietnamesischen Volkes. Von dieser Politik und diesem Wunsch ausgehend, haben sich das ZK der KP Vietnams und die Regierung der SR Vietnam, als sie nach den Ursachen der genannten Ereignisse suchten, in ihrem Brief vom 7. Juni 1977 an das ZK der KP Kampuchreas und die Regierung des Demokratischen Kampuchea geäußert: „Wir haben uns bemüht, nach dem Grund zu suchen, warum die bewaffneten Kräfte Kampuchreas solche Handlungen begangen haben, doch wir können es noch nicht verstehen. Der Einsatz einer sehr großen Streitmacht zu gleichzeitigen Aktivitäten in einem sehr großen Raum und einer ziemlich langen Zeit kann nicht die eigenmächtige Entscheidung der örtlichen Ebenen Kampuchreas sein. Sind diese Handlungen also das Werk von einigen Personen, von einer schlechten Gruppe, die versuchen, die die Parteien und Völker unserer beiden Länder verbindende Tradition der Solidarität und der brüderlichen Freundschaft zu zerstören?“ Auch von dieser Politik und diesem Wunsch ausgehend, hat die

vietnamesische Seite jedes Mal, wenn die kampucheanische Seite die Souveränität und das Territorium Vietnams verletzte, die kampucheanische Seite rechtzeitig informiert und mit allen Mitteln der kampucheanischen Seite vorgeschlagen, die Anschläge sofort zu beenden. Den gerechten Vorschlägen Vietnams wurde jedoch von der kampucheanischen Seite nicht entsprochen. Die Souveränität und territoriale Integrität der SR Vietnam werden weiterhin von kampucheanischer Seite systematisch und immer ernsthafter verletzt. Das vietnamesische Volk ist gezwungen, seine Souveränität und das heilige Territorium seines Vaterlandes, sein Leben, sein Eigentum und sein friedliches Aufbauwerk zu verteidigen. Selbst in dieser Zwangslage hat das vietnamesische Volk stets große Geduld an den Tag gelegt und seinen Wunsch, mit der kampucheanischen Seite so schnell wie möglich die Konflikte im Geiste der Kameradschaft und Brüderlichkeit beizulegen, mehrfach zum Ausdruck gebracht.

3. Die kampucheanische Seite reagiert negativ auf die logischen und vernünftigen Vorschläge Vietnams und mißachtet die von beiden Seiten getroffenen Vereinbarungen

Die genannten Zusammenstöße mit ihren gefährlichen Folgen hätten eigentlich schon seit langer Zeit beendet sein können und die Lage an der Grenze zwischen beiden Ländern hätte sich längst normalisiert, wenn die kampucheanische Seite auf die logischen und vernünftigen Vorschläge Vietnams positiv reagiert hätte.

Diese Vorschläge wurden mit großer Herzlichkeit und in Freundschaft, vor allem im Brief des ZK der KP Vietnams und der Regierung der SR Vietnam vom 7. Juni 1977 an das ZK der KP Kampuchea und die Regierung des Demokratischen Kampuchea, unterbreitet. Außerdem hat das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der SR Vietnam in der Zeit von Januar bis Oktober 1977 die Botschaft des Demokratischen Kampuchea in Vietnam mehrmals mündlich darüber informiert und ihr mehrere Aide-mémoires übergeben, in denen die Situation der Grenzverletzung durch die kampucheanische Seite dargelegt und die daraus entstandenen Folgen mit aller Deutlichkeit aufgezeigt wurden. Gleichzeitig hat die vietnamesische Seite die kampucheanische Seite gebeten, derartige Aktionen einzustellen und zusammen mit der vietnamesischen Seite Verhandlungen im Geiste der Freundschaft und Brüderlichkeit aufzunehmen, um die Zusammenstöße zu beenden.

Die vietnamesische Seite hat auch ihre Organe in den an der Grenze zu Kampuchea liegenden Ortschaften angewiesen, die Souveränität und territoriale Integrität Kampucheas strikt zu respektieren, solidarische Freundschaft mit den an der Grenze liegenden kampucheanischen Ortschaften zu stärken und die drei in Phnom Penh im Mai 1976 vereinbarten Maßnahmen strikt zu verwirklichen.

Der gute Wille der vietnamesischen Seite fand bedauerlicherweise keine positive Antwort von kampucheanischer Seite. Mehr noch, die kampucheanische Seite respektiert auch nicht die Maßnahmen, die sie selbst mit vereinbart hat. Auf der Grundlage dieser Maßnahmen hat das Volkskomitee der Provinz Kien Giang am 31. März 1977 zwei Kader nach Kampot, Kampuchea, entsandt, um einen Brief mit dem

Vorschlag, daß die zuständigen Organe beider Provinzen Verhandlungen zur Lösung der in dieser Zeit entstandenen Grenzkonflikte aufnehmen sollen, zu übergeben. An der Grenze zwischen beiden Provinzen (auf der Straße Nr. 17) hat die kampucheanische Seite die beiden Kader gebeten, kampucheanischen Boden zu betreten. Als die beiden jedoch die Grenzen passierten, hat die kampucheanische Seite als Drohung Schüsse gefeuert und sie zurückgejagt.

Im Antwortbrief des ZK der KP Kampuchea und der Regierung des Demokratischen Kampuchea auf den Brief des ZK der KP Vietnams und der Regierung der SR Vietnam vom 7. Juni 1977 hat die kampucheanische Seite deutlich formuliert: „Kampuchea hegt keinerlei Absicht auf Expansion oder Eroberung des Territoriums – auch nicht auf nur eine Handbreite – irgendeines Landes“ und hat vorgeschlagen, „eine gewisse Zeit verstreichen zu lassen, bis sich die Situation wieder normalisiert, ohne Zusammenstöße wegen Grenzfragen“ und beide Seiten erst dann zusammentreffen, „um dem Treffen einen erfolgreichen Abschluß zu garantieren“. Die systematisch aufeinander folgenden Ereignisse, vor allem die Zwischenfälle seit Mai 1976, und besonders Ende September/Anfang Oktober 1977, widersprechen jedoch nicht nur voll und ganz der Behauptung im Antwortbrief der kampucheanischen Seite, sondern es gibt Beweise dafür, daß gerade in dieser Wartezeit, bis „die Situation wieder normal wird“, wie der Vorschlag der kampucheanischen Seite lautet, die bewaffneten Kräfte Kampuchea die Souveränität und territoriale Integrität Vietnams weiterhin und immer ernsthafter verletzen und der vietnamesischen Bevölkerung in diesen Gebieten noch größeren Schaden an Menschen und materiellen Werten zufügen.

4. Die Verantwortung fällt der kampucheanischen Seite zu

Die genannten Aktionen der kampucheanischen Seite wurden immer zur gleichen Zeit unternommen mit dem Schüren des Hasses zwischen dem kampucheanischen und dem vietnamesischen Volk.

Eine schmerzhafteste Tatsache ist es, daß die kampucheanische Seite eine halbe Million in Kampuchea lebende Vietnamesen mißhandelt, die seit vielen Generationen in Kampuchea ihr Zuhause gefunden haben und mit ihrem Schweiß und Blut aktiv zum revolutionären Kampf des kampucheanischen Volkes beitrugen. Sie wurden aus ihren Häusern getrieben. Ihnen wurden Hab und Gut sowie andere zum Leben nötige Gegenstände geraubt. Viele von ihnen wurden äußerst schlecht behandelt, sogar in unbarmerziger, grausamer Weise ermordet. Andererseits, als die bewaffneten Kräfte Kampuchea die Grenze überschritten, das Territorium Vietnams verletzten und damit das vietnamesische Volk dazu zwangen, eine angemessene Reaktion zur Verteidigung seiner Souveränität und territorialen Integrität zu zeigen, hat die kampucheanische Seite Vietnam prompt verleumderisch der „Aggression“ gegen Kampuchea bezichtigt.

In der im August 1977 erschienenen Ausgabe in englisch und französisch der Zeitschrift „Kampuchea im Vormarsch“, hat die kampucheanische Seite eine Kampuchea-Karte veröffentlicht, deren Grenzverlauf der historischen Realität ganz und gar nicht entspricht.

Aus den obigen Darstellungen kann geschlußfolgert werden, daß die einseitigen Verletzungen der Souveränität und territorialen Integrität der SR Vietnam durch die bewaffneten Kräfte Kampuchea überlegte, gründlich vorbereitete und einheitlich geleitete Aktionen sind.

Die von kampucheanischer Seite in den Grenzgebieten beider Länder verteilten Flugblätter, die Geständnisse und Notizen vieler auf dem Territorium Vietnams während der Ausübung ihrer Aktionen gefangengenommener Agenten sowie Offiziere und Soldaten der bewaffneten Kräfte Kampuchea in An Giang oder in Tay Ninh, in Long An oder Dac Lac sprechen eindeutig dafür. Hier nur einige Beispiele:

- In einem am Vinh Te-Kanal gefundenen Flugblatt (ein von der vietnamesischen Bevölkerung Ende des 19. Jahrhunderts auf dem Territorium Vietnams in der Provinz Kien Giang gebauter und durchschnittlich 1200 Meter von der Grenze entfernter Kanal) ist zu lesen: „Dieser Kanal ist die Grenze Kampuchea ...“. In einem anderen Flugblatt heißt es: „Merkt Euch! Dies ist wirklich Khmer-Land. Das Territorium Kampuchea erstreckt sich nicht bis zu diesem Kanal, sondern bis Saigon ...“

- Meng Nheap, ein kampucheanischer Agent der 2. Truppe, 2. Zug, 1. Kompanie, 27. Bataillon, 11. Regiment der Süd-West-Militärzone Kampuchea, gefangengenommen am 17. Mai 1977 in Vinh Hoi Dong, Provinz Kien Giang, hat folgendes gestanden: „Von meinen Vorgesetzten habe ich den Auftrag erhalten, über die Grenze in



Zerstörtes vietnamesisches Grenzdorf

das Territorium Vietnams einzudringen, um Informationen über die militärische Lage auf vietnamesischer Seite entlang der Grenze zu sammeln . . .“ Nach den Angaben Ta Moc's, Befehlshaber der Süd-West-Militärzone, im Februar und März 1977 beabsichtige „die revolutionäre Macht den Kampfgeist der Angehörigen der bewaffneten Kräfte Kampuchreas aufzumuntern und sie wissen zu lassen, daß sie im Mai 1977 Vietnam bis zum Thot-not-Baum Nr. 1 und bis Saigon stürmen werden.“ „Der Plan in der Anfangsphase lautet, vietnamesischen Boden entlang der Grenze, d. h. entlang des Kanals (Vinh Te) und des Bac Dai-Flusses zu besetzen. Nach der Eroberung des Flusses müssen die Truppen einige Zeit Halt machen, um ihre Stellungen zu befestigen, und dann wird weiter gestürmt . . .“

● Sin Sa Ra, ein anderer Agent Kampuchreas, am 4. August 1976 gefangengenommen, hat gestanden: Er wurde nach Vietnam geschickt, um Informationen zu sammeln. Der Chef seiner Sicherheitsgruppe Bo Ly Van, und der Parteisekretär des Kreises Sam Rong und Chef des Sicherheitsausschusses des Kreises haben vor seinem Einsatz in Vietnam zu ihm gesagt: „Das Territorium Kampuchreas erstreckt sich bis Saigon. Früher oder später wird Kampuchea Saigon zurückerobert.“

● Xon Xo Phat, Soldat des 182. Regiments, 3. Division der bewaffneten Kräfte Kampuchreas, in Tay Ninh gefangengenommen, hat gestanden: „Xon, der Kommandeur meiner Kompanie, hat mich beauftragt, tief in das Territorium Vietnams einzudringen. Wenn ich vietnamesischen Soldaten begegne, soll ich sie umbringen, um das Territorium Kampuchreas zu erweitern. Xon hat noch befohlen, Häuser in Brand zu stecken, Zivilpersonen, ganz gleich, ob jung oder alt, ob Männer oder Frauen, zu töten und Reis, Nahrungsmittel und Zugvieh zu rauben und nach Kampuchea zu bringen . . .“

● Aus dem Notizbuch eines anderen kampucheanischen Kadern ist deutlich zu lesen, wie die Parteileitung der KP Kampuchreas in der Provinz Xvey Rieng ihre Armeeinghörigen und Kader ideologisch vorbereitet hat. Aus ihrer Sicht ist „Vietnam Kampuchreas Feind“. In einem Lehrmaterial heißt es: „Der vietnamesische Feind hat alle Pläne für den Gegenangriff, wenn wir sein Land angreifen.“ Außerdem hat dieses Material gezeigt, welche Taktik beim Angriff auf Vietnam anzuwenden ist und wie man angreifen und verteidigen soll, um siegreich zu sein.

Welchem Ziel dienen die Aktionen der bewaffneten Kräfte Kampuchreas mit oben genanntem Charakter? Die genannten Ereignisse und Dokumente sind klare Beweise dafür, daß diese Aktionen zweifellos nur einem dunklen Ziel dienen, nämlich Land zu besetzen, die Souveränität und territoriale Integrität Vietnams zu verletzen, nationalen Haß zu säen, das friedliche Aufbauwerk des vietnamesischen Volkes zu sabotieren und der traditionellen Solidarität und Freundschaft zwischen den Völkern beider Länder zu schaden.

Die Folgen dieser Aktionen sind sehr schwerwiegend. Sie fügen der vietnamesischen Bevölkerung in den Grenzgebieten, die soeben einen langen, erbitterten Krieg des Imperialismus durchgestanden hat, neue große Verluste an Menschen und materiellen Werten zu, Verluste, die aufgrund der Verletzungen der Souveränität und territorialen Integrität Vietnams durch ein benachbartes Bruderland entstanden sind. Darüber hinaus haben diese Aktionen, parallel geführt mit dem Schüren von nationalem Haß unter dem kampucheanischen Volk, die seit vielen Generationen bestehende traditionelle Solidarität und brüderliche Freundschaft zwischen beiden Ländern ernsthaft verletzt. Das mehrfach von kampucheanischer Seite verbreitete Argument, „Ein kleines Land kann ein großes Land nicht verschlucken“, kann die dargestellte Tatsache ganz und gar nicht verbergen. Die Verleumdungen gegen Vietnam und die von kampucheanischer Seite künstlich geschaffenen und der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Beweismittel können die unverkennbare Realität, die in diesem Dokument zwangsweise bekanntgegeben wird, in keiner Weise bemänteln. Die kampucheanische Seite muß die volle Verantwortung für die gegenwärtige, von ihr verursachte Lage hinsichtlich der Grenzfrage zwischen beiden Ländern und ihre Folgen tragen.

5. Der richtige Weg zur Lösung der Grenzfrage Vietnam-Kampuchea

Die nach wie vor unveränderte Politik der KP Vietnams, der Regierung der SR Vietnam und des vietnamesischen Volkes gegenüber ihren beiden brüderlichen Nachbarländern Laos und Kampuchea wurde im Beschluß des IV. Parteitages der KP Vietnams erneut bekräftigt: „Mit unserer ganzen Kraft müssen wir uns für die Verteidigung und die Entwicklung der besonderen Beziehungen zwischen dem vietnamesischen Volk und den Völkern von Laos und Kampu-

chea, für die Stärkung der Kampfsolidarität, des gegenseitigen Vertrauens, der langfristigen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe auf allen Gebieten zwischen unserem Land und den Bruderländern Laos und Kampuchea auf der Grundlage des Prinzips der völligen Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit, der Souveränität und der territorialen Integrität sowie der gegenseitigen Achtung der legitimen Interessen einsetzen, damit die drei Länder, die bereits im Kampf für die nationale Befreiung eng miteinander verbunden waren, sich beim Aufbau und bei der Verteidigung ihrer Heimat im Interesse der Unabhängigkeit und des Gedeihens des jeweiligen Landes für immer eng miteinander verbinden.“

In seinem Glückwunschtelegramm vom 28. September 1977 anlässlich der Legalisierung der KP Kampuchreas hat das ZK der KP Vietnams, nachdem es „der KP Kampuchea und dem Volk von Kampuchea seinen tiefempfundenen Dank für die große Unterstützung und wertvolle Hilfe, die sie der revolutionären Sache des vietnamesischen Volkes gewährten“, sagte, nochmals betont: „Unsere beiden Länder sind eng befreundete Nachbarländer, die Berge neben Bergen und ineinander fließende Flüsse haben. Seit vielen Jahren haben unsere beiden Parteien und Völker Schulter an Schulter für ein gemeinsames Ideal gekämpft, miteinander jede Freude und jedes Leid geteilt und die besonderen Beziehungen Vietnam-Kampuchea geschaffen. Unsere Partei, unser Volk betrachten die besonderen Beziehungen mit Kampuchea stets als ihre heilige Sache, als einen außerordentlich wichtigen Faktor im vergangenen schweren Kampf voller Bewährung gegen den gemeinsamen Feind sowie beim gegenwärtigen Aufbau des Sozialismus.“ „Das heilige Testament unseres hochverehrten Präsidenten Ho Chi Minh befolgend, setzen die KP Vietnams und das vietnamesische Volk nach wie vor ihre ganze Kraft für die Festigung und Weiterentwicklung der besonderen Beziehungen zwischen beiden Parteien und Völkern Vietnams und Kampuchreas auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit, der Souveränität und der territorialen Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und auf der Basis des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus ein.“

Was die Grenzfragen zwischen Nachbarländern betrifft, so sind die KP Vietnams und die Regierung der SR Vietnam der Auffassung, daß

● die Souveränität und territoriale Integrität eine heilige Frage jeder Nation ist;

● die Grenz- und Territorialfrage zwischen Nachbarländern als Folge der Geschichte oft zu Konflikten, sogar zu sehr komplizierten Auseinandersetzungen führte; daher muß man sich gründlich mit dieser Frage befassen;

● die betroffenen Länder diese Frage im Geist der völligen Gleichberechtigung, gegenseitigen Achtung, Freundschaft und guten Nachbarschaft behandeln und sie auf dem Verhandlungswege lösen sollen. In diesem Sinne und insbesondere bei der gegenwärtigen günstigen Situation, wo Vietnam und Kampuchea ebenfalls ihre vollständige Unabhängigkeit und Freiheit erkämpft haben, kann jede komplizierte Grenzfrage zwischen beiden Ländern gemeistert werden, um gemeinsam eine dauerhafte Freundschaftsgrenze zwischen brüderlichen Nachbarländern zu schaffen. Das vietnamesische Volk vertritt beharrlich diesen Standpunkt und wünscht von ganzem Herzen, mit der kampucheanischen Seite die Grenzfrage in logischer und vernünftiger Weise und im Sinne der legitimen Interessen des Volkes eines jeden Landes entsprechend zu lösen. In ihrer Erklärung vom 31. Dezember 1977 hat die Regierung der SR Vietnam nochmals vorgeschlagen, „daß sich beide Seiten sobald wie möglich – ganz gleich auf welcher Ebene – treffen, um im Geiste der brüderlichen Freundschaft die Grenzfrage zwischen beiden Ländern gemeinsam zu lösen.“

Falls die kampucheanische Seite ihre Invasionsübergriffe weiterhin fortsetzt, bleibt dem vietnamesischen Volk kein anderer Weg, als mit aller Entschiedenheit seine Souveränität, territoriale Integrität, sein Leben und sein Eigentum und sein friedliches Aufbauwerk zu verteidigen. Die kampucheanische Seite muß die volle Verantwortung für die Folgen der von ihr unternommenen Invasionsübergriffe an der vietnamesisch-kampucheanischen Grenze tragen. Das vietnamesische Volk bekräftigt noch einmal seine Entschlossenheit, alles in seinen Kräften Stehende zu tun für die Verteidigung und Festigung der seit vielen Jahren bestehenden solidarischen Freundschaft zwischen der KP Vietnams und der KP Kampuchreas. Keiner reaktionären Kraft wird es gelingen, diese besondere solidarische Freundschaft zu zerstören.

(Quelle: Dokumentation des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Sozialistischen Republik Vietnam, vorgelegt auf der Pressekonferenz in Hanoi am 6. 1. 1978)



Gipfelkonferenz 1970 - Symbol indochinesischer Kampfsolidarität. Die Delegationsleiter (v. l. n. r.): N. Sihanouk (Kambodscha), N. Huu Tho (Südvietnam), Pham van Dong (Nordvietnam), Souphavong (Laos)

Friedensplan der SR Vietnam

In ihrer Erklärung vom 31. Dezember 1977 hat die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam vorgeschlagen, daß sich die beiden Seiten Vietnam und Kampuchea sobald wie möglich und auf gleicher Ebene zusammentreffen, um im Sinne der brüderlichen Freundschaft das Grenzproblem zwischen den beiden Ländern gemeinsam zu lösen. Dieser Vorschlag wurde von den Regierungen und Völkern der Frieden und Gerechtigkeit liebenden Länder sowie von der breiten Weltöffentlichkeit gutgeheißen und unterstützt. Für diese Zustimmung und Unterstützung danken das vietnamesische Volk und die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam all ihren Brüdern und Freunden in der Welt ganz herzlich.

Es ist sehr bedauerlich, daß bis jetzt die Regierung des Demokratischen Kampuchea den Vorschlag für Verhandlung der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam nach wie vor ablehnt. Mehr noch setzt die Seite Kampuchea ihre Streitkräfte weiterhin für mehrere Angriffe auf verschiedene Ortschaften auf vietnamesischem Territorium entlang der Grenze – vor allem in den Bezirken wie Kien Giang, An Giang und Tay Ninh – ein, wobei diese Streitkräfte zahlreiche grausame Verbrechen am vietnamesischen Volk begehen.

Die kampucheanische Seite betreibt mit großen Anstrengungen ihre Propaganda, um den Völkerhaß gegen Vietnam zu schüren; sie verleumdet unablässlich und auf gröblichster Weise die Sozialistische Republik Vietnam. So heißt es u. a., die Sozialistische Republik Vietnam hätte Kampuchea angegriffen, sich in die inneren Angelegenheiten Kampuchea eingemischt, subversive Aktionen gegen Kampuchea durchgeführt, Kampuchea unter Druck gesetzt, um es zum Eintritt in eine „indochinesische Föderation“ unter Vorherrschaft Vietnams zu zwingen. . . . Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam weist kategorisch all diese Verleumdungen der Regierung des Demokratischen Kampuchea zurück. Es ist unzweifelhaft, daß die Seite Kampuchea absichtlich die Lage an der Grenze zwischen Vietnam und Kampuchea verschärfen, die Beziehungen zwischen Vietnam und Kampuchea weiter verschlechtern und schließlich die Lösung der Probleme in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern bis zum äußersten erschweren will.

Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam und das vietnamesische Volk bekräftigen noch einmal ihren prinzipiellen und steten Standpunkt: die Unabhängigkeit, Freiheit, Souveränität und territoriale Integrität Vietnams entschlossen zu verteidigen, gleichzeitig die Unabhängigkeit, Freiheit, Souveränität und territoriale Integrität Kampuchea sowie der anderen Länder stets zu achten, beharrlich die Solidarität mit dem Volk Kampuchea zu erhalten und ununterbrochene Anstrengungen für schnelle Lösung der Probleme in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern durch Verhandlung zu unternehmen. Vietnam und Kampuchea sind zwei Nachbarländer; die beiden Völker sind bereits seit frühester Zeit im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den imperialistischen Aggressor, und für die Unabhängigkeit und Freiheit eng miteinander verbunden; die beiden Völker haben heute gemeinsam den sehnächtigen Wunsch, ihre Solidarität sowie langfristige Zusammenarbeit miteinander zu vertiefen und sich gegenseitig dabei zu helfen, das eigene Land entsprechend den eigenen Bedingungen blühend aufzubauen.

Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam ist der Ansicht, daß durch den Weg der Verhandlung und im Geiste der antiimperialistischen Solidarität der Nichtpaktgebundenen-Bewegung sowie im Geiste der UNO-Charta die Probleme in den Beziehungen zwischen Vietnam und Kampuchea sicherlich korrekt und dem Interesse jedes der beiden Völker sowie dem Interesse des Friedens und der Sicherheit in Südostasien und in der Welt entsprechend gelöst werden können.

In dem Wunsch, daß die Probleme in den Beziehungen zwischen Vietnam und Kampuchea bald gelöst werden mögen, schlägt die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam vor:

1. Die militärischen und feindlichen Tätigkeiten an der Grenze sofort einzustellen; die Streitkräfte jeder Seite müssen 5 km tief von der Grenze in das eigene Territorium verlagert werden.

2. Die beiden Seiten treffen sofort in Hanoi oder in Phnom Penh, oder in irgendeinem Ort an der Grenze zwischen den beiden Ländern zusammen, um zu verhandeln und einen Vertrag abzuschließen, in dem sich die beiden Seiten gegenseitig verpflichten, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der anderen zu respektieren, keine Aggression gegeneinander zu führen, in den Beziehungen zueinander keine Gewalt zu gebrauchen oder mit Gewaltanwendung zu drohen, sich in die inneren Angelegenheiten des anderen Landes nicht einzumischen, keine subversiven Aktionen gegeneinander zu betreiben, sich gegenseitig gleichberechtigt zu behandeln, gemeinsam in Frieden, Freundschaft und guter Nachbarschaft zu leben. Die beiden Seiten werden einen Vertrag über die Grenze zwischen den beiden Ländern auf der Basis der gegenseitigen Achtung der Souveränität und territorialen Integrität in den bestehenden Grenzen vereinbaren.

3. Die beiden Seiten werden sich miteinander über eine entsprechende Form der internationalen Garantie und Überwachung verständigen.

Damit günstige Voraussetzungen für die Verhandlung zwischen den beiden Ländern geschaffen werden, ist es notwendig, Propaganda für Völkerhaß sowie Tätigkeiten, die einen Keil zwischen den beiden Völkern zu schlagen trachten und die vorhandene Freundschaft zwischen ihnen verletzen, zu beenden. Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam appelliert an die Regierung des Demokratischen Kampuchea zur positiven Antwort auf den obengenannten vernünftigen und logischen Vorschlag, namentlich im gegenwärtigen und langfristigen Interesse des kampucheanischen sowie vietnamesischen Volkes und im Interesse der Freundschaft zwischen ihnen.

Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam ruft die Regierungen und Völker der mit dem vietnamesischen und kampucheanischen Volk befreundeten Länder, internationale Organisationen sowie alle Frieden und Gerechtigkeit liebenden Völker in der Welt auf, den Vorschlag der Regierung der SRV zu unterstützen sowie zu einer baldigen, dem Frieden und der Sicherheit in Südostasien und in der Welt nützlichen Verhandlung zwischen Vietnam und Kampuchea beizutragen.

(Quelle: Erklärung der SRV über die Beziehungen zwischen Vietnam und Kampuchea, Hanoi, den 5. Februar 1978)

Nikaragua

Die jüngsten Ereignisse in *N i k a r a g u a* sind Ausdruck einer bedeutenden Erweiterung und Intensivierung des Kampfes gegen Somoza. Die folgenden Beiträge bzw. Dokumente reflektieren die Strategie und Ziele der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) und der von der Sozialistischen Partei Nikaraguas mitgetragenen Demokratischen Union der Befreiung (UDEL) und geben darüber hinaus eine Einschätzung der letzten Entwicklungen. Der aktuelle stürmische Aufschwung der Volksbewegung in *Nikaragua* muß auf dem Hintergrund der Situation Zentralamerikas betrachtet werden, die besonders gefährlich ist für den US-Imperialismus und voll von Möglichkeiten für revolutionäre Bewegungen. Trotz der starken Repression des Regimes von General Kjell Laugerud Garcia hat sich während der letzten Jahre in *G u a t e m a l a* die Massenbewegung mehr und mehr verstärkt und die Guatemaltekeische Partei der Arbeit bleibt eine wichtige politische Kraft (vgl. AIB 5/1977 und 3/1978). Bewaffnete Kampfformen haben auch dort dazu geführt, die Krise des Regimes zu verschärfen.

In *E l S a l v a d o r* ist die Opposition des Volkes gegenüber dem Regime so breit, daß der Schwindel bei den Wahlen 1972 und 1977 offen zugegeben werden mußte und selbst katholische Priester als kommunistische Agitatoren bezeichnet wurden (vgl. AIB 2/1978). Auch dort wird die Diktatur mit bewaffnetem Widerstand konfrontiert und kürzlich wurde ein einflußreicher Politiker, Auricio Borgonovo Pohl, entführt. Hinzu kommt, daß Washington in *P a n a m a* dem Druck des Volkes bezüglich der Kanalfrage ausgesetzt ist. Die allgemeine Situation in Zentralamerika gibt zweifellos dafür mit den Ausschlag, daß Carter den US-Kongreß drängt, die Verträge zu akzeptieren, denn schlägt dies fehl, würde es mit einem breiten Protest des panamanesischen Volkes beantwortet.

Schließlich können die USA ihren militärischen Interventionsgelüsten in diesem Gebiet aus zwei Gründen nicht freien Lauf lassen. Erstens würde eine offene militärische Unterstützung der diktatorischen zentralamerikanischen Regimes den wahren Charakter der Carter'schen Menschenrechtskampagne noch deutlicher entlarven und die Opposition der amerikanischen Liberalen provozieren. Zweitens hat der Austritt von Honduras aus dem 1965 gegründeten Zentralamerikanischen Verteidigungsrat (CONDECA), dem noch Guatemala, *Nikaragua* und *El Salvador* angehören) ernsthaft dieses übernationale US-Interventionsinstrument geschwächt. Eine Invasion in *Nikaragua* durch *El Salvador* und *Guatemala* ohne die Unterstützung von Honduras aber ist unwahrscheinlich.

Anna Hermanns

Der unaufhaltsame Abstieg des Somoza - Clans



Die seit Monaten anhaltenden Massenkämpfe nahmen Ende Februar/Anfang März d. J. immer mehr Formen eines Volksaufstandes an — eine gebührende Antwort auf Somozas Erklärung, er werde sein Amt auf jeden Fall erst einmal bis 1981 verteidigen wie auf eine brutale Repressionswelle, darunter die Erschießung dreier studentischer Demonstranten in der Hauptstadt Managua oder der Einsatz von Splitterbomben und Granaten in Masaya, der allein 40 Tote forderte. Am 1. März fand ein zweiter, 24stündiger Generalstreik statt, zu dem acht Gewerkschaften und die UDEL aufgerufen hatten und der unter der Forderung nach sofortigem Rücktritt Somozas von Arbeitern, Staatsangestellten und Geschäftsleuten unterstützt wurde. In der zweitgrößten Stadt Leon mündete eine Protestmanifestation der Indianer in Straßenschlachten mit der Nationalgarde, in Masaya (nahe der Hauptstadt), Diriamba und Grenada dauern seit Ende Februar ausgedehnte bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Sandinista-Einheiten und Somoza-Truppen an. Zu den Opfern dieser heftigen Kämpfe in Masaya zählen auch drei Sandinista-Führer (M. M. Moises Rivera, Arnoldo Quant und Camilo Ortega Savedra). Die Sandinistas, die seit Ausbruch der offenen Krise des Regimes Mitte Januar d. J. die Möglichkeit eines Volksaufstandes ins Auge faßten, riefen zur weiteren Forcierung des Kampfes auf, denn „das Ende der Diktatur ist nah“ (zit. nach *Le Monde*, Paris, 4. 3. 1978).

Nikaragua, größtes Land auf der mittelamerikanischen Landenge, hat seit Beginn dieses Jahres erneut die internationale Aufmerksamkeit auf sich gezogen: die auf dem lateinamerikanischen Kontinent letzte noch bestehende Familiendiktatur kämpft ums Überleben.

Als am 10. Januar 1978 der Verleger der größten und einzigen oppositionellen Zeitung des Landes La Prensa, Pedro Joaquín Chamorro, auf offener Straße erschossen wurde, hatte es zunächst den Anschein, als sei er das Opfer eines „gewöhnlichen“ Attentats geworden. Daß dies nicht der Fall war, lag insofern bereits auf der Hand, als Chamorro nicht nur den Beruf des Journalisten und Verlegers innehatte, sondern darüber hinaus auch langjähriger Vorsitzender der nikaraguanischen Oppositionsbewegung Demokratische Union der Befreiung (UDEL) war. So wunderte es auch kaum, als einer der vier Attentäter, Silvio Penó Rivas, bereits bei seiner Verhaftung darauf verwies, daß er zu dieser Tat von einem gewissen Pedro Ramos gedungen und mit 15 000 Dollar belohnt worden sei¹.

Eben dieser Ramos, Exilkubaner mit US-amerikanischem Paß und führendes Mitglied der exilkubanischen Organisation CORU, die in *Nikaragua* mit Wissen der USA etliche Kommandotrups für einen etwaigen Angriff auf Kuba unterhält², gehört zu den engsten Vertrauten des „Landesvaters“.

General Anastasio Somoza Debayle. So ist Ramos der Hauptgeschäftsführer der Blutbank Plasmaferesis, die sich in Managua auf einem Grundstück der Familie Somoza befindet und die – wie Chamorro in La Prensa nachwies – auf Kosten Hunderter von hungernden Nikaraguensern einen schwunghaften und profitträchtigen Handel mit Firmen in den USA betreibt³.

Und noch weitere bekannte Persönlichkeiten Nikaraguas wurden von Rivas der indirekten Beteiligung an dem Attentat bezichtigt. So sollen der Parlamentspräsident Cornelio Hueck und der ehemalige Präsident der Bank für Wohnungsbau, Fausto Zelaye Centeno, jeweils 28 570 Dollar zu dem „Mordfonds“ beigetragen haben und auch der ehemalige Wirtschaftsminister Juan José Martínez, dem Chamorro ebenso wie den beiden anderen Korruptionsvergehen größten Ausmaßes vorgeworfen hatte, soll eine finanzielle Unterstützung zu dem Attentat geleistet haben.⁴

Doch die Intention, die sich mit der Ermordung des Oppositionsführers verband, nämlich die Ausschaltung eines gefährlich gewordenen Gegners, probates Mittel der Diktatur in den vergangenen 40 Jahren, und die offene Demonstration der politischen Macht gegenüber einer immer stärker werdenden Opposition im Lande, schlug fehl.

Allmacht und US-Hörigkeit des Somoza-Clans

Der Mord an Chamorro hat in nie zuvor gekanntem Maße den Protest gegen Somoza und seine Helfershelfer aufbrechen lassen und zur Bildung einer Widerstandsbewegung geführt, in dieser Breite einmalig in Nicaragua. 30 000 Menschen gaben Chamorro das letzte Geleit und bekundeten auf diese Weise, daß sie nicht länger bereit sind, die Terrorherrschaft des Diktators zu ertragen. Als am 24. Januar aus Protest gegen die Ermordung Chamorros der Generalstreik ausgerufen wurde, lagen innerhalb weniger Tage 80 % des ökonomischen Lebens im Lande brach. Die Unterstützung der Streikenden reichte von der Bischofskonferenz Nikaraguas bis hin zum Unternehmerverband des Landes⁵. 80 % der Wahlberechtigten dokumentierten darüber hinaus ihren Protest gegen das Regime durch einen Boykott der Kommunalwahlen am 5. Februar 1978.

Der heutige Regierungschef Nikaraguas, General Anastasio Somoza Debayle ist ein Enkel Anastasio Somozas senior, der nach einem Meuchelmord an dem bekannten Patrioten und Demokraten, General Sandino, unter dessen Leitung seit 1927 der Partisanenkrieg gegen die amerikanischen Okkupationstruppen im Lande geführt wurde, mit Hilfe der USA

1937 an die Macht gelangte und auf diese Weise den Grundstein für die Familiendynastie legte. „Was Nicaragua von den anderen diktatorisch regierten Staaten Lateinamerikas unterscheidet“ – erklärte der berühmte nikaraguanische Schriftsteller und Priester Ernesto Cardenal – „ist die Dauer der Beherrschung . . . Ich möchte es eine ‚Bereicherungsdiktatur‘ nennen, was sich bei uns etablierte. Dem Somoza-Clan gehören die Hälfte des kultivierten Bodens in Nicaragua, ferner 117 Industriebetriebe, die Schifffahrts- und Luftverkehrsgesellschaft, die Generalvertretung von Mercedes-Benz für Mittelamerika – um das Wesentliche zu nennen. Einen besonderen Coup landeten die Somozas nach dem Erdbeben, das Ende 1972 die Hauptstadt Managua zerstörte. Den Boden, auf dem die neue Hauptstadt entstehen sollte, hatte dieser Clan über eine Tarnfirma kurz nach der Katastrophe für 300 000 Dollar aufgekauft – dann für 3 Mio Dollar an seinen eigenen Staat verkauft.“⁶

Über die Landesgrenzen hinaus verfügt die Familie Somoza über Latifundien in Kostarika, Guatemala und El Salvador, auf denen die USA Basen eingerichtet haben⁷. Die enge Verbindung zu den USA wird auch noch an anderer Stelle deutlich. Die Nationalgarde Nikaraguas, wichtigste Stütze des Regimes, ist ein Relikt der US-amerikanischen Besatzungszeit zu Beginn dieses Jahrhunderts und bis auf den heutigen Tag deren „Ziehkind“. Allein in den vergangenen 15 Jahren haben die USA zusätzlich zu den jährlichen 3 Mio Dollar für die Waffen-Finanzierung, rund 20 Mio Dollar für die militärische Aufrüstung Nikaraguas ausgegeben. „Insgesamt waren“ – so die Süddeutsche Zeitung – „den Somozas zwischen 1972 und 1976 rund 246 Mio Dollar aus amerikanischen Steuergeldern zugeschanzt worden.“⁸

Nationalgarde: „Fangen, foltern, töten“

Erhaltung und Ausbau der Nationalgarde erfüllen eine doppelte Funktion. Zum einen dient sie Somoza zur Unterdrückung jeglicher innenpolitischer Opposition. So werden laut Amnesty International politische Gefangene von Mitgliedern der Nationalgarde gefoltert und gemordet⁹. 20 000 Menschen fielen seit 1936 der Diktatur zum Opfer, vor allem Bauern und patriotische Kräfte, die in der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung kämpften¹⁰. Unter dem Befehl „Fangen, verhören, foltern und töten“ richten die Nationalgardisten besonders im Norden des Landes, in dem die Befreiungsfront sehr stark vertreten ist, grausame Massaker an. Ganze Ortschaften fallen ihnen zum Opfer¹¹.

Die andere Aufgabe der Nationalgarde liegt in der Absiche-



Diktator Somoza (r.) und Offiziere der Nationalgarde; Massenunruhen nach dem Mord an Chamorro

rung geopolitischer und ökonomischer Interessen speziell der USA, deren große Konzerne sich seit Jahrzehnten in diesem wirtschaftlich profitablen Land angesiedelt haben: ESSO, TEXACO, Standard Fruit, Consolidate Foods Corp., Occidental Petroleum usw. sind dem Ruf der Somozas gefolgt, in dem politisch stabil erscheinenden Land zu investieren, vor allen auch angesichts der zahlreichen Arbeitskräfte, die dem US-Kapital um 70 % billiger kommen als in den USA¹² und der großen Bereitwilligkeit wegen, mit der die Regierung den wirtschaftlichen Interessen der Investoren entgegenkommt.¹³

174 Tochterunternehmen oder Niederlassungen ausländischer Kapitalgruppen, darunter auch Siemens, Hoechst, Bayer kontrollieren heute neben dem Somoza-Clan die wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes und auch die Bundesregierung trägt mit einem „Scherflein“ von 28 Mio DM in Form von Geschenken und Stiftungen, sowie weiteren 55 Mio DM Krediten das Ihrige zur Unterstützung dieser korrupten Regierung bei¹⁴, gegen die sich im Land eine Front gebildet hat, zu der inzwischen selbst Vertreter des Staatsapparats und des Militärs zählen.¹⁵

Imposante Breite der antidiktatorischen Front

Eine gewichtige Rolle im antidiktatorischen Kampf spielt die Demokratische Union der Befreiung (UDEL), zu der sich 1974 sieben Parteien, darunter die Unabhängige Liberale Partei (PLI), die Sozialchristliche Partei (PSL), die Sozialistische Partei (PSN) und die Konservative Partei Chamorros, sowie die zwei großen Gewerkschaftsverbände CTN und GGT(I) zusammengeschlossen haben und die auch auf die Unterstützung durch die Kirche, darunter des Erzbischofs Miguel Ovando Bravo zurückgreifen kann. Die Ziele der UDEL münden in die von allen Mitgliedern getragene Forderung nach Nationalisierung des gesamten Besitzes der Somozas und der Herstellung demokratischer Verhältnisse (siehe Kasten).

Gemeinsam mit der UDEL kämpft die bereits zu Beginn der 60er Jahre gegründete Sandinistische Front zur Nationalen Befreiung (FSLN, siehe nachstehendes Dokument der Sandinistas), deren Partisanenkampf vor allem von den Bauern, aber auch von Arbeitern und Vertretern der Mittelschichten, unterstützt wird und die von Somoza in immer stärkerem Maße als eine Bedrohung seiner Machtposition angesehen wird. Beschränkten sich die Aktivitäten der FSLN gegen die Diktatur in den vergangenen Jahren vornehmlich auf den Norden des Landes, so berichtete Prensa Latina am 19. 10. 1977, daß zum ersten Mal seit 16 Jahren auch die Garnison der Nationalgarde in Managua von der FSLN erfolgreich angegriffen worden sei.

In einer Erklärung betonte der Generalstab der Befreiungsfront, daß der Kampf nicht eher beendet sein werde, bis

Programmpunkte der UDEL:

- Sturz der Diktatur;
- Befreiung unseres Volkes aus der ökonomischen, politischen und militärischen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten;
- Verwirklichung einer radikalen Agrarreform zur Beseitigung der Überreste des Feudalismus;
- Durchführung einer grundlegenden Bildungsreform, um die Bildung auf ein modernes Niveau zu heben, mit dem Analphabetentum Schluß zu machen und zu erreichen, daß Kultur und Bildung dem Wohl des Volkes dienen;
- Einbeziehung der Frauen in das gesellschaftliche Leben und Gewährung der gleichen Rechte wie dem Mann;
- Herstellung von Beziehungen zu allen Ländern, unabhängig von ihrer sozialen Ordnung.

(nach R. Garcia, Das Volk gegen die Diktatur, in: Probleme des Friedens und Sozialismus, Prag, Nr. 12/1977, S. 1668)

Nikaragua - Daten

Territorium und Bevölkerung: Auf einer Fläche von ca. 148 000 qkm leben etwa 2,08 Mio Einwohner. Etwa die Hälfte der Bevölkerung lebt in dem Dreieck zwischen Nikaragua-See, Managua-See und der Pazifikküste, das etwa 7 % der Gesamtfläche des Landes ausmacht. Die Bevölkerung setzt sich zu 70 % aus Mestizen, zu 15 % aus Kreolen, zu 9 % aus Negern und zu 6 % aus Indios zusammen.

Nikaragua nimmt eine wichtige strategische Position ein, vor allem durch den See von Nikaragua, der als Zwischenglied für einen „zweiten“ Panamakanal gilt. Dieses Projekt wurde als Druckmittel bei der Revision des Panamakanalvertrages erneut eingesetzt.

Amtssprache: Spanisch.

Wirtschaft: Schwachentwickeltes Agrarland mit halbfeudalen Strukturen neben kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Die **Industrie** ist zwar noch immer – trotz reicher Bodenschätze – relativ schwach entwickelt, aber in den letzten 1 1/2 Jahrzehnten stark gestiegen; von einem Anteil am Bruttosozialprodukt 1964 von ca. 12 % auf 24 %. Bedeutung hat der Abbau von Gold, Silber, Kupfer. Die Hälfte der Industrieproduktion entfällt auf die Verarbeitung einheimischer Agrarprodukte. In der **Landwirtschaft** sind die Großgrundbesitzer vorherrschend, 90 % der Bauern hingegen landlos. 27 % der Landesfläche sind kultivierbar; nur 3 % werden landwirtschaftlich genutzt, vor allem für Kaffee und Baumwollplantagen. Anbau von Getreide, Bananen, Kakao, Bohnen, Tabak, Zuckerrohr und Kokosnüsse für den Export; von Mais, Bohnen, Reis, Gemüse und Maniok für den Inlandsbedarf. Viehwirtschaft für den Gefrierfleischexport in die USA.

Soziale Lage: Über 50 % der Einwohner Nikaraguas sind Analphabeten; 1/4 der Erwerbstätigen hat keine Arbeit und erhält auch keinerlei Unterstützung. Im Lande gibt es kaum 1000 Ärzte; die Kindersterblichkeit liegt bei 13 %.

Geschichte:

1522–24	Eroberung durch die Kolonialmacht Spanien
1823–39	Mitglied der Vereinten Staaten von Zentralamerika
1939	Selbständige Republik
1909–33	Direkte Intervention und Besetzung durch die USA
1926–33	Volksaufstand und Befreiungskrieg unter Führung des Generals C. A. Sandino (1934 von Somozas Nationalgarde ermordet)
1937	Regierungsantritt Anastasio Somozas sen.
1948/49 und 1955	Bewaffnete Konflikte mit Kostarika
1957	Bewaffneter Konflikt mit Honduras.
1967	A. Somoza Debayle wird durch Wahlbetrug Präsident
1968/69	Partisanenbewegung der Sandinistas (Berufung auf General Sandino) entwickelt sich gegen die Somoza-Diktatur
1974	Konstituierung der Demokratischen Union der Befreiung (UDEL)
1978	Volksaufstand gegen Somoza

Anastasio Somoza das Land verlassen habe und eine neue Regierung in Nikaragua gebildet worden sei.

Einzige Antwort Somozas ist die rücksichtslose Bekämpfung der antidiktatorischen Kräfte und eine Verschärfung des Terrors. Am 25. 1. 1978 berichtete ADN, daß Einheiten der nikaraguanischen Luftwaffe FSLN-Angehörige im Norden des Landes mit Napalm (!) bombardiert haben.

Doch die Tage des Diktators sind gezählt, denn auch im Innern seiner eigenen Partei, der Nationalistischen Liberalen Partei, wartet man auf seinen Rücktritt. Die Kämpfe um seine Nachfolge haben bereits begonnen: Auf der einen Seite steht der von Somoza designierte Nachfolger, sein Schwager Guillermo Sevilla Sacasa, Botschafter Nikaraguas in Washington, auf der anderen der Stiefbruder des Diktators, José Somoza, Chef der Nationalgarde. Und auch der von Somoza gefeuerte ehemalige politische Sekretär der Regierungspartei, Cornelio Hueck, rechnet sich Chancen bei einem Machtwechsel aus, da ihm als Parlamentspräsidenten laut Verfassung bei einem vorzeitigen Rücktritt dieser Posten zustünde.

Angesichts der wachsenden Proteste und der erstarkten Volksbewegung in Nicaragua läßt auch die Carter-Administration in immer größerem Maße deutlich werden, daß sie beabsichtigt, die Regierung Somoza zugunsten einer „Liberalisierung“ fallen zu lassen. So kritisierte Präsident Carter erst kürzlich wieder die Verletzung der Menschenrechte in Nicaragua und US-Senator Edward Kennedy forderte die sofortige Einstellung der US-Militärhilfe, die für das Finanzjahr 1978 Waffenlieferungen in Höhe von 2,5 Mio Dollar vorsieht.¹⁶

Dabei hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder gezeigt, daß die US-Regierungen nur so lange die antidiktatorischen Volksbewegungen unterstützt haben, wie es ihnen im Hinblick auf ihre eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen sinnvoll erschien, um dann letztlich die Kräfte zu unterstützen, die dem US-Kapital alle Vorteile sicherten.¹⁷ Dies wird auch in Nicaragua nicht anders verlaufen und die geäußerte Unzufriedenheit breiter Teile der nikaraguanischen Bourgeoisie, die bis jetzt das Regime mitgetragen hatten, ist zugleich auch Ausdruck der Hoffnung, in naher Zukunft mit Unterstützung der USA die politische Position der Somozas übernehmen zu können. Hierin dürfte ein Konflikt liegen, der nach einem Rücktritt des Diktators offen zum Ausbruch kommen wird und der nur durch die Einheit aller demokrati-

schen Kräfte zu einem erfolgreichen Ende geführt werden kann. Ein erster Schritt wurde durch die engere Zusammenarbeit von UDEL und FSLN in den vergangenen Wochen bereits getan.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Le Monde, Paris, 15./16. 1. 1978
- 2) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 28. 1. 1978
- 3) Vgl. auch Berliner Extra Dienst, 3. 12. 1976
- 4) Vgl. Süddeutsche Zeitung (SZ), 25. 1. 1978
- 5) Vgl. SZ, 15. 2. 1978
- 6) Die Tat, 6. 1. 1978
- 7) Berliner Extra Dienst, 3. 12. 1976
- 8) SZ, 31. 1. 1978
- 9) Presseinformation von Amnesty International, 12. 8. 1977
- 10) FAZ, 3. 3. 1976
- 11) Vgl. Neues Deutschland (ND), Berlin, 13. 7. 1977/24. 1. 1978
- 12) Vgl. Horizont, Berlin, 34/1976
- 13) Vgl. D. Nohlen/F. Nuscheler (Hrsg.), Lateinamerika, Hamburg 1976, S. 341
- 14) Die Tat, 6. 1. 1978
- 15) Vgl. FAZ, 28. 1. 1978
- 16) ND, 15. 2. 1978
- 17) Siehe Beiträge von B. Greiner und R. Arismendi in: AIB 11/1977 und 2/1978

Sandinistische Nationale Befreiungsfront

Strategie der Volksrevolution



Kapitel II: Über die Hauptursachen der sandinistischen Volksrevolution

1. Unsere Sache ist die nationale Befreiung, die Demokratie und der Sozialismus

Die dialektische Entwicklung der menschlichen Gesellschaft führt zum Übergang von Kapitalismus zum Kommunismus. Der Kapitalismus, der die Produktivkräfte durch die Gewinnproduktion und die Aneignung des Mehrwerts in ungeheurerlicher Weise entfaltet, stellt heute das größte Hindernis für den sozialen Fortschritt dar. Die Herrschaft des Kapitals über die Arbeit mit Hilfe des bürgerlichen Staates hält die überwiegende Mehrheit des Volkes wie Arbeiter, Halbproletarier, Bauern und andere Teile des Volkes in unbarmherzigster Unterdrückung und Ausbeutung. Die Arbeitskraft des Volkes und im besonderen die der Arbeiter- und Bauernklasse bildet die Quelle, deren harte Arbeit die Reichtümer und Einkünfte der herrschenden Klassen schafft.

Zu Anfang des 20. Jahrhunderts trat der Kapitalismus mit der Zerstörung des freien Wettbewerbs durch den Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals in seine letzte Phase sein. Dadurch verwandelte er sich zum Monopolkapitalismus, zum Imperialismus, der heute in seiner Gesamtheit die objektiven Bedingungen für die soziale Revolution des Proletariats bietet.

Mit der Gründung des ersten sozialistischen Staates im bolschewistischen Rußland im Jahre 1917 wurde der Weltkapitalismus zutiefst erschüttert. In diesem Moment begann seine Angst und sein Tod. Heute kämpft der größte Teil der Menschheit für Demokratie und Sozialismus. Die Sache des Proletariats siegte in verschiedenen Teilen Europas, Asiens, Afrikas und in Amerika durch das revolutionäre Kuba.

In dem ersten großen Abschnitt der sandinistischen Revolution von 1926–34 gelang es uns – außer der Bildung der politisch-militärischen Grundlage unserer Revolutionsbewegung – den Widerspruch zwischen Nation und US-Militärintervention zugunsten unseres Kampfes zu entscheiden. Ein derartiger historischer Erfolg trug enorm dazu bei, die Positionen der revolutionären Bewegung Nicaraguas für den

Kampf gegen die imperialistische Herrschaft in unserem Land zu stärken. Die Vertreibung der US-Invasionstruppen bedeutete für den Imperialismus einen Schritt zurück von der vollständigen Herrschaft, die er seit Anfang dieses Jahrhunderts über unser Vaterland ausübte. Der Imperialismus sah sich gezwungen, seine Herrschaftstaktik in unserem Land abzuändern. Dies tat er, indem er seine militärische Niederlage mit dem Erfolg ausglich, den er auf politischem, ökonomischem, diplomatischem und indirekt militärischem Gebiet hatte. Von 1934 bis heute übt er seine Herrschaft durch die einheimischen reaktionären Klassen aus.

Über 40 Jahre Somoza-Diktatur haben es auf der einen Seite zugelassen, daß unser Vaterland vom US-Imperialismus unterjocht wurde und andererseits dazu geführt, daß die Ausbeutung und Unterdrückung unserer Massen durch das rückständige, abhängige kapitalistische System Nicaraguas auf landwirtschaftlichen Export ausgerichtet wurde.

Die Ketten zu sprengen, die unser Vaterland dem fremden imperialistischen Joch unterwerfen, bestimmt unseren Prozeß der nationalen Befreiung. Das Joch der Ausbeutung und Unterdrückung zu sprengen, das die Herrschaft der reaktionären Klassen Nicaraguas unseren Massen aufzwingt, bestimmt unseren Prozeß der sozialen Befreiung. Beide historischen Vorhaben sind unauflöslich miteinander verbunden, wenn sie vorangetrieben werden durch den Marxismus-Leninismus, und wenn eine zuverlässige Avantgarde existiert, die den Prozeß leitet.

Der gegenwärtige Kampf gegen die Tyrannei muß uns zu einem Kampf für eine echte Volksdemokratie (keine bürgerliche Demokratie) führen, die einen wesentlichen Bestandteil des Kampfes um den Sozialismus darstellt. Unser Prozeß darf niemals auf halbem Wege stehenbleiben, obwohl die bürgerlichen versöhnlerischen Kräfte genau dies erreichen wollen. Die volksdemokratische Phase muß für die sandinistische Sache ein Mittel sein, mit dessen Hilfe die revolutionären und massenorganisatorischen Positionen gefestigt werden, um dem Sozialismus sicher entgegenzugehen. Wenn die Tyrannei beendet sein wird, darf die notwendige Phase der revolutionären Volksdemokratie uns nicht dazu führen, eine kapitalistische, reformi-

stische, nationalistische oder irgendeine andere derartige Entwicklung einzuschlagen. (. . .)

Unsere Sache lebt und entwickelt sich in unserem Arbeiter- und Patriotenvolk. Es ist die geheiligte historische Sache von Marx, Engels, Lenin und Sandino.

Kapitel III: Einige fundamentale Vorstellungen über die sandinistische Volksrevolution

I. Die revolutionäre demokratische Volksregierung

Die Organisation der Avantgarde, die Sandinistische Front, wird von der Ideologie des Proletariats und dem sandinistischen Denken geleitet. Sie stützt sich fest auf unsere Arbeiter- und Bauernklasse, mit dem Ziel, die revolutionäre Zerstörung der Clique um Somoza und die Vertiefung des historischen Kampfprozesses in seiner Gesamtheit zu sichern.

Der fremde imperialistische Feind und die einheimischen reaktionären Klassen, die von der Finanzbourgeoisie und der Diktatur Somozas beherrscht werden, kämpfen mit allen Mitteln dafür, daß der revolutionäre Weg der nationalen und sozialen Befreiung, der unsere Sache ist, zerstört wird. Die Bourgeoisie im allgemeinen und darin eingeschlossen die Fraktion, die heute zusammen mit den großen liberal-konservativen Landbesitzern in Opposition zum Regime Somozas stehen, bilden ebenfalls einen Teil der Kräfte, die unsere Sache des Sozialismus im höchstmöglichen Maße zu verhindern suchen.

Die Triebkräfte der sandinistischen Revolution, gebildet aus dem Bündnis Arbeiter-Bauern und einem Teil des Kleinbürgertums (im besonderen den Studenten und Intellektuellen) müssen in dieser Phase des Sturzes der Diktatur Somozas in erster Linie für die Errichtung einer revolutionären demokratischen Volksregierung kämpfen, die die nationale Unabhängigkeit und eine umfassende Demokratie garantiert und die die antiimperialistische, antioligarchische und demokratische Revolution bis zum Ende durchführt.

Eine Garantie dafür, daß der demokratische Prozeß früher oder später zum Sozialismus übergeht, ist die politische, moralische und militärische Position der Stärke, die die sandinistische Volksrevolution zusammen mit der grundlegenden Teilnahme der Arbeiterklasse und den übrigen fortschrittlichen nichtproletarischen Teilen der Bevölkerung beim Sturz der Tyrannei und der Durchführung des demokratischen revolutionären Prozesses erhalten wird. Diese revolutionäre Position wird die wirkliche Eroberung der Macht durch die sandinistischen Kräfte erlauben.

Das rückständige, abhängige kapitalistische System unseres Landes bestimmt objektiv die Notwendigkeit, die demokratisch-revolutionäre Phase zu vollziehen, damit die Grundlagen der Struktur und des Überbaus gesichert sind, die dann erlauben, daß der revolutionäre Prozeß zum Sozialismus fortschreitet. Der nikaraguanische Kapitalismus ähnelt weder einem europäischen Kapitalismus noch irgend einem anderen hochentwickelten und industrialisierten Kapitalismus, der es erlauben würde, den Aufbau des Sozialismus sofort zu beginnen. Auf der anderen Seite lassen es strategische und taktische Faktoren zur Zeit nicht zu, einen freien Sozialismus auf nationaler oder auch internationaler Ebene aufzubauen.

Daß wir in dieser Phase nicht unmittelbar den Sozialismus errichten, bedeutet nicht, daß wir eine bürgerlich-demokratische Revolution durchführen. Beim Lösen der Widersprüche, die sich aus dem rückständigen Kapitalismus unseres Landes ergeben, zeigt sich sehr deutlich, daß unser Prozeß nicht die antifeudalen Widersprüche löst, die eine demokratisch-bürgerliche Revolution bestimmen würden. Andererseits ist es nicht die Bourgeoisie unseres Landes, die die Avantgarde bildet oder bilden wird bei dem Kampf gegen die Tyrannei und bei dem demokratisch-revolutionären Prozeß. Unsere Bourgeoisie liquidierte sich und merzte sich selbst als fortschrittliche politische Kraft dadurch aus, daß sie sich vollkommen den Interessen des Yankee-Imperialismus unterordnet und dadurch, daß sie am 4. Mai 1927 mit den reaktionärsten nikaraguanischen Kräften paktierte.

Die sandinistische Volksrevolution trägt aktuell die Charakterzüge eines revolutionären demokratischen Prozesses, die durch eine Volksregierung geleitet werden soll. Es handelt sich um eine Volksregierung, weil sie alle Teile des Volkes und der Nation – nicht ausschließlich das Proletariat – vertreten wird, die gegen die Tyrannei und die imperialistische Herrschaft der Nordamerikaner kämpfen. Es wird sich um eine revolutionär-demokratische Regierung (nicht um eine bürgerlich-demokratische) handeln, weil bei dem demokratischen Prozeß auch bürgerliche Kräfte vertreten sind. Die demokratischen Errungenschaften, die von der Menschheit seit 1789 bis heute errungen wurden und die unserem Volk nicht bekannt waren, weil es

sich immer unter reaktionärer Herrschaft befand, werden dann durchgesetzt werden. Sie werden nicht angewendet, um das heutige System der kapitalistischen Ausbeutung weiterzuentwickeln oder zu reformieren, sondern um die Basis zu sichern, die auf revolutionäre Weise unser Volk vom fremden Joch und von der reaktionären bürgerlichen und oligarchischen Herrschaft befreit. Das ist revolutionär-demokratisch, weil es uns zum Sozialismus, bis hin zur endgültigen und vollständigen Befreiung von dem Joch der Ausbeutung und Unterdrückung führen wird.

Das unmittelbare Ziel der sandinistischen Volksrevolution ist der Sturz der Tyrannei Somozas, um eine revolutionäre demokratische Volksregierung einzusetzen. Eine solche revolutionäre Regierung muß die großen Monopole und Reichtümer von Somoza und seiner Clique und ebenso das monopolistische Finanzkapital und die traditionelle Latifundienproduktion der großen Landbesitzer grundsätzlich sofort angreifen. Diese Regierung wird für die nationale Souveränität kämpfen, indem sie sich der ökonomischen und politischen Herrschaft des Imperialismus kämpferisch entgegenstellt. Sie wird die nationale Industrie entwickeln und parallel dazu die Landwirtschaft mit Hilfe der Bauern in ihrem Interesse radikal verändern. Es wird eine weitreichende soziale und kulturelle Revolution sowohl auf dem Land als auch in der Stadt stattfinden, die hauptsächlich die große Mehrheit der Obdachlosen begünstigen wird. Die revolutionäre Regierung wird eine internationale Politik betreiben, die die fortschrittliche und revolutionäre Sache der Menschheit unterstützt. Sie wird die Organisation und Mobilisierung der Massen, vor allem der Arbeiter- und Bauernklasse sichern, um den demokratischen Prozeß wirklich zu festigen. Sie wird eine sandinistische Arbeiter- und Bauernarmee einsetzen, welche die Nationalgarde ersetzen wird und die Interessen der Revolution verteidigt. Intervention und Kontrolle der Banken, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Stadt und Land, die hohen Lebenshaltungskosten zu stoppen, bessere Gehälter und Löhne für die Arbeiter, Nationalisierung der ausländischen Monopolunternehmen, das Land demjenigen, der es bearbeitet, dies alles sind unter anderem weitere Ziele der demokratisch-revolutionären Phase. (...)

Der revolutionäre Bürgerkrieg bedeutet nicht, daß wir den Krieg gegen den Imperialismus vergessen sollen. Im Gegenteil, der Kampf gegen den Imperialismus fordert in diesem bedeutenden Abschnitt des revolutionären Aufstiegs, daß der Widerspruch Volk-Somoza-Clique gelöst wird, um so dem US-Imperialismus sein derzeitiges Herrschaftsinstrument, nämlich Somoza und die Nationalgarde, zu entreißen.

Sandino befaßte sich besonders damit, den Widerspruch zwischen Volk und bewaffneter US-Intervention für unseren Kampfprozeß günstig zu lösen. Die jetzige von der FSNL angeführte revolutionäre Bewegung befaßt sich damit, den Widerspruch Volk-Diktatur zu lösen und gleichzeitig eine erneute fremde Intervention zu vermeiden, die unseren Befreiungsprozeß noch blutiger und schwerer werden ließe. Eine erneute bewaffnete US-Intervention würde unseren Prozeß sicherlich für eine unbestimmte Zeit verlängern. In diesem Fall wird die gesamte derzeitige Linie und Strategie, die durch die objektiven und subjektiven äußeren und inneren Bedingungen bestimmt ist, geändert werden. Um dann einen unerbittlichen Sieg über den Eindringling herbeizuführen, würden die Kampfbedingungen sicherlich so andersartig sein, daß wir die demokratischen Probleme der Revolution von einer ganz offen sozialistischen Position aus lösen müßten; und d. h. mit direkter Hilfe des sozialistischen Lagers und aller fortschrittlichen und revolutionären Kräfte der Welt. (...)

Fassen wir zusammen:

a) Verallgemeinert heißt unsere Strategie sandistische Volksrevolution oder lang andauernder Volkskrieg, der uns zur nationalen und sozialen Befreiung führt: zum Sozialismus.

b) Der revolutionäre Bürgerkrieg leitet die Strategie des Kampfes aus dem Widerspruch zwischen Volk- und Somoza-Diktatur ab. Diese Strategie wird in nicht allzu ferner Zeit einen Volksaufstand ermöglichen, der von seiner zentralen Achse gestützt wird: dem Gebirge und den übrigen Kampffronten im Land, in der Stadt und im Ausland. Der revolutionäre Bürgerkrieg erlaubt es, im Kampf gegen die imperialistische Herrschaft voranzuschreiten, da durch den Sturz Somozas das Hauptinstrument der jetzigen Yankee-Herrschaft in unserem Land fallen wird.

c) Die Strategie des lang andauernden Widerstands zur Ergreifung der Macht wird praktisch davon abhängen, ob eine bewaffnete fremde Intervention den Kampfprozeß hinauszögert. Diese Strategie wurde schon einmal praktiziert, nämlich als die sandinistische Bewegung in den 30er Jahren der nordamerikanischen Intervention gegenüberstand.

d) Sowohl für die Beschaffenheit des Aufstands als auch für die Beschaffenheit des lang andauernden Widerstands spielt das Gebirge eine wichtige Rolle, die in militärpolitischer und moralischer Hinsicht entscheidend ist. Ohne das Gebirge könnte unsere Bewegung die Massen nicht an die verschiedenen politischen, organisatorischen, militärischen Ziele der Revolution heranführen.

3. Über die Strategie und Taktik zum Sturz der Somoza-Clique und die revolutionäre demokratische Volksregierung

Für die sandinistische Bewegung ist klar, daß das zu überwindende Haupthindernis für den revolutionären Vormarsch, die Somoza-Clique, verschiedene Orientierungen aufgeworfen hat, wie die Ziele erfolgreich zu lösen sind, die in der Periode des Sturzes der Diktatur vor uns stehen. An Gesichtspunkten von strategisch und taktischer Wichtigkeit für die Erfüllung der aktuellen revolutionären Ziele gibt es u. a. folgende:

a) Unser Forderungsprogramm für das Volk (Minimalprogramm) muß entwickelt und an die akuten Anforderungen des antisozialistischen und patriotischen Kampfes richtig angepaßt werden. Ein solches Programm muß die Grundlagen für eine revolutionäre demokratische Volksregierung widerspiegeln. Es muß das Zentrum sein, von dem die Agitation, Mobilisierung und Organisation des Kampfes gegen die Tyrannei Somozas ausgehen. Es muß die Grundlage für die Parolen sein, die in dieser Phase ausgegeben werden. Es muß sich mit den Interessen der breiten Masse des nikaraguanischen Volkes identifizieren, ausgehend von den ausgebeuteten und unterdrückten Teilen bis hin zu jenen Teilen des Volkes, die die Ausbeutung und Unterdrückung nicht unmittelbar erleiden, aber dennoch durch die Tyrannei berührt werden. Gleichzeitig muß dieses Programm von Volksforderungen erlauben, daß der größte Teil der fortschrittlichen Kräfte der Welt – nicht nur sozialistische – unseren sandinistischen, patriotischen antisozialistischen Kampf unterstützen.

b) Unsere revolutionäre Arbeit unter den Massen muß intensiviert werden, vor allem unter den Arbeitern, Bauern und Kleinbürgern, die für unseren Aufstand gegen die Tyrannei kämpferisch und strategisch am wichtigsten sind.

c) Wir müssen unsere Gruppen, die unter den Massen arbeiten dadurch stärken, daß wir doppelt so viele geheime Arbeitsmethoden entwickeln, die ein systematisches und richtiges Ineinandergreifen von Avantgarde und Massen gewährleisten. Durch diese an der Massenbasis tätigen Gruppen muß die Avantgarde die täglichen Kämpfe anregen, die mit den Problemen der Arbeiter, Bauern, Stadtviertel, Kommunen, Studenten, Beamten usw. aufgeworfen werden. So wird eine ständige Volksagitation erreicht, die, durch die Kämpfe für die jeweiligen Forderungen, die Massen daran gewöhnt, sich in heftigen Kämpfen gegen die Tyrannei zu engagieren.

d) Die FSLN muß mit allen Mitteln die Organisation der Massen an den Kampffronten gegen die Diktatur fördern. Gleichzeitig muß die FSLN mit dieser Förderung und direkten Hilfe in diesen Organisationen zur Durchsetzung der Forderungen des Volksprogramms ihre Mission als Avantgarde erfüllen und ihnen militärisch und mit

ihren Propaganda- und Agitationsorganisationen helfen. Dabei muß der Schwerpunkt der Organisation bei den Arbeitern und Bauern liegen, weil diese im Bündnis die revolutionärste Klasse darstellen.

e) Die Schaffung einer breiten Antisozialistischen Front, die alle Sektoren, Parteien und antisozialistischen Massenorganisationen des Landes, einschließlich der oppositionellen Bourgeoisie, vereinigt, muß in der Praxis gefördert werden. An einer derartigen Front gegen Somoza wird die FSLN mit ihren Massenorganisationen teilnehmen, die ihre Parteirichtlinien vertreten. Politisch und militärisch würde die FSLN sowohl die Massenaktionen, die von ihren Repräsentanten hervorgebracht wurden, unterstützen als auch diejenigen, die durch diese Breite Antisozialistische Front initiiert werden. Die politische Führung in dieser Front wird die FSLN ausüben. Und dies in dem Maße, wie in den Forderungen, die die Antisozialistische Front formuliert und in der von ihr entfaltenen Agitation das Volksforderungsprogramm und die militärischen Aufstandsparolen verankert sein werden, die die FSLN – gestützt auf ihr Minimalprogramm – konstant durch ihre in dieser Front vertretenen Massenorganisationen, propagiert. Auf diese Weise ist abgesichert, daß die oppositionelle Bourgeoisie nicht zur politischen Hauptkraft der Antisozialistischen Front wird. Es handelt sich also keineswegs darum, daß unsere Massenorganisationen in politische Gebilde wie z. B. die UDEL (Demokratische Union der Befreiung, d. Red.) eintreten, sondern unsere Massengruppen bilden gemeinsam mit der UDEL und anderen Kräften die Breite Antisozialistische Front. Dabei sind wir immer darauf bedacht, daß unsere Kräfte in einem derartigen vorübergehenden und taktischen Bündnis die politische Führung erlangen.

f) In Anbetracht des politischen Ziels dieser Phase, nämlich der Entfaltung eines Aufstands über den bewaffneten Kampf, muß unsere Arbeit innerhalb der politischen und fordernden Massen daraufhin orientiert werden, daß das gesamte Volk organisiert und mobilisiert wird, um den bewaffneten Kampf zu entwickeln, den unser politisches Ziel derzeit dringend erfordert. Die derzeitige Massenarbeit berücksichtigt, daß es uns die durch die Repression Somozas auferlegten Grenzen nicht erlauben, den politischen Kampf an die erste Stelle zu setzen. Dennoch hat die politische Massenarbeit zur Zeit Sinn, weil durch sie der revolutionäre bewaffnete Kampf gestärkt wird und weil das Volk darauf vorbereitet wird, im geeigneten Moment all seine politische und militärische Gewalt zu entfalten. Genau diese Zerstörung des Hindernisses Somozas wird es sein, die uns die Organisation und Mobilisierung der Massen in all ihrer revolutionären Größe realisieren läßt. Auf diese Art werden wir die militärische Forderung unserer allgemeinen politischen Linie erfüllen.

g) Unsere Arbeit unter den Massen, den Organisationen, die mit den Massen arbeiten und die übrigen Formen des Einflusses im Volk werden durch die starke Anwesenheit des sandinistischen Heeres im Gebirge, auf dem Land und in der Stadt vervollständigt und abgesichert. Dieses Heer steht unter der sicheren und festen Führung der Avantgarde, der FSLN.

(Quelle: Direccion nacional del Frente Sandinista de Liberacion Nacional-FSLN, „Tercerista“ - Documento Politico Estratégico, Nikaragua, 4. 5. 1977, S. 26-59)

Ein Geschenk-Buch für Freunde, Weltreisende, abendländische Skeptiker und erst recht für einen selbst. (Konkret 1/78)

Das Buch ist objektiv: die Autoren ... haben ohne rosarote Brille beobachtet und auch Mängel aufgezeichnet, die ... noch zu registrieren sind. Gleichzeitig wird die offensichtliche Verbesserung der Lebensbedingungen eingehend berücksichtigt ... Der Bildteil, der vor allem den kubanischen Alltag zeigt ist ausgezeichnet. (Südwestpresse 21. 12. 77)

Man erfährt eine Menge über Kubas Geschichte und Gegenwart ... (Elan 12/77)

CUBA LIBRE

Fotos von Klaus Rose, Texte von Guha, Niess und Roos.
160 Seiten, Großformat, viele Farb- und SW- Fotos.
Leinenausgabe DM 48,-, Normalausgabe DM 36,-.

Kübler Verlag, Postfach 242, 6840 Lampertheim



Mehdi Yakdhan

Das Aufbäumen der Gewerkschaftsbewegung



Tunis 26. Januar 1978: Generalstreik der tunesischen Arbeiter; Präsident Bourgiba (r.)

Zum Jahresanfang erschütterten landesweite Streikämpfe wie nie zuvor das morsche Gebälk des tunesischen Bourgiba-Regimes. Die die Massenkämpfe anführende Tunesische Generalunion der Arbeit (UGTT) kann auf eine über 50jährige Tradition zurückblicken. Sie entstand 1946 als Nachfolgerin der Generalvereinigung der tunesischen Arbeiter (CGTT).

Der Führer des radikalen UGTT-Flügels, Ben Youssef, wurde 1961 ermordet, der linke Gewerkschaftsvorsitzende Ben Salah endgültig 1969 ausgeschaltet. Parallel zum Kampf um vollständige Unabhängigkeit entwickelte die UGTT 1955 ein umfassendes sozialistisch orientiertes Programm und forderte auf dem Gewerkschaftskongreß 1956 die Realisierung wirtschafts- und sozialpolitischer Reformen, was den Vorstellungen Bourgibas nach einem Wirtschaftsliberalismus zuwiderlief. Dieser Konzeption entsprach ein weitestgehende Öffnung für das imperialistische Auslandskapital (siehe Kasten). Angesichts der seit Jahren schwelenden tiefen ökonomischen und sozialen Krise des Landes hat die UGTT heute zu kämpferischen Positionen zurückgefunden.

Wie immer die endgültige Bilanz aussehen mag, die dritte Januarwoche des Jahres 1978 wird eine der entscheidendsten, aber auch der tragischsten Augenblicke in der Geschichte der tunesischen Arbeiterbewegung bleiben.

Angesichts der Breite der Bewegung und der Brutalität, mit der die Regierung antwortete, könnte man an jene sporadischen Wut- und Fiebersausbrüche denken, die von Zeit zu Zeit die Staaten der Dritten Welt schütteln. Das wäre jedoch ein gefährlicher Irrtum (. . .).

Am 19. Januar 1977, also genau vor einem Jahr, schlossen UGTT (Allgemeiner Tunesischer Arbeiterverband, gegr. 1946, d. Red.) und Regierung einen Pakt (bis April 1978 weiterhin keine Erhöhung der Löhne, danach lediglich Anpassung an die Inflationsrate, d. Red.), der von den aktivsten Teilen der Gewerkschaftsbasis jedoch von Anfang an zurückgewiesen wurde. Und tatsächlich waren die folgenden Monate von einer wiederaufflammenden Mobilisierung der Arbeiter gegen Staat und Regierung gekennzeichnet, die sich in mehrfacher Hinsicht nicht einmal mehr an die Verpflichtungen, die sie im Januar eingegangen waren, hielten.

Angesichts des Ernstes der Situation und im Gefolge eines Manövers gegen die Außenpolitik der UGTT begibt sich Habib Achour, seit Juli 1972 Vizepräsident des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), nach Brüssel und empfängt im Anschluß daran Otto Kersten, Generalsekretär des IBFG in Tunis, der versucht, eine Vermittlung zu erreichen.

Hedi Nouira – dem man wohl während eines kurzen Aufenthaltes in Paris großzügige Versprechungen gemacht hat – wird von der Destour-Führung dazu angehalten, nicht nachzugeben.

Mit Unterstützung der Regierungspresse, die zum Angriff gegen „die von Marxisten und Baathisten beherrschte Gewerkschaft“ trommelte, entwickelte sich ein wahres Bürgerkriegsklima. Am 22. Januar protestiert die Administrativkommission der Gewerkschaftszentrale gegen „die Verleumdungskampagne, die aufgrund von Meinungsäußerungen auf dem letzten nationalen Gewerkschaftskongreß der UGTT eine in allen Punkten erfundene Anklage gegen Gewerkschaftsführer erhebt.“ Diese Stellungnahme folgt auf einen gegen Abderrazak Ghorbal, der einer gerichtlichen Untersuchung unterzogen wurde, erlassenen Haftbefehl.

Anhand von Fakten greift die Verwaltungskommission der Gewerkschaft die Leitung der Partei heftig an und beschließt „angesichts der bestehenden Situation als erste Maßnahme, so bald wie möglich einen allgemeinen Warnstreik im ganzen Land durchzuführen“, wobei sie es dem Exekutivbüro überläßt, „Datum, Dauer und Art des Streiks festzulegen.“

Das Schüren eines Bürgerkriegsklimas

Am Abend des 24. Januar kommt es in der Nähe des Gewerkschaftshauses, in dem Otto Kersten eine Pressekonferenz abhält, zu Ausschreitungen. Offensichtlich ist, daß dafür die Milizen von Sayah verantwortlich zeichnen. Das Exekutivbüro beschließt für Donnerstag, den 26. Januar den Generalstreik; eine Sondernummer von Al-Châab wird am Mittwoch herausgegeben, während die Region von Sfax schon durch die Protestbewegungen gegen die Verhaftung von Abderra-

zak Ghorbal gelähmt ist.

Die Provokationen, die in den Städten am Abend des 25. Januar beginnen, erreichen ihren Höhepunkt am Donnerstagmorgen.

Die Regierung gibt einen Erlass über die Zwangsausführung von Arbeiten im öffentlichen Dienst heraus, aber die UGTT hatte von sich aus beschlossen, die Wasser-, Strom- und Gasversorgung aufrechtzuerhalten. Der Streikaufruf wird weitestgehend befolgt. Trotz der Appelle der Gewerkschaftsorganisation zur Mäßigung und Wachsamkeit kommt es in allen Teilen der Hauptstadt und den großen, im Innern des Landes gelegenen Industriezentren (Sfax, Sousse, Kasserine, Gafsa usw.) zu Demonstrationen. In Tunis schmuggeln sich Agenten der Parteimilizien unter die Demonstranten. Es kommt zu einer wahren Explosion. Die Wut der studentischen Jugend und der „Verbannten“ der Vorstädte (Mélassine, Debel Lahmar, Kabaria usw.) entlädt sich, als Zielscheibe dienen ihnen die Büros der Partei und die vornehmen Viertel.

Die spektakulärsten Verwüstungen aber werden ohne Zweifel durch die vorsätzlichen Aktionen der von der PSD bezahlten Provokateure angerichtet. Die Polizei ist überfordert; das Militär, das seit dem Donnerstagmorgen anwesend ist, greift ein. Die Generalstäbe von Polizei und Militär spielen verrückt. Kinder werden aus nächster Nähe erschossen, zwei Eisenbahner, die in einem Vorort von Tunis eine Schiene abmontieren werden auf der Stelle hingerichtet. Der Wahnsinn des Terrors tobt mehrere Stunden. Völlig illegal ruft die Regierung den Ausnahmezustand aus. Das Radio verkündet, daß „sich jede Person, die dem Befehl stehenzubleiben, nicht nachkommt oder zu fliehen versucht, Gefahr läuft, erschossen zu werden.“

Im übrigen verschärften die Auswirkungen der europäischen

Wirtschaftskrise die Situation in Tunesien aufgrund der außerordentlichen Abhängigkeit der tunesischen Wirtschaft. Die Kluft zwischen einer privilegierten und besitzenden Minderheit und der Masse der Arbeitslosen, der Beamten, Arbeiter, der kleinen Leute aus den Vorstädten, wurde von Tag zu Tag tiefer.

Wie wir noch vor kurzem schrieben, „mag Habib Achour (Generalsekretär der UGTT, d. Red.) auch die Bedeutung des Protestes gegen den Abschluß des ‚Sozialpakts‘ vom 19. Januar 1977 noch so sehr herabsetzen, heute muß er die Existenz einer neuen Generation von jungen Gewerkschaftern anerkennen, die eine gerade und radikale Politik verfolgen, die den Auseinandersetzungen mit den Politikern des Destour (damit sind Mitglieder und Anhänger der einzig legalen und seit der Unabhängigkeit im Jahre 1956 Regierungspartei PSD gemeint, d. Red.) gewachsen und die entschlossen sind, an den kämpferischen Traditionen der UGTT anzuknüpfen.“ Der Generalsekretär der Gewerkschaft hat daher schließlich „mit bemerkenswertem Realismus von den Veränderungen Kenntnis genommen, die zwei Faktoren zu verdanken sind: einer sich seit drei oder vier Jahren neu herausbildenden Sensibilisierung der Arbeiter und der, allerdings noch nicht sehr weit zurückliegenden, Demokratisierung der Gewerkschaftsbewegung in diesem Land.“

Eine Welle von Krisen

Diesen grundsätzlichen Betrachtungen muß man noch die Ergebnisse des lautlosen Kampfes hinzufügen, den sich die rivalisierenden Gruppen in der Destour-Partei um die Perspektiven der Ära nach Bourguiba (seit 1957 Staatspräsident und Vorsitzender der PSD, d. Red.) liefern.

In diesem Zusammenhang beginnt die Flut von Krisen, die zu der Katastrophe vom 26. Januar führte: Demonstration in Sfax am 10. und 11. September; provisorische Übereinkunft am 16. September; Revolte von Ksar Hellal Mitte Oktober; Verurteilung der sechs Streikenden der Stahlwerke von El-Fouladh am 21. Oktober; Bestätigung des in aller Eile gefällten Urteils gegen die streikenden Gewerkschafter von Sfax, die am 10. September verurteilt worden waren; am selben Tag Solidaritätsbekundung des Exekutivbüros der UGTT mit den Arbeitern von Ksar Hellal; Morddrohung gegen Habib Achour am 4. November; Begegnung zwischen Achour und Bourguiba am 5. November; in der zweiten Septemberwoche beeindruckende Serie von rotierenden Streiks als Ausdruck des Protestes, aber auch zur Durchsetzung von Forderungen; Tagung der UGTT-Verwaltungskommission am 15. November, die die Gesamtheit der Arbeiterforderungen, die von den Gewerkschaftsversammlungen aufgestellt wurden, übernimmt, was ohne Zweifel eine Radikalisierung der Gewerkschaftsleitung als Antwort auf die harten Ausfälle von Regierung und Unternehmern darstellt, Abschluß eines Burgfriedensvertrages während einer Sitzung des Politbüros der PSD (Sozialistische Destour-Partei, gegr. 1934 als Neo-Destour-Partei, Namensänderung 1964, d. Red.) am 26. November, der sofort darauf von seiten der Regierung in Frage gestellt wird; Mitte Dezember Wiederaufnahme der Streiks, vor allem durch die Eisenbahnarbeiter und die Arbeiter der Phosphatfabrik Sfax-Gafsa, während zur gleichen Zeit im Parlament, das gewöhnlich sehr fügsam ist, die Abgeordneten der UGTT an der Spitze einer Oppositionsbewegung stehen, die schließlich die Ministerkrise vom 22. und 23. Dezember auslöste.

Nouira (Premierminister, d. Red.) wirft in diesem Moment Ballast ab. Der Streik der Bergarbeiter und der der Eisenbahner, die für den 30. Dezember und den 4. Januar vorgesehen waren, werden annulliert, aber am 4. Januar bricht der Streik der Agrar-Gewerkschaften aus.

Diese kurze Übersicht wäre unvollständig, ohne die Entwicklung zu erwähnen, die zur gleichen Zeit Al-Chääb, das Organ

Tunesien - Daten

Territorium und Bevölkerung: Auf einer Fläche von 164 000 qkm (2/3 der Fläche der BRD) leben 5,6 Mio Menschen. Das Bevölkerungswachstum beträgt 2,3 %.

Religion: 95 % bekennen sich zum Islam.

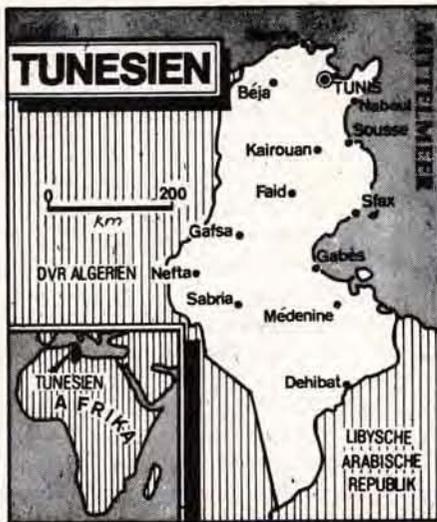
Sprache: Arabisch und Französisch

Politische Parteien und Regierungssystem: Einzig zugelassene und Regierungspartei ist die Neo-Destour-Einheitspartei, die das politische Leben kontrolliert und alleine das Parlament stellt. Entgegen der Verfassung ließ sich der Führer der Partei, Bourguiba, 1974 zum Präsidenten auf Lebenszeit wählen. Die illegalisierte Opposition ist verboten und unterliegt der Verfolgung. Gegen 33 Anhänger der sozialdemokratisch orientierten Bewegung der Volkseinheit (MUP) wurden im August 1977 drakonische Haftstrafen verhängt. Ein bedeutender Teil lebt mit deren prominentestem Mitglied Ben Salah in Frankreich im Exil. Die im Inland verbliebenen Mitglieder haben mit der 1936 gegründeten Kommunistischen Partei Tunesiens einen Nationalen Rat zur Verteidigung der Grundfreiheiten, ein gemeinsames Arbeitsinstrument der Opposition, gebildet.

Wirtschaft: Tunesien ist ein Agrarland mit beginnender Industrialisierung. Ihr Schwerpunkt liegt im verarbeitenden Sektor. Tunesien besitzt einen bedeutenden, für den Export produzierenden Bergbausektor (viertgrößter Phosphatproduzent der Welt mit einem 30 %-Anteil am Exportwert). Die Landwirtschaft beschäftigt 55 % der Erwerbsfähigen (Industrie 10 %, Dienstleistungsgewerbe 25 %), trägt aber nur zu 12 % zum Nationaleinkommen bei. Das Prokopf-Einkommen beläuft sich jährlich auf 1300,- DM. Die Landwirtschaft ist stark exportorientiert (Hauptausfuhrgut mit 18 % des Exportwertes ist Olivenöl) und nicht in der Lage den Binnenbedarf zu decken.

Der Anteil ausländischer Direktinvestitionen ist mit 9 % beachtlich (Algerien 4,5 %, Marokko 5,5 %, Saudi Arabien 14 %). Führend ist das französische Kapital mit einem Alleinanteil von ca. 60 % des Fremdinvestitionsvolumens, vor den USA (über 20 %), der BRD (ca. 7 %), Großbritannien und Japan (je ca. 3 %). Im Außenhandel Tunesiens verbuchen die kapitalistischen Industriestaaten alleine 78 %, angeführt von den USA (8 %), der BRD (7 %) und Frankreich (5 %).

Ein Paradies für BRD-Konzerne



„Ägypten, Tunesien und Marokko sind Schwerpunktländer unserer Kapitalhilfe,“ sagte Außenminister Genscher am 17. Februar d. J. vor den Missionschefs der Mitgliedsländer der Organisation für Afrikanische Einheit. (Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr. 15/21. 2. 1978) Die Schwerpunktauswahl scheint wohl durchdacht: Zur Stabilisierung von Ägyptens prowestlichem „Ausgleichs“-Kurs im Nahostkonflikt und von Marokkos Polizeifunktion im Westsaharakrieg (siehe AIB 3/1978) gesellt sich demnach Tunesien als beliebtes Zielland neokolonialer Konzernexpansion: „Tunesien bietet Reserven an. Lohnniveau und Disziplin der Arbeitskräfte als Investitionsgründe,“ resümierte das Handelsblatt am 18./19. 5. 1974.

Staatliche Kapitalhilfe und privatkapitalistisches Engagement gehören freilich zusammen und sind aufeinander abgestimmt. Das zeigt sich in Tunesien besonders deutlich. Mit der staatlichen Kapitalhilfe Bonns wird die Infrastruktur des Landes den Erfordernissen von Tunesiens außenabhängiger kapitalistischer Industrialisierung auf niedrigem Niveau angepaßt.

Die staatlich finanzierte Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG) hat die Verlagerung leichtindustrieller Branchen und Arbeitsplätze nach Tunesien seit 1974 gezielt stimuliert.

Seit 1972 hat die DEG zusammen mit der tunesischen „Agence de Promotions des Investissements“ (Investitionsförderungsbehörde) ein sog. Industrialisierungsprogramm für Tunesien entwickelt und festgelegt, daß 30 % der in der Planperiode 1973/76 vorgesehenen Investitionsvorhaben in Form westdeutscher Direktinvestitionen erfolgen soll. Stützen konnte man sich dabei auf ein schon am 6. 2. 1966 inkraftgetretenes Investitionsförderungsabkommen zwischen der BRD und Tunesien. Wichtig für die Stimulierung des privaten Kapitalexports war auch, daß die Bundesregierung am 23. 12. 1975 ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Tunesien unter Dach und Fach brachte, das die zweifache Besteuerung westdeutscher Direktinvestitionen verhindert.

Bedeutsamer noch war die Information der westdeutschen Industriellen über die Vorteile, die sie in Tunesien erwarten. 150–200 Unternehmer werden pro Jahr von der DEG für eine „Unterrichtung von Ort“ gewonnen. Der DEG-Informationsreport, der an zahlreiche Firmen verteilt wird, weiß dann z. B. unter der Überschrift „Kostengünstig produzieren in Tunesien“ zu berichten: „Die tunesische Regierung sucht deutsche Unternehmen, die in Tunesien für den Export produzieren. Sie weist auf folgende Vorteile des Landes hin:

- Nähe zu Europa
- attraktiver Arbeitsmarkt
- 10jährige Steuerbefreiung
- gesicherter Gewinntransfer
- einfaches Zollverfahren
- zollfreie Einfuhr in die EWG.“

(Nach: Tunesien-Dokumentation, Bonn o. J., S. 14 f.)

Die tunesische Regierung schuf ihrerseits günstige Voraussetzungen, die auf das ausländische Kapital anziehend wirken. Am 27. 4. 1972 verabschiedete sie ein Gesetz zur Förderung der Exportindustrie, das ausländische Konzerne, die Tunesien überwiegend als Produktionsbasis für den Reexport in die Herkunftsländer oder den

Export in Drittländer nutzen, folgende steuerliche Vorteile bringt:

- Befreiung von der Gewerbesteuer für 10 Jahre,
- Senkung dieser Steuer für weitere 10 Jahre auf 10 %,
- Befreiung von der Mietwertsteuer auf 20 Jahre,
- Senkung der Kapitalertragssteuer für ausgeschüttete Dividenden auf 6–8 %. Zinserträge aus Darlehen an Exportbetriebe sind auf 20 Jahre steuerfrei.

Zusammen mit der freien Transferierbarkeit von Profiten ist es jedoch die Nutzung der extremen Lohnkostenunterschiede, die BRD-Unternehmer in Tunesien investieren ließen: „Angesichts der deutschen Lohnkostenentwicklung suchen immer mehr Firmen kostengünstige Standorte im Ausland. Für die Konsumgüterindustrie ist Tunesien einer der Favoriten. Derzeitig liegen die Stundenlöhne für Ungelernte bei rund 1,10 DM und für qualifizierte Facharbeiter bei rund 2,50 DM plus etwa 35 % Nebenkosten.“ (Textilwirtschaft 8/1977, zit. nach: Fröbel/Heinrichs/Kreye, Die neue internationale Arbeitsteilung, Reinbek 1977, S. 205)

Die tunesische Regierung sorgte auch lange zweifelsfrei durch die Kontrolle der Gewerkschaften dafür, daß die gesetzlich vorgeschriebenen Stundenmindestlöhne nicht allzu weit überschritten wurden und die Attraktivität des Landes für ausländisches Kapital erhalten blieb.

Gesetzliche Stundenmindestlöhne

Qualifikation	Konfektion	Holzindustrie	Masch.-Bau	Elektroindustrie
Vorarb.	1,08 DM	–	1,07 DM	1,02 DM
Facharb.	1,04 DM	1,06 DM	1,01 DM	–,97 DM
Arbeiter	–,84 DM	–,97 DM	–,90 DM	–,81 DM
Hilfsarb.	–,70 DM	–,70 DM	–,70 DM	–,70 DM
Lehrlinge	–,22 DM	–,22 DM	–	–

(Quelle: DEG-Informationsreport Tunesien)

Dem ausländischen Kapital gereicht es auch zum Vorteil, daß tunesische Arbeitskräfte in der Produktion im Jahresdurchschnitt 2226 Stunden arbeiten (in der BRD durchschnittlich 1860 Stunden im Jahr) und die 48-Stunden-Woche gang und gäbe ist. Der Arbeitsdruck geht sogar soweit, daß die Frankfurter Rundschau zu berichten wußte: „Schwangere Frauen werkeln bis zu zwei Stunden vor der Niederkunft an ‚Herrn Müllers‘ Hosen.“ (Nach: Tunesien-Dokumentation, a. a. O.)

Aufgrund dieser für das Kapital wahrlich traumhaften Ausbeutungsbedingungen hatten sich bis Mitte 1976 mehr als 40 „erfolgreich operierende Betriebe“ aus der BRD in Tunesien niedergelassen, vor allem aus der Bekleidungs- und Schuhindustrie. Besonders beliebt war bei ihnen die Ansiedlung in zwei von der tunesischen Regierung eingerichteten „Freien Produktionszonen“, in den Industriezonen von Mégrine und Ben Arous. Dies sind handelsstrategisch günstig an der Mittelmeerküste gelegene Regionen, in denen ausschließlich für den Export produziert werden darf und wo das Kapital unumschränkte „Freiheit“ besitzt. Allein 74 % der insgesamt 24 000 dort beschäftigten Tunesier arbeiten für die Textil- und Bekleidungsindustrie. Von bis 1974 in diesen Investitionszonen angelegten 206 Mio US-Dollar entfielen 83 Mio US-Dollar auf das BRD-Kapital, das damit gegenüber allen anderen ausländischen Anlegern weit an der Spitze lag (Vgl. Fröbel/Heinrichs/Kreye, a. a. O., S. 511, 539, 627, 645).

Die Kehrseite dieses auch in anderen Billiglohnländern mit Unterstützung der staatlichen DEG vorangetriebenen Produktionsverlagerungsprozesses ist ein verschärfter Abbau und Export von Arbeitsplätzen aus der BRD. So hat die Beschäftigtenanzahl in der bundesrepublikanischen Textil- und Bekleidungsindustrie zwischen 1960 und 1976 nach neueren Untersuchungen um etwa 357 000 oder 37 % abgenommen. Strukturelle Arbeitslosigkeit in der BRD und Überausplünderung der Werkstätten in Entwicklungsländern wie Tunesien sind die Folgen eines Prozesses, der die Gewerkschaftsbewegung hier wie dort herausfordern muß. Entschieden ist deshalb DGB-Vorsitzender und Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes Heinz O. Vetter jüngst gegen „internationales Lohndumping“ aufgetreten, „das auf Ausbeutung der Arbeitnehmer und antigewerkschaftlichen Maßnahmen vieler Regierungen in Entwicklungsländern beruht.“ (Forum, 12. 10. 1976)

der UGTT, durchmachte. Mit einer Auflage von 80 000 Exemplaren gewann die Wochenzeitung der Gewerkschaft schließlich eine Verbreitung, die weit über Arbeiterkreise hinausgeht (die Gewerkschaft hat 500 000 Mitglieder). Zur Reichhaltigkeit der Berichte und der Lebendigkeit der Sprache kommt im wesentlichen ein gestiegenes Interesse für den kämpferischen und beißenden Charakter gewisser Artikelserien, insbesondere der „Pille“, deren Autor, Mohamed Guelbi, unerträglichen Pressionen ausgesetzt war, und der sich – will man der Presse der PSD Glauben schenken – von der Gewerkschaftsführung losgesagt haben soll, deren Entwicklung er vorwärts trieb und deren Schützling er gleichzeitig war.

Seit Anfang Januar d. J. sucht die PSD unter der Fuchtel von Mohamed Sayah (Direktor der PSD, d. Red.) die Machtprobe. Die Provokationen mehren sich. Unter Mobilisierung der Arbeitgeberverbände (UTICA, Industrie und Handel, und UNAT, Landwirtschaft) verschärft die Parteipresse ihre offenen Angriffe auf die Gewerkschaftsbewegung.

Die doppelte Mitgliedschaft in Führungsgremien der PSD und der Gewerkschaft (sowohl auf lokaler als auch auf der Ebene einzelner Sektoren) wird umso unmöglicher, als die neue Generation von Gewerkschaftsführern sich in keiner Weise in einer Partei wiedererkennt, die offen versucht, aus Resten von Arbeiterzellen eine Parallelgewerkschaft aufzubauen.

Das wahre Komplott: gegen die UGTT

In Anwesenheit von 460 Delegierten wurde vom 8. bis 10. Januar 1978 der nationale Gewerkschaftskongress der UGTT abgehalten. Habib Achour tritt aus dem Politbüro der PSD aus. Kheredine Salhi und Hassen Hamoudia, Abgeordnete (sämtliche Abgeordnete gehören der PSD an, d. Red.) und Mitglieder der Gewerkschaftsführung, verlassen ebenfalls das Zentralkomitee der Partei (...)

Die Verfechter der harten Linie (in der PSD, d. Red.) spielen vor allem die Karte drohender Gefahren aus und setzen auf die Angstreaktionen, mit denen die besitzenden Klassen antworten werden. Indem sie die Pressionen verstärkt, verursacht die PSD durch Provokationen erste ernsthafte Zwischenfälle in der zweiten Januarwoche; zudem beginnt sie eine breite Kampagne, begleitet von beeindruckenden Tourneen, mit dem Ziel, ihre Vorstellungen zu erklären. Der Versuch, Gegendruck zu erzeugen, ist vergeblich. Nur einige alte Gewerkschaftsfunktionäre und korrumpierte Renegaten wie Habib Chaouch oder Farhat Dachraoui (ein ehemaliger Minister, den Sayah schon vor drei Jahren an die Spitze der Gewerkschaft zu stellen versuchte) sprechen sich für einen außerordentlichen, gegen die Leitung gerichteten Gewerkschaftskongress aus.

Am 18. Januar unterstützt Bourgiba diese Kampagne, als er das Schreckgespenst von „Extremisten, die auf der Lauer liegen, um den tunesischen Staat zu zerstören“, an die Wand malt. Jedoch versucht die Regierung Habib Achour zu schonen und stellt ihn als einen Mann dar, der den ihn umgebenden verhängnisvollen Einflüssen erlegen ist. Aber die Kampagne zeigt ihre Wirkung. Auf seiner Sitzung am 20. und 21. Januar schlägt das Zentralkomitee der PSD einen schärferen Ton an, ohne aber den Generalsekretär der UGTT auszuschließen. Die Wut der Ultras wird nur noch größer. Schwere Provokationen finden in Tunis, Sousse, Tozeur und Zaghuan statt. Die UGTT interpretiert diese Schritte als „den Versuch des Regimes, mit dieser Machtprobe die (Gewerkschafts-)Zentrale auszuschalten.“

In der Zwischenzeit finden eine systematische Hexenjagd und Razzien statt. Dennoch fällt nur ein Mitglied der Gewerkschaftsführung um. Tihani Abid verrät in der Tat seine Genossen; aber dieser Verrat sowie der zweier Journalisten von

Al-Châab und der Generalsekretäre der Bereiche Banken und Post bleiben die einzigen wesentlichen Fälle von Verleugnungen, die die Herrschenden erreichen.

Sonntag, den 29. Januar wird Habib Achour, der zunächst unter Hausarrest stand, verhaftet. Nach dem ersten Moment der Verblüffung organisiert sich die Antwort der Basis, während das Innenministerium die „Beweise“ für ein „Komplott“ zu sammeln sucht.

Die Situation ist zugleich tragisch und lächerlich, denn wie kann man den wenig bemäntelten Anschuldigungen einer möglichen libyschen Intervention Glauben schenken? Glaubt man etwa, indem man Stöcke, Steine, Flaschen, die Alkohol enthalten sollen, und Dosen mit . . . Wasser präsentiert, die man – was noch zu beweisen sein wird – in den Lokalen der UGTT in Tunis und Sfax gefunden haben will, irgendjemanden überzeugen zu können?

Wenn es ein Komplott gibt, dann einzig und allein gegen die UGTT. Nur die internationale Solidarität kann die Situation entschärfen. Die Gewerkschaften Algeriens (UGTA), Italiens, Frankreichs (CGT, CFDT, FO) und internationale Gewerkschaftsorganisationen (IBFG und Weltgewerkschaftsbund) haben bereits nachdrücklich reagiert. Nach dem Vermittlungsversuch der amerikanischen AFL-CIO hat sich die Union der Arabischen Gewerkschaften eingeschaltet. In Algier, Beirut, Paris, Toulouse, Lyon, Grenoble haben seit Samstag, den 28. und Sonntag, den 29. Januar Komitees zur Verteidigung der UGTT und das Komitee zur Unterstützung der UGTT tunesischen politischen Organisationen der Opposition mit den verschiedensten Formen (Meetings, Besetzung diplomatischer Gebäude und Demonstrationen vor den Konsulaten) erste Antworten erteilt, die umso mehr Unterstützung finden werden, je einheitlicher sie sind.

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 154/6, 2. 1978)

MIT FILMEN DAS FESTIVAL VORBEREITEN

Wer die Erde liebt

Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft - Dokumentarfilm über die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin/DDR. 35 mm - 80 Min. - Lichtton - Farbe.

Hasta la Victoria Siempre

Dokumentarfilm über Che Guevara. 35 mm - 19 Min. - Lichtton - sw.

Volkskrieg in Angola

Der Kampf der Volksbewegung MPLA in Angola bis zur Befreiung - ein Dokumentarfilm.

16 mm - 52 Min. - Magnetton - Farbe.

Vietnams Kinder lachen wieder

Ein Jahr nach Ende des Krieges, der überall seine Spuren hinterlassen hat, die ersten unbeschwerten Ferien.

16 mm - 37 Min. - Lichtton - Farbe.

UNIDOC
Film für
den Fortschritt

Dantestr. 29
Postfach 45
8000 München 19
Tel.: 089 - 15 60 61
Filmliste anfordern!

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

106 Staat und Ideologie

- Editorial:** Das ARGUMENT kann nur als Projekt seiner Leser existieren
W. F. Haug: Zur Dialektik von gesellschaftlicher Basis und politischem Überbau im Sozialismus
E. Balibar: Klassen, Staat und „Diktatur des Proletariats“
S. Holland: Sozialstaat als Bedingung des gesellschaftlichen Konsens
H. Woetzel: Haugs „Kritik des Absurdismus“ als Beitrag zur Ideologietheorie

Stalinismus-Forschung

- M. Masuch: Das Problem der Erklärungen des „Stalinismus“
G. Meyer: Industrialisierung, Arbeiterklasse, Stalinherrschaft in der UdSSR (I)

Arbeitergeschichtsschreibung

- Heer/Hemje-
Oltmanns/Ullrich: Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung: Neuere Tendenzen

107 Gewerkschafts-Diskussion (I)

- Editorial:** Die ARGUMENT-Konzeption
E. Schmidt: Gerät die Sozialpartnerschaft in die Krise?
W. Müller-Jentsch: Die Neue Linke und die Gewerkschaften

Perspektiven arbeitsorientierter Reformpolitik

- K. H. Tjaden: Territorialstruktur und antikapitalistische Reformpolitik

Stalinismus-Forschung

- G. Meyer: Industrialisierung, Arbeiterklasse, Stalinherrschaft in der UdSSR (II)

Aktuelle Analysen

- W. Abendroth: Bahros „Alternative“
R. Kawa: Terrorismus: Strategien der Verunsicherung

Kongreßberichte

- BdWI-Kongreß: WSI-Forum; Kulturtagung IMSF; dgvt-Kongreß

Einzelheft 9,80 DM, im Abo 7,50 DM; Studenten 8,- DM, im Abo 6,- DM

Argument-Verlag

Postfach 21 0730

7500 Karlsruhe

Zeitgeschichte Vietnams und Indochinas



Seit dem vollständigen Sieg der Völker Indochinas über den US-Imperialismus im Jahre 1975 sind nur wenige deutschsprachige Bücher erschienen, die sich mit dieser Region beschäftigen. Seit Ende letzten Jahres nun sind zwei Publikationen erhältlich, in denen u. a. versucht wird, eine Bilanz der bisherigen Aufbauarbeit zu ziehen und die Perspektiven der weiteren Entwicklung aufzuzeigen. Insbesondere für die Analyse der vietnamesischen Revolution läßt sich kaum eine kompetentere Persönlichkeit denken als

Le Duan, Ausgewählte Reden und Schriften 1973–1977, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1977, 366 S., 8,50 DM.

Le Duan wurde am 7. April 1907 in Mittelvietnam geboren. Er gehörte zu den Gründern der KP Indochinas im Jahre 1930 und verbrachte mehrere Jahre in den Gefängnissen der französischen Kolonialisten. Seit 1939 gehörte Le Duan dem Zentralkomitee der Partei an, seit der Umbenennung der KP Indochinas in Partei der Werktätigen Vietnams (PdWV) auf dem II. Parteitag 1951 auch dem Politbüro. Der III. Parteitag, der 1960 stattfand, wählte Le Duan zum 1. Sekretär der PdWV. Der IV. Parteitag der nunmehr Kommunistische Partei Vietnams heißenden Partei (siehe AIB 2/1977) ernannte den ehemaligen Kampfgefährten Ho Chi Minhs im Dezember 1976 zu ihrem Generalsekretär.

Bereits 1973 war eine bedeutende theoretische Betrachtung Le Duans unter dem Titel „Die vietnamesische Revolution, Grundprobleme und Hauptaufgaben“ in deutscher Sprache erschienen. Wenn jetzt die wichtigsten Reden und Aufsätze Le Duans seit 1973 veröffentlicht wurden, dann bedeutet das mehr als nur eine Ergänzung des genannten Werkes, denn schließlich ist die vietnamesische Revolution mit dem endgültigen Sieg über den US-Imperialismus in eine neue Etappe getreten, es stellen sich ihr also auch neue Aufgaben. Diese Aufgaben und die Probleme des sozialistischen Aufbaus sind der Gegenstand der Ausführungen Le Duans.

Er beschäftigt sich mit Kader- und Organisationsfragen in der sozialistischen Revolution (S. 5–48), mit den Aufgaben der Gewerkschaften in der neuen Etappe der Revolution (S. 49–78), er bestimmt die Aufgaben der Frauen Vietnams beim Aufbau (S. 79–104), und schließlich weist er auf die überragende Bedeutung der Bauern und der Landwirtschaft in der vietnamesischen Wirtschaft hin (S. 105–142). Die Rolle der Partei der Arbeiterklasse als Führer und Organisator aller Siege der vietnamesischen Revolution wird ebenso gewürdigt (S. 143–167) wie die Hilfe der sozialistischen Länder im Kampf gegen den US-Imperialismus (S. 168–188).

Besondere Bedeutung kommt den drei letzten Aufsätzen der vorliegenden Sammlung zu: Es handelt sich um den Politischen Bericht auf der 1. Tagung der Gemeinsamen Nationalversammlung ganz Vietnams, den Politischen Bericht an den IV. Parteitag der Werktätigen Vietnams und um die Rede Le Duans auf dem Kongreß der Nationalen Einheitsfront Vietnams. Diese Reden geben einen detaillierten Einblick in die Schwierigkeiten und Probleme beim Aufbau eines unterentwickelten und von einem jahrzehntelangen Krieg verwüsteten Landes. Andererseits spiegeln die Ausführungen Le Duans aber auch den festen Willen und den unerschütterlichen Optimismus wider, mit dem das vietnamesische Volk die anstehen-

den Aufgaben in Angriff genommen hat. Die ausgewählten Reden und Schriften Le Duans sind deshalb lesenswert nicht nur für Vietnam-Experten, sondern für jeden, der sich für die Überwindung der Unterentwicklung durch ein konsequent den sozialistischen Entwicklungsweg gehendes Volk interessiert.

Der Aspekt des Wiederaufbaus unter friedlichen Bedingungen und der gesellschaftlichen Entwicklung in Indochina nach 1975 ist nur einer unter vielen Aspekten, den ein ebenfalls Ende 1977 erschienenes Buch behandelt:

R. Wünsche/D. Weidemann, Vietnam, Laos und Kampuchea. Zur nationalen und sozialen Befreiung der Völker Indochinas, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1977, 368 S., 12,50 DM.

Bei dem Buch von Weidemann/Wünsche handelt es sich um eine überarbeitete und sowohl zeitlich als auch territorial erweiterte Neuauflage des 1971 erschienenen Taschenbuchs „Vietnam 1945–1970“. Diese Publikation gehört zweifellos zu den Standardwerken der deutschsprachigen Vietnamliteratur. Die Verfasser geben darin einen Überblick über die neuere vietnamesische Geschichte, die nur kurzweilig unterbrochen – eine Geschichte von Widerstandskämpfen ist. Die koloniale Ausbeutung Indochinas durch Frankreich wird ebenso dokumentiert wie die vielfältigen Formen des Widerstandes bis zur Gründung der Demokratischen Republik Vietnam im Jahre 1945 und der endgültigen Vertreibung der französischen Kolonialisten durch den Sieg bei Dien Bien Phu 1954. Der zweite Indochinakrieg gegen den US-Imperialismus, der die Geschichte Vietnams bis 1975 bestimmte, wird notwendigerweise nur bis zur Eskalation 1969/70 analysiert. Hier nun setzt die zeitliche Erweiterung der Neuauflage „Vietnam, Laos und Kampuchea“ ein, die nicht nur wichtige Ereignisse wie das Pariser Vietnam-Abkommen von 1973 und den endgültigen Sieg mit der Ho Chi Minh-Offensive im Frühjahr 1975 berücksichtigt, sondern auch die Anfangsanstrengungen des vietnamesischen Volkes, die Kriegsschäden zu beseitigen und das Land wieder aufzubauen.

Die territoriale Erweiterung besteht darin, daß Weidemann/Wünsche ihre Darstellung des Befreiungskampfes auch auf die beiden anderen Länder Indochinas, Laos und Kampuchea, ausgedehnt haben. Die weitgehend unbekannte Herausbildung des Widerstandes gegen die kolonialistische Unterdrückung in Laos und Kambodscha (S. 91–97) wird ebenso beschrieben wie der „stille Krieg des amerikanischen Imperialismus in Laos und der erfolgreiche Kampf der laotischen Volkskräfte gegen Imperialismus und einheimische Reaktion“ (S. 188–203) und die „Diversions- und Erpressungspolitik der USA und ihrer südostasiatischen Satelliten gegen das neutrale Kambodscha und das Scheitern der Einschüchterungspolitik“ (S. 204–212).

Die Entstehung und Entwicklung der Volksdemokratischen Republik Laos und des Demokratischen Kampuchea seit 1975 bildet den Gegenstand eines weiteren Abschnittes (S. 331–343).

Wer in dem Buch von Weidemann/Wünsche Hintergrundinformationen zu dem augenblicklichen Konflikt zwischen der SR Vietnam und Kampuchea sucht, wird sicherlich einige interessante historische Aspekte der Beziehungen der Länder Indochinas zueinander finden. Die Darstellung gerade der Entwicklung in Kampuchea leidet jedoch sichtlich unter dem Mangel an wissenschaftlich verwertbaren Fakten über die inneren Verhältnisse dieses Landes, dem die Autoren unterworfen waren, weil sich Kampuchea ja bekanntlich vollständig der Außenwelt verschlossen hat. Zudem erheben die Verfasser nicht den Anspruch, „eine noch zu schreibende umfassende Geschichte Vietnams, Laos' und Kambodschas“ zu liefern, sondern eine „geraffte Darstellung der für die Gesamtentwicklung des nationalen Befreiungskampfes entscheidenden Prozesse.“ (S. 14)

Insgesamt läßt sich zum Buch von Weidemann/Wünsche feststellen, daß sowohl die territoriale und zeitliche Erweiterung als auch der verbesserte wissenschaftliche Apparat (Anmerkungen und Literaturhinweise) gegenüber der Ausgabe von 1971 den Informationswert der Neuauflage nicht unerheblich steigern. Wer sich also für die Entwicklung in Indochina – mit dem Schwerpunkt Vietnam – von 1939 bis 1976 ernsthaft interessiert, kann auf die Anschaffung dieses Buches schwerlich verzichten.

G. Ritter

Bolivien

Der Hungerstreik von Frauen inhaftierter und exilierter Politiker, Gewerkschaftsführer und Bergarbeiter, dem sich 1300 Bolivianer angeschlossen hatten, gab zum Jahreswechsel den letzten Anstoß zu massenhaften Protest- und Streikbewegungen gegen die Banzer-Diktatur, die vor allem von den Minerarbeitern, der Kirche und der Studentenschaft getragen wurden. Der wachsende Widerstand sowie Konflikte innerhalb der Militärführung zwangen General Banzer am 18. Januar zu einer Generalamnestie. Dieser Erfolg gab der demokratischen Bewegung Boliviens starken Auftrieb und findet seinen Niederschlag in der Vorbereitung der Wahlen, die im Zuge der US-Offensive zur wenn auch beschränkten Wiederkehr bürgerlich-demokratischer Regimes in Lateinamerika im Juli 1978 in dem Andenland durchgeführt werden sollen. Gegen Banzer und seinen Plan, General Pereda zum Präsidenten zu machen, hat sich im Februar d. J. eine Front der Demokratischen Einheit gebildet, der der linke Flügel der Revolutionsären Nationalistischen Bewegung (MNR), die Sozialistische Partei, die Kommunistische Partei, die linke Revolutionäre Bewegung (MIR) und die Christdemokraten angehören. Der gemeinsame Präsidentschaftskandidat dieser Front wird voraussichtlich Hernán Silz Zuazo (Präsident 1956–60) sein. Darüber hinaus werden die Pläne Banzers in Gefahr gebracht durch eine Gruppe antidiktatorischer Offiziere um Topater, die sich gegen die Kandidaten General Peredas formieren. Der rechte Flügel der MNR denkt an seine Koalition mit der profaschistischen Partei Sozialistische Falange (vgl. AIB 4/1977).

Benin

Parallel zu einer Woche der Solidarität mit den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern fand vom 9.–16. Januar 1978 in der Hauptstadt der Volksrepublik Benin, Cotonou, eine internationale Konferenz über das Söldnertum statt unter Beteiligung von 40 Delegationen fortschrittlicher Organisationen aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Das sozialistisch orientierte Benin war vor einem Jahr selbst Opfer einer bewaffneten Söldnerintervention (vgl. AIB 3 und 5/1977). Die Konferenz befaßte sich zum einen mit der imperialistischen Destabilisierungsstrategie gegen die Befreiungsbewegungen und progressiven Staaten Afrikas, das – so die Schlußdeklaration – nach den großen Niederlagen des Imperialismus in Südostasien und dem Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialsystems ins Zentrum seines Interesses gerückt ist. In dieser „neuen imperialistischen Beherrschungs- und Ausbeutungsstrategie, die sich entweder auf die Politik der Einschüchterung und der Gewalt gründet oder perfidere Mittel anwendet“ ist das Söldnertum die alte und neue Waffe, „um bewaffnete Interventionen und Angriffe auf die Unabhängigkeit, die Souveränität und die territoriale Integrität der Staaten durchzuführen.“ (Sahara Libre, Supplement Special Cotonou, Algier, Nr. 10/15. 2. 1978)

Namibia

Die Verhandlungen der Außenminister der fünf westlichen Sicherheitsratsmitglieder mit dem südafrikanischen Außenminister Botha und dem Präsidenten der SWAPO, Sam Nujoma, über die Modalitäten der Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit zum 31. 12. 1978 sind nach über elfmonatiger Verhandlungsdauer von der Republik Südafrika abgebrochen worden. Südafrika wollte sich zu keinem Zeitpunkt der Forderung nach vollständigem Abzug seiner 20 000 in Namibia stationierten Soldaten anschließen. Vielmehr beharrte Südafrika auf der Stationierung von 3000 Soldaten, auch während des Wahlkampfes, um so seine Kontrolle der Wahlen und deren Beeinflussung zu sichern. Botha erklärte vor dem südafrikanischen Parlament, daß „wir nicht erlauben (können), daß das Gebiet in die Hände von marxistischen Tyrannen fällt“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. 2. 1978). Weiterhin will Südafrika an der Okkupation des einzigen Hafens, Walvischbay, festhalten und drängt auf die Etablierung eines neokolonialistischen Marionettenregimes entsprechend den Orientierungen der „Turnhallenkonferenz“ (siehe AIB 2, 7 und 12/1977). Sam Nujoma erklärte, daß die SWAPO an demokratischen Wahlen teilnehmen wolle, lehnte es jedoch ab, daß

sie unter vorgehaltenem Gewehr stattfänden. Der Befreiungskampf solle nun verstärkt weitergeführt werden.

Iran

In Täbris, der Hauptstadt Iranisch-Aserbaidschans im Nordwesten des Landes, kam es am 17. Februar d. J. zu einem Aufstand, der bürgerkriegsähnliche Formen annahm. Die Administration setzte zunächst die Polizei, dann die Armee – die auch die Befehlsgewalt übernahm – mit Panzern und Maschinengewehren ein. Dabei wurden nach offiziellen Angaben 9 Menschen getötet. Dem stehen allerdings zuverlässige Schätzungen gegenüber, die von mindestens 600 Toten sprechen.

Von Regierungsseite wurden „islamische Marxisten“ für die Demonstrationen verantwortlich gemacht, bei denen „kommunistische und Anti-Staats-Parolen“ gerufen worden seien. Nach Augenzeugenberichten ging die Bevölkerung mit der Forderung nach „Freiheit und Demokratie“ auf die Straße (vgl. Le Monde, Paris, 21. 2. 1978). Die Ereignisse von Täbris bestätigen den für 1977 konstatierten Beginn einer neuen Massenbewegung im Iran (siehe K. Kiauri, Volkswiderstand gewinnt an Breite; in: AIB, 3/1978).

Israel

Der israelische Geheimdienst verhaftete in Tel Aviv am 17. 1. 1978 die Journalisten Hans Lebrecht, Korrespondent mehrerer europäischer und israelischer Zeitungen und ZK-Mitglied der KP Israels sowie den Zyprioten Panayiotis Paschalis, Pressefotograf und Korrespondent des Zentralorgans der zypriischen AKEL-Partei Harvghi. Als Teilnehmer der offiziellen israelischen Journalistendelegation beim Treffen Begin-Sadat in Ismailia Ende Dezember 1977 war Hans Lebrecht es, der sich in der gemeinsamen Pressekonferenz beider Regierungschefs „eine freche Abweichung“ – wie es hieß – erlaubt hatte als er Sadat fragte: „Was soll aus den Rechten der Palästinenser nach der von Ihnen vorgesehenen Regelung werden?“ (Events, Beirut, 10. 2. 1978). Für Begin Anlaß genug, sich dafür auf seine Art zu revanchieren: Nach der skandalösen Verhaftung verweigerte man dem kranken 65jährigen in der Isolierhaft die Verabreichung von Arzneimitteln. Ihm und Paschalis, die an einer Reise-reportage zusammenarbeiteten, wurde zur Last gelegt, PLO-Vertreter interviewt sowie Informationen und Materialien – als Beweise dienten eine Landkarte und das statistische Jahrbuch Israels – an „den Feind“ übermittelt zu haben. Nach Schikanen fand der Prozeß dann am 19. Februar vor dem Tel Aviver Bezirksgericht statt, der prompt eine Vertagung auf Anfang Mai beschloß. Obwohl durch eine massive internationale Solidaritätswelle von der Verteidigerin Felicia Langer Ende Januar gegen Kautions freigeekämpft, sind Lebrecht und der noch inhaftierte Paschalis nicht außer Gefahr. „Patriotische Hitzköpfe“, so die israelische Polizei, könnten versuchen, die beiden Journalisten umzubringen. Nach dem Berufsverbot gegen Felicia Langer (siehe AIB 3/1978) hat sich die Neuaufgabe des McCarthyismus offenbar in Israel Bahn gebrochen.

Festivalbewegung

In breiter Front erfolgen momentan die Angriffe auf die Vorbereitung der XI. Weltfestspiele der Jugend und Studenten im Juli/August 1978 in Havanna. So versucht die niedersächsische Landesregierung, die Einstellung des Diplommathematikers Horst Eckart Groß als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Oldenburg zu verhindern. In der Einladung zur Anhörung wird Groß u. a. vorgehalten: „... ferner sind Sie Mitglied, stellvertretender Vorsitzender und Geschäftsführer der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba...“ (DVZ, 16. 2. 1978). In der Presseerklärung des Arbeitskreises Festival (AKF) heißt es dazu: „Mit Hilfe der Berufsverbote beginnt man eine Organisation zu kriminalisieren, die es sich zum Ziel gemacht hat, die Freundschaft zwischen den Völkern der beiden Länder zu verstärken...“. Während der Haushaltsdebatte im Bundestag forderte der CSU-Abgeordnete Wols, keine Bundesmittel für die Teilnahme einer bundesdeutschen Delegation zu den Weltfestspielen bereitzustellen.

Wem nutzt das Verbrechen von Zypern?

Über den dramatischen Ereignissen vom 18.-20. Februar d. J. auf Zypern, die von der Ermordung des Generalsekretärs der Organisation für Afroasiatische Völkersolidarität (AAPSO), Yussuf el Sebai, über eine ägyptische Militärintervention bis zur Festnahme der beiden Attentäter und der unversehrten Befreiung der Geiseln führten, vergaß man hierzulande die interessanteste Frage: Wer sind die eigentlichen Nutznießer, wer die Meistgeschädigten des Geschehens? Allzu bereitwillig folgte man der Interpretation des ägyptischen Präsidenten Sadat: „Das ist der Preis, den ich und das ägyptische Volk für die Friedensinitiative zahlen mußten.“ (Al Ahram, Kairo, 19. 2. 1978) Um diese Version zu stützen, versuchte Sadat von Anfang an den „Palästinensern“ die alleinige Urheberschaft des Verbrechens anzulasten. Die großbürgerliche Berichterstattung griff dies ebenso begierig auf wie sie das politische Profil der AAPSO wie ihres ermordeten Generalsekretärs Sebai im Dunkeln beließ.

Sadats Piratenakt: nach dem Entebbe-Drehbuch

Obgleich die Ermittlungen des Verbrechens noch keineswegs abgeschlossen sind, steht fest: die Sebai-Mörder und Geiselnehmer, die elf führende Repräsentanten der AAPSO und fünf Besatzungsmitglieder auf einen Irrflug über Djibouti zurück nach Zypern entführten, wurden als kuwaitische bzw. jordanische Staatsangehörige und als der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) nicht zugehörig identifiziert. Die ägyptische Regierung freilich drohte unverzüglich „den Palästinensern“ sogenannte „Vergeltungsmaßnahmen“ an, die sie mit der völkerrechtswidrigen ägyptischen Militärintervention auf Larnaka am 20. Februar unter Beweis stellte. Diese Art „Vergeltung“, die dem Drehbuch des israelischen Kommandos von Entebbe entlehnt sein könnte, schloß nicht zuletzt auch die rücksichtslose Gefährdung von vier Führungsmitgliedern der PLO ein (unter ihnen Exekutivkomiteemitglied Abu Maiser), die sich unter den 16 Geiseln befanden.

Dieser trotz der ausdrücklichen Warnungen des zypriotischen Einsatzleiters, Präsident Kyprianou, inszenierte militärische Überfall einer ägyptischen Eliteeinheit ist schlichtweg als Piratenakt, als Aggression gegen die Souveränität Zyperns zu betrachten. Wie Kyprianou in einem Interview aufwies, trat das Interventionskommando in Aktion als soeben eine Vereinbarung mit den Terroristen perfekt gemacht war, eröffneten die ägyptischen Einheiten das Feuer selbst auf den Flughafentower, in dem sich Staatspräsident Kyprianou befand, setzten sie – so Kyprianou – „leichtfertig und natürlich gänzlich überflüssig“ das Leben von Geiseln, Besetzung und zahlreichen anderen auf dem Gelände Anwesenden aufs Spiel (Spiegel, 27. 2. 1978). Auf ihr Konto geht letztlich auch der mit dem Eingreifen der zypriotischen Nationalgarde verbundene Tod von 15 ägyptischen Soldaten und von 22 Verwundeten. Ägyptens Militärattaché in Nikosia, Faruk al Tarsi, hatte – laut Stern vom 2. 3. 1978 – den Überfall im Auftrage Sadats angeleitet – interessanterweise nach intensiven Konsultationen mit dem US-Militärattaché John Lund und dem israelischen Geheimdienstchef Amnoun Khanogah vorort.

Ganz anders als Sadat, hatte die PLO die alleinige Kompetenz Kyprianou zur Verhandlungsführung und Einsatzbefehligung voll und ganz akzeptiert. Gerade sie sah den geringsten Grund, das Leben der Geiseln zu gefährden, entsprach es doch ihrem ureigensten Interesse, die entführten Repräsentanten der PLO und Repräsentanten einer sie solidarisch unterstützenden Organisation um jeden Preis unversehrt zu retten. Und schließlich hatte das PLO-Exekutivkomitee die Terroristenaktion als verbrecherisch, als „feige Aggression gegen alle Völker Asiens und Afrikas“, die Attentäter als manipulierte, dem Zionismus und Imperialismus dienstbare Kriminelle verurteilt.

Dies alles auf den Kopf stellend, lancierten die Sadat-Medien eine geradezu hysterische antipalästinensische Kampagne, die sein Desaster auf Zypern in einen moralischen Sieg zu verwandeln und seine kapitulationalistische Nahost-Separatpolitik zu rechtfertigen suchte. Auf den Trauerfeiern für Sebai und die ägyptischen Elitesoldaten wurden in Massenumzügen Losungen angestimmt, die darauf hinaus laufen, vollends von den einst unterstützten Forderungen der Palästinenser abzurücken: „Kein palästinensischer Staat mehr nach dem heutigen Tag“, „Tod allen Palästinensern“, rief die aufgeputschte Menge in den Straßen Kairo. „Tag für Tag“ – so konstatierte am 21. Februar das PLO-Zentralorgan Filistin al Thaura – „wird die teuflische Natur des amerikanisch-israelisch-ägyptischen Planes klarer. Und jetzt beginnt die ägyptische Propagandamaschine mit dem



Erschossene ägyptische Invasoren in Larnaka

Versuch, das Land von seinen nationalen und patriotischen Verpflichtungen zu lösen. Das neueste dabei ist, „die Last abwerfen“, was offensichtlich eine amerikanisch-israelische Vorbedingung ist. Die implizite Übereinstimmung trotz aller oberflächlicher Unterschiede zwischen dem ägyptischen Regime und den neuen amerikanischen Freunden, die im Osten der arabischen Welt aufgetaucht sind – z. B. bei der Operation von Larnaka, die sich zuallererst gegen das palästinensische Volk und die PLO richtete –, ist eine praktische Umsetzung von Brzezinskis Worten: „Bye, bye PLO.“ (siehe Arafat-Interview in AIB 2/1978)

Natürlich wurde die Manipulation, das Sebai-Attentat habe im Grunde dem „Friedensmissionar“ Sadat gegolten, durch die in letzter Zeit loyale Haltung Sebais gegenüber Sadats Separatpolitik genährt. Und dennoch paßt das Attentat von Nikosia allein in den Kram der Reaktion.

Seit der Kairoer Gründungsversammlung der AAPSO im Jahr 1958 fungierte Yussuf el Sebai als ihr Generalsekretär. Als Militär und naher Freund Nassers beteiligt an der Revolution der „Freien Offiziere“ Ägyptens, galt Sebai zugleich als einer der führenden Schriftsteller des arabischen Raumes und wurde zum Generalsekretär der Afroasiatischen Schriftstellerverbandes gewählt. Zugleich Präsidiumsmitglied des Weltfriedensrates war Sebai dem antiimperialistischen Kampf der afroasiatischen Völker als AAPSO-Generalsekretär verpflichtet, Repräsentant und Interessenvertreter der in der AAPSO zusammengeschlossenen Befreiungsorganisationen, revolutionären Parteien und Solidaritätskomitees aus über 60 Ländern.

„Bye, bye PLO“

Sebais antiimperialistischer Auftrag geriet freilich in jüngster Zeit immer stärker in Widerspruch zu seinen Funktionen als vormaliger ägyptischer Kultusminister und zuletzt Vorsitzender des Verwaltungsrates der offiziellen Kairoer Zeitung Al Ahram. Seit Sadats Jerusalemvisite gab es Differenzen zwischen Sebai und der AAPSO-Position zur Nahostfrage und offenbar auch zur von Sadat gestützten somalischen Aggression gegen Äthiopien. Seit der Jahreswende war es seitens der AAPSO nur zu einer indirekten Verurteilung der Sadat-Separatpolitik gekommen. In Nikosia sollte auf der AAPSO-Vorbereitungskonferenz für die Bagdader XII. AAPSO-Ratstagung gerade auch in diesen beiden Punkten eine Vorklärung erfolgen. In gewissem Sinne kann man von daher Yussuf el Sebai als einen Mittler zwischen der Arabischen Front des Widerstands und der internationalen antiimperialistischen Bewegung einerseits, der ägyptischen Öffentlichkeit andererseits sehen. Mit seiner Ermordung aber wurde die von den reaktionären Kräften herbeigesehnte Zersplitterung der arabischen Front weiter vorangetrieben.

Die Verbrechen von Nikosia/Larnaka enttarnen sich somit im Kern als Anschlag gegen das antiimperialistische arabische Lager, auf die PLO und auf „eine der fortschrittlichsten Abteilungen des nationalen Befreiungskampfes der Völker Asiens und Afrikas, die AAPSO“ (ASK-Presseerklärung, 4/1978). Die wahren Nutznießer dieses Dramas sind einzig und allein in den Reihen der Reaktion zu suchen.